

medien & *zeit*

Kommunikation in Vergangenheit und Gegenwart

THEMATIC SECTION

Tu felix Austria?
Politische Skandale und Affären in Österreich

Victims of Their Own Making?
CHRISTIAN VON SIKORSKI & EMILY KUBIN

The Heldenplatz Scandal
GAL HERTZ

The digital traces of Verhaberung
THOMAS BIRKNER, CHRISTIAN WASNER & ALESSANDRA COLACECI

Enorme Fallhöhe oder eh schon immer gewusst?
GABRIELE FALBÖCK & CHRISTINA KRAKOVSKY

Politische Skandale im Klassenzimmer?
ANDREA BRAIT

2/2026

Jahrgang 40

medien & zeit

Inhalt

THEMATIC SECTION

Tu felix Austria? Politische Skandale und Affären in Österreich

EDITORIAL

Victims of Their Own Making?

The Democratic Risks of Strategic Victimhood in Political Scandals
CHRISTIAN VON SIKORSKI & EMILY KUBIN 4

The *Heldenplatz* Scandal

Liberal Myth, Conservative Nostalgia
GAL HERTZ 12

The digital traces of *Verhaberung*

Political scandals and the (hidden) networks of politicians and journalists in Austria
THOMAS BIRKNER & CHRISTIAN WASNER & ALESSANDRA COLACECI 21

Enorme Fallhöhe oder eh schon immer gewusst?

Die Verhandlung der Causa BUWOG und Karl-Heinz Grasser in digitalen Öffentlichkeiten
GABRIELE FALBÖCK & CHRISTINA KRAKOVSKY 33

Politische Skandale im Klassenzimmer?

Eine Analyse der Darstellung in österreichischen Schulbüchern für Politische Bildung
ANDREA BRAIT 48

REZENSIONEN

REZENSIONEN 61

Impressum

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger
Verein: Arbeitskreis für historische Kommunikationsforschung (AHK)
Währinger Straße 29, 1090 Wien
ZVR-Zahl 963010743

© Die Rechte für die Beiträge in diesem Heft liegen bei den AutorInnen. Open Access unter <https://medienundzeit.at> und <https://journals.univie.ac.at/index.php/mz/index>
CC BY-NC-ND 4.0

Der AHK wird vom Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Universität Wien, unterstützt.

Herausgeberinnen Thematic Section:
Maximilian Eder & Hendrik Michael

Redaktion Buchbesprechungen
Gaby Falböck, Thomas Ballhausen, Johanna Lenhart

Satz
Grafikbüro Ebner, Wiengasse 6, 1140 Wien

Erscheinungsweise & Bezugsbedingungen
medien & zeit erscheint halbjährlich in digitaler Form
Heftbestellungen aus dem Printbestand (1986–2022):
Einzelheft (exkl. Versand): 6,50 Euro
Kontakt unter redaktion@medienundzeit.at

Advisory Board

Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Stefanie Auerbeck-Lietz (Greifswald)
Prof. Dr. Markus Behmer (Bamberg)
Prof. Dr. Thomas Birkner (Salzburg)
Prof. Dr. Hans Bohrmann (Dortmund)
Prof. Dr. Rainer Gries (Jena, Wien)
Univ.-Prof. Dr. Hermann Haarmann (Berlin)
Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Susanne Kinnebrock (Augsburg)
Univ.-Prof. Dr. Arnulf Kutsch (Leipzig)
Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Maria Löblich (Berlin)
Univ.-Prof. Dr. Ed McLuskie (Boise, Idaho)
Dr.ⁱⁿ Corinna Lüthje (Rostock)
Prof. Dr. Rudolf Stöber (Bamberg)
Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Martina Thiele (Tübingen)

Vorstand des AHK

Mag.^a Christina Krakovsky, Obfrau
Dr.ⁱⁿ Gaby Falböck, Obfrau-Stv.
Prof. Dr. Fritz Hausjell, Obfrau-Stv.
Mag.^a Diotima Bertel, Geschäftsführerin
Mag.^a Julia Himmelsbach, Geschäftsführerin-Stv.
Dr. Norbert P. Feldinger, Kassier
Dr. Erik Bauer, Schriftführer
Dr. Thomas Ballhausen, Schriftführer-Stv.
Prof. Dr. Wolfgang Duchkowitsch

Ehrenmitglieder

Ing. MMR Mag. Dr. Johann Gottfried Heinrich, BA
Univ.-Prof. DDr. Oliver Rathkolb
Prof. Dr. Christian Schwarzenegger
Mag. Bernd Semrad
Mag. Roland Steiner

ISSN (print) 0259-7446 / ISSN (online) 2960-4125

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz
Grundlegende Richtung: *medien & zeit* ist eine wissenschaftliche Fachzeitschrift für historische Kommunikationsforschung. Sie will Forum für eine kritische und interdisziplinär ausgerichtete Auseinandersetzung über Theorien, Methoden und Probleme der Kommunikationsgeschichte sein.

Editorial

Tu felix Austria? Politische Skandale und Affären in Österreich

Politische Skandale und Affären scheinen sich in den letzten Jahrzehnten als Konstante in der politischen Landschaft Österreichs etabliert zu haben. Sie werden als moralische Verfehlungen von Akteur:innen in ihrer Funktion als entscheidungstragende Personen verstanden, die eindeutig für einen nicht allgemein bekannten Sachverhalt verantwortlich sind und eine öffentliche Empörung zur Folge haben (Burkhardt, 2025). In diesem Zusammenhang werden die Begriffe Affäre und Skandal im deutschen Sprachraum überwiegend synonym verwendet (von Allemann, 2024, S. 102). Gleichzeitig muss auf den insbesondere in Österreich gebräuchlichen Begriff der Causa verwiesen werden, der ebenfalls Vorfälle mit anhaltender öffentlicher und politischer Resonanz bezeichnet. Zwar kann in vielen westlichen Demokratien von einer Zunahme solcher politischen Skandale gesprochen werden (für einen Überblick siehe von Sikorski, 2017, S. 306–309), aber insbesondere die sozio-politische Struktur des Landes bietet ein günstiges Umfeld für das Entstehen von politischen Skandalen und Affären.

Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang die engen Beziehungen zwischen Politik, Wirtschaft und Kultur, welche mit dem österreichischen Begriff der *Verhaberung* beschrieben werden, sowie die über viele Jahrzehnte bestehende Proportionalität politischer Parteien in staatsnahen Bereichen wie dem öffentlichen Dienst oder im ORF. Darüber hinaus spielt der Journalismus trotz vielfältiger struktureller Zwänge (Seethaler et al., 2023) eine wichtige Rolle. Einerseits hat beispielsweise der investigative Journalismus in Österreich an Bedeutung gewonnen (Grünangerl et al., 2021, S. 136), andererseits besteht ein hoher publizistischer Konzentrationsgrad und Boulevardisierungstendenzen (Plasser & Lengauer, 2010, S. 45–47; Stark & Magin, 2013), die eine Skandalisierung von Personen und Ereignissen insbesondere durch reichweitenstarke Boulevardmedien begünstigt. Im Zuge der digitalen Transformation öffentlicher Kommunikation werden zudem soziale Medien genutzt, um Aufmerksamkeit zu erzeugen und Skandale zu verhandeln (Eder, 2023). Insgesamt bleiben das Aufdecken verborgener Transgressionen und diese zum Thema des öffentlichen Diskurses zu machen aber zentrale Leistungen des österreichischen Journalismus, der sich damit in einem Spannungsfeld zwischen neutraler Informationsvermittlung und der Kontrolle und Kritik wirkungsmächtiger Eliten befindet – ein weiteres „Specificum Austriacum“ (Karmasin, 2010, S. 22).

Der Diskurs um die „Skandalrepublik Österreich“ (Sickinger, 2007, S. 698) ist keineswegs neu und hat sich als eigenständiger Begriff zur Beschreibung der österreichischen politischen Kultur etabliert. Im historischen Verlauf lassen sich in Österreich unterschiedliche Phasen der Skandalisierung identifizieren, die jeweils durch spezifische Konstellationen von Akteuren und Themen geprägt sind. Bereits die politischen Skandale der 1980er-Jahre markier-

ten frühe Präzedenzfälle. Beispielhaft führte die Waldheim-Affäre zu einer intensiven Debatte über Österreichs Rolle während des Nationalsozialismus und stellte die bis dahin dominante Opferthese fundamental in Frage. Dagegen machten die Noricum-Affäre und der AKH-Skandal die enge Verflechtung zwischen Staatsunternehmen und Regierung sichtbar (Sickinger, 2007).

Seit den 2000er-Jahren lässt sich eine neue Welle politischer Skandale beobachten. Dazu zählen unter anderem die BA-WAG-Affäre, die als einer der größten Finanz- und Korruptionsskandale der Zweiten Republik gilt, sowie die Causa BUWOG, in der der Verdacht der Korruption im Zusammenhang mit der Privatisierung öffentlichen Wohnraums im Mittelpunkt stand (Beninger, 2011, S. 183–186; Tenscher & Golja, 2014). Die jüngeren Skandale ab 2010 sind Ausdruck eines tiefgreifenden Wandels der medialen und kommunikativen Rahmenbedingungen politischer Skandale. Die Ibiza-Affäre verdeutlicht beispielsweise die Rolle transnationaler Öffentlichkeiten für die Reichweite politischer Enthüllungen (Eder, 2024). Zugleich zeigt die ÖVP-Inseratenaffäre, wie eng politische Kommunikation, Medienökonomie und staatliche Ressourcen miteinander verflochten sein können, wenn über Inseratenvergabe potenziell Einfluss auf Berichterstattung genommen wird (Balluff et al., 2026).

Angesichts der genannten Entwicklungen widmet sich diese Ausgabe von *medien & zeit* dem Phänomen des politischen Skandals in der jüngeren Vergangenheit Österreichs, um dieses fragmentarische Forschungsfeld systematisch zu erweitern und zugleich eine analytische Verdichtung eines strukturellen Problems vorzunehmen.

In ihrem Beitrag befassen sich von Sikorski und Kubin mit der Anwendung von Kommunikationsstrategien skandalisierter Politikerinnen und Politiker. Anhand vergleichender Beispiele aus verschiedenen politischen Systemen argumentieren sie, dass eine Täter-Opfer-Umkehr erhebliche Risiken für die demokratische Rechenschaftspflicht birgt und das Vertrauen in Medien, Justiz sowie in die Grundlagen des politischen Systems nachhaltig untergräbt.

Der sogenannte Heldenplatz-Skandal von 1988 wird von Hertz einer eingehenden Analyse unterzogen. Während der Skandal häufig im Zusammenhang mit der kollektiven Verdrängung des Nationalsozialismus in Österreich interpretiert wurde, plädiert Hertz dafür, ihn an der Schnittstelle von Medien, Politik und Theaterinszenierung zu untersuchen. Anstatt verdrängte Traumata zu dramatisieren, inszeniere Bernhard in seinem Theaterstück Wiederholungen und Klischees und zeige, wie autoritäre Überreste in fragmentierten Sprechakten und ideologischen Gesten fortbestehen.

Birkner, Wasner und Colaceci untersuchen die historischen und aktuellen Beziehungen zwischen österreichischen Bundeskanzlern und den Medien. Von besonderer Relevanz ist dabei das Konzept der *Verhaberung* im Kontext der jüngsten Skandale um den ehemaligen Bundeskanzler Sebastian Kurz. Der Beitrag gelangt zu dem Ergebnis, dass eine kommunikationshistorische Neubewertung notwendig ist, um journalistische Unabhängigkeit in einer zunehmend politisch beeinflussten Medienlandschaft Österreichs zu sichern.

Die journalistische Kommentierung des Urteilspruchs im BU-

WOG-Skandal involvierten ehemaligen österreichischen Finanzminister Karl-Heinz Grasser im März 2025 wird von Falböck und Krakovsky untersucht. Die Autorinnen fokussieren sich dabei auf die digitalen Plattformen X und Bluesky. Insgesamt zeigt sich, dass österreichische Politikjournalistinnen und -journalisten auf etablierte Deutungsmuster zurückgreifen und häufig normative Kurzkommentare zu Rechtsstaatlichkeit, Prozessführung und moralischer Verantwortung erstellen. Das digitale Erinnern, so die Autorinnen, bleibe damit feldlogisch gerahmt und reproduziere die elitär strukturierte Binnenöffentlichkeit des österreichischen Politikjournalismus. Schließlich widmet sich Brait in ihrem Beitrag der Darstellung politischer Skandale in österreichischen Schulbüchern und deren Relevanz für den Unterricht. Während in der media-

len Berichterstattung regelmäßig neue Skandale thematisiert und analysiert werden, kommt Brait zu dem Ergebnis, dass in österreichischen Lehrwerken nur vereinzelt auf prominente Fälle, insbesondere auf die Waldheim-Affäre und die Ibiza-Affäre, hingewiesen wird. Diese Verweise blieben jedoch häufig ohne ausreichende Kontextualisierung oder kritische Einbettung. Darüber hinaus würde das Potenzial politischer Skandale als didaktischer Ausgangspunkt weitgehend nicht genutzt werden, um Schüler*innen zu einer kritischen Auseinandersetzung mit politischen Prozessen sowie mit unterschiedlichen Medienformaten und -logiken anzuregen.

Maximilian Eder, Universität Stavanger
Hendrik Michael, independent scholar

Diese Special Issue wurde im Rahmen des Forschungs- und Innovationsprogramms „Horizont 2020“ der Europäischen Union durch die Fördervereinbarung Nr. 101276920 der Marie-Sklodowska-Curie-Maßnahmen finanziell unterstützt. Die zum Ausdruck gebrachten Ansichten und Meinungen repräsentieren ausschließlich die Standpunkte der jeweiligen Autor:innen und reflektieren nicht notwendigerweise die Positionen der Europäischen Union. Weder die Europäische Union noch die Förderstelle können dafür rechtlich verantwortlich gemacht werden.

Literatur

- Balluff, P., Eberl, J.-M., Oberhänsli, S. J., Bernhard-Harrer, J., Boomgaarden, H. G., Fahr, A., & Huber, M. (2026). The Austrian political advertisement scandal: Patterns of “journalism for sale”. *The International Journal of Press/Politics*, 31(1), 91–117. <https://doi.org/10.1177/19401612241285672>
- Beninger, W. (2011). Korruption in der Zweiten Republik: Einige Fälle und deren mediale Aufarbeitung. In E. Bruckmüller (Hrsg.), *Korruption in Österreich: Historische Streiflichter* (S. 165–190). Braumüller.
- Burkhardt, S. (2025). *Medienskandale: Zur moralischen Sprengkraft öffentlicher Diskurse* (3., überarbeitete und ergänzte Aufl.). Herbert von Halem.
- Eder, M. (2023). *Politische Journalistinnen und Journalisten auf Twitter: Eine Framing-Analyse der Ibiza-Affäre im deutsch-österreichischen Vergleich*. Nomos.
- Eder, M. (2024). From questionable incident to political scandal: The Ibiza affair’s scandalization on Twitter. *Medijske Studije*, 14(28), 49–69. <https://doi.org/10.20901/ms.14.28.4>
- Grünangerl, M., Trappel, J., & Tomaz, T. (2021). Austria: Confirmed democratic performance while slowly digitalising. In J. Trappel & T. Tomaz (Hrsg.), *The media for democracy monitor 2021: How leading news media survive digital transformation* (S. 95–152). Nordicom.
- Karmasin, M. (2010). Vierte Gewalt oder Hofberichterstatte? Rollenbilder im Politikjournalismus. In A. Kaltenbrunner, M. Karmasin & D. Kraus (Hrsg.), *Der Journalisten-Report III: Politikjournalismus in Österreich* (S. 11–28). Facultas.
- Plasser, F. & Lengauer, G. (2010). Die österreichische Medienarena: Besonderheiten des politischen Kommunikationssystems. In F. Plasser (Hrsg.), *Politik in der Medienarena: Praxis politischer Kommunikation in Österreich* (S. 19–52). Facultas.
- Seethaler, J., Beaufort, M., & Schulz-Tomancok, A. (2023). *Monitoring media pluralism in the digital era: Application of the media pluralism monitor in the European Union, Albania, Montenegro, Republic of North Macedonia, Serbia & Turkey in the year 2022. Country report: Austria*. European University Institute. <https://doi.org/10.2870/329744>
- Sickinger, H. (2007). Von der „Insel der Seligen“ zur „Skandalrepublik“? Politische Skandale in der Zweiten Republik. In M. Gehler & H. Sickinger (Hrsg.), *Politische Affären und Skandale in Österreich: Von Mayerling bis Waldheim* (S. 698–743). Studien Verlag.
- Stark, B. & Magin, M. (2013). Boulevardisierungstendenzen deutscher und österreichischer Tageszeitungen im Kontext nationaler Marktstrukturen: Eine ländervergleichende Untersuchung. In M. Puppis, M. Künzler & O. Jarren (Hrsg.), *Media structures and media performance: Medienstrukturen und Medienperformanz* (S. 401–428). Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.
- Tenscher, J. & Golja, R. (2014). Der Fall Grasser im Spiegel der Boulevard- und Qualitätspresse. *SWS-Rundschau*, 54(4), 362–384. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-51970-1>
- von Alemann, U. (2024). Skandalkultur in Deutschland. In S. Schönberger & T. Poguntke (Hrsg.), *Politische Skandale und politische Macht* (S. 101–123). Nomos.
- von Sikorski, C. (2017). Politische Skandalberichterstattung: Ein Forschungsüberblick und Systematisierungsversuch. *Publizistik*, 62(3), 299–323. <https://doi.org/10.1007/s11616-017-0355-3>

Victims of Their Own Making?

The Democratic Risks of Strategic Victimhood in Political Scandals

CHRISTIAN VON SIKORSKI

Department of Communication, Free University of Berlin

EMILY KUBIN

Department of Experimental Psychology, University of Oxford

Abstract

Political scandals have long functioned as key mechanisms of democratic accountability. However, the rise of social media has fundamentally altered how political actors respond to scandal. This article introduces strategic victimhood as an increasingly prominent response strategy, in which scandalized politicians portray themselves as victims of—rather than as perpetrators of—wrongdoing. Drawing on comparative examples across political systems and ideologies, we synthesize recent research to explain why victimhood claims resonate with both supporters and, in some cases, opponents. We highlight key psychological mechanisms underlying this appeal, including motivated reasoning, psychological reactance, and moral heuristics centred on harm and suffering. While strategic victimhood can yield short-term reputational benefits for individual politicians, we argue that its widespread use poses significant long-term risks for democratic accountability by undermining trust in media, judicial institutions, and the normative foundations of political responsibility.

Keywords: *strategic victimhood, political scandals, democratic accountability, political communication*

In an era where social media plays a central role in political discourse, the dynamics of political scandals have evolved considerably. Unlike in media conflict or publicist conflicts, in which two or more groups attempt to gain interpretive authority over a conflict or a controversially discussed issue in the public sphere (von Sikorski, 2025), political scandals are characterized by “intense public communication about a real or imagined defect that is by consensus condemned, and that meets universal indignation or outrage” (Esser & Hartung, 2004, p. 1041). While scandals have long served as a mechanism for holding political actors accountable in democratic societies (Esser & Hartung, 2004; Entman, 2012; Maier et al., 2019), the erosion of traditional media’s gatekeeping function has opened new avenues for managing scandal narratives. Today, politicians are no longer dependent on conventional news outlets to reach the public (e.g., Stier et al., 2018). Instead, they can speak directly to their supporters via social media, reframing events in real time and circumventing critical journalistic scrutiny (von Sikorski & Kubin, 2022).

This shift in communication power has led to a diversification of scandal response strategies. Among these, one increasingly visible and morally charged tactic is what we call *strategic victimhood* in political scandals, a response strategy in which a politician presents themselves as a victim rather than a perpetrator (Chouliarakis, 2021; Kubin & von Sikorski, 2026; see also Voit et al., 2026).

Several prominent Austrian cases illustrate how strategic victimhood is employed in political scandals. Former Austrian Chancellor Sebastian Kurz responded to corruption allegations by claiming a politically motivated campaign aimed at “destroying” him.

With this claim, he shifted the focus from structural corruption to ideological persecution. Another example is the case of the former Vice Chancellor of Austria and former member of the right-wing populist party FPÖ (Austrian Freedom Party), Heinz-Christian Strache, who was implicated in the so-called “Ibiza video” and framed the scandal as a “criminal plot,” while denying any wrongdoing. In particular, the strategic victimhood employed by Strache can be described as well-calibrated to the Austrian context. Strache relied on the narrative of portraying himself as the target (and victim) of “criminal structures.” This form of victimhood can be regarded as strategically astute, as it seamlessly builds on established patterns of FPÖ communication, which regularly conceives of itself as a systematically disadvantaged counter-elite and claims to defend “the people” (victims) against the elites (victimizers) (see Pelinka, 2002).

The Austrian context thus serves as a salient example of how strategic victimhood can distort perceptions of scandals and undermine trust in institutions, ultimately weakening democratic control mechanisms. However, numerous prominent international cases beyond the Austrian context demonstrate that strategic victimhood in political scandals can be found across different political systems and ideologies (see Table 1).

Exemplary of the U.S. context is the strategic victimhood adopted by Donald Trump. Trump repeatedly labeled the Mueller investigation (an investigation into Trump regarding Russia’s interference during the 2016 U.S. election) a “witch hunt,” framing legal scrutiny as persecution to delegitimize institutions like the FBI, while bolstering loyalty among supporters who saw him as a martyr. French politician Marine Le Pen, accused of misusing EU funds, claimed the case was politically

driven and described it as a “witch hunt” by European elites, reinforcing populist narratives of victimhood. Former president of Brazil Jair Bolsonaro, accused of coup plotting, also invoked the “witch hunt” metaphor, portraying himself as a target of anti-democratic forces. In all cases, the accused reframed allegations as attacks, positioning themselves as moral victims. This strategy may help maintain or even strengthen support, particularly in fragmented media environments.

but carries significant long-term risks for democratic societies. By drawing on recent empirical research, we examine how this rhetorical maneuver shapes public opinion and challenges the foundations of democratic accountability.

Table 1
Depiction of Politicians as Victims in Scandals – Selected Examples

Politician / Party	Scandal / Allegation	Response / Victim Narrative	Quote / Representation
Heinz-Christian Strache, Austrian Freedom Party (FPÖ)	Ibiza Scandal (2019) – Corruption allegations from video	Presented himself as a victim of a secret plot or trap	Strache: these are “criminal structures”; “I am not the perpetrator, I am the victim.” (Der Standard, 2020)
Sebastian Kurz, Austrian People's Party (ÖVP)	False testimony in the parliamentary inquiry, advertisement scandal	Claimed politically motivated investigations, criticized the WKStA (Austrian Public Prosecutor's Office) and spoke of a “red network” (i.e., political opponents and left-wing allies within the Austrian system)	“You want to destroy me”; “All are equal before the law, but I am “not being treated according to this principle” (NTV, 2023)
Austrian Freedom Party (FPÖ)	“Ibiza video” and other scandal allegations	The FPÖ's self-depiction as a victim of a state or left-wing conspiracy. Also, frequent comments by leading FPÖ politicians in which the FPÖ is continuously presented as victims of a system working against the will of the people	“Political assassination of Strache”; “assault on freedom and democracy” (Münch, 2019)
Marine Le Pen, National Rally (RN)	Fake Jobs Scandal – Misuse of European Parliament funds	Le Pen and her party claimed they were victims of a “political attack” by the European institutions, alleging a left-wing plot to sabotage her campaign	“rule of law was completely violated”; “witchhunt” (Ataman et al., 2025; see Le Monde, 2025)
Donald Trump, Republican Party	Russia Investigation (2016-2019) – Alleged collusion with Russia	Trump repeatedly claimed that the investigation into Russian interference was a politically motivated “witch hunt” to undermine his presidency.	“This is the single greatest witch hunt of a politician in American history!” (see Borger et al., 2017)
Jair Bolsonaro, Liberal Party (PL)	Scandalous alleged coup plot	Bolsonaro depicted himself as a victim of both the media and political opponents.	He described himself as a victim of a “witch hunt” (Buschschlüter et al., 2025)

The rise of strategic victimhood claims raises critical questions for scholars of political communication and democratic accountability. In this essay, we address three central questions: (1) *Why is victimhood such an attractive response strategy for political actors facing scandal?* (2) *How do different audience segments respond to strategic victimhood and what are the psychological mechanisms that explain this?* (3) *What are the broader democratic risks of this tactic?*

Overall, we argue that while strategic victimhood may offer short-term benefits to individual (populist) political actors (often among both political allies and opponents),

Toward a Definition of Strategic Victimhood in Political Scandals

Victimhood narratives are a key component of many political and intergroup conflicts where opposing groups claim to have suffered to a larger extent than other political parties or groups in society, a phenomenon also referred to as *competitive victimhood* (Young & Sullivan, 2016). Additionally, these narratives are increasingly entering the political sphere. For example, Voit and colleagues (2026) found that victimhood claims in German federal election and party programs have

increased between 2002 and 2021, particularly among parties represented in parliament. Further, parties at the far left and far right of the ideological spectrum used victimhood narratives more frequently than centrist parties, highlighting the role of victimhood narratives, especially in populist political campaigning. This trend makes sense as strategic victimhood aligns closely with the rhetoric of populist communication, which frames politics as a struggle between a virtuous “people” and a corrupt “elite” (Brubaker, 2017). Even though victimhood claims are often part of populist rhetoric, it is conceptually distinguishable and can be leveraged by non-populist politicians as well (see Hronešová & Kreiss, 2024; Voit et al., 2026).

Strategic victimhood is a large and encompassing communication strategy that can take many forms. For example, this deliberate strategy can communicate real, perceived, or false victimhood of oneself or one’s group as a way to gain political legitimacy or reach political goals (also see Gray & Kubin, 2024). One especially pernicious form of this communication strategy is *hijacked victimhood* (Hronešová & Kreiss, 2024, p. 718). Hijacked victimhood has been described as a subset of strategic victimhood and as a narrative strategy used to frame dominant groups as vulnerable to domination, disappearance, or oppression by groups that are marginalized or socially subordinate (Hronešová & Kreiss, 2024). This victimhood is often based on misattributions, exaggerations, and falsehoods but can be politically beneficial for those who use these strategies (Kubin & von Sikorski, 2026).

Strategic victimhood in political scandals refers to victimhood claims and the deliberate self-presentation of political actors involved in scandals as victims rather than perpetrators. Instead of offering apologies, denying, or accepting responsibility, which are well-studied political communication strategies (Hamrak et al., 2024; Johnson, 2018), some politicians accused of misconduct increasingly portray themselves as targets of unjust attacks—often by the media, political rivals, or judicial institutions (see Kubin & von Sikorski, 2026). This rhetorical strategy reflects a form of perpetrator–victim reversal (Chouliaraki, 2021), which stands in stark contrast to victim-blaming. While victim-blaming shifts responsibility from the actual perpetrator to the true victim—such as when survivors of sexual assault are implicitly held responsible for the harm they suffered (see, for example, Van der Bruggen & Grubb, 2014; von Sikorski & Saumer, 2020; see also Gray & Kubin, 2024)—strategic victimhood reverses this dynamic. Here, it is the alleged wrongdoer who claims victim status (see Chouliaraki, 2021). A political actor accused of norm violations (e.g., corruption or abuse of power) communicatively reframes the situation by asserting that they are being unfairly targeted, thus positioning themselves as victims of external persecution rather than as accountable agents. This strategy enables them to deflect blame, reshape public perception, and potentially reduce the reputational fallout associated with their transgressions. Thus, strategic victimhood in political scandals refers to the deliberate self-presentation

of an accused political actor as a victim rather than a perpetrator, with the aim of deflecting blame and preserving public support.

The Logic and Roots of Strategic Victimhood

Historically, political actors had limited opportunities to communicate strategic victimhood. Traditional news media held considerable gatekeeping power, shaping public narratives around political scandals. Politicians, by contrast, had few channels to influence or counter these narratives effectively. This dynamic has shifted fundamentally with the rise of social media, which enables politicians to bypass traditional media filters and communicate directly with their audiences. Platforms such as X (formerly Twitter), *Facebook*, *TikTok* and proprietary channels like Donald Trump’s *Truth Social* allow political actors to present their side of the story without editorial oversight. In today’s digital media environment, traditional gatekeepers have lost much of their influence, while politicians have gained new tools to reframe allegations as politically motivated attacks. Especially regarding scandals during election campaigns (see Kumlin & Esaiasson, 2012), they increasingly respond to scandal-related accusations by portraying themselves as victims of unfair, exaggerated, or strategically timed allegations.

Why, then, is victimhood such an appealing response strategy in the face of scandal? The answer lies in the powerful moral and psychological weight of victim status. Victims are generally perceived as more moral, trustworthy, and less culpable for harmful actions as compared to people who are not seen as victims (Gray & Kubin, 2024). Claiming victimhood can elicit sympathy among supporters and sow moral ambiguity among undecided observers, thereby weakening the impact of accusations. Thus, politicians may feel that claiming victimhood is advantageous for them politically. Compared to strategies such as apologizing, justification, or denial (see Hamrak et al., 2024; Bhatti et al., 2013; von Sikorski et al., 2018). Victimhood offers a more emotionally resonant and often less risky path to preserving personal credibility and political capital (Kubin & von Sikorski, 2026). For instance, denying wrongdoing can be more effective than offering apologies (Hamrak et al., 2024). However, such denials often only delay negative consequences, like reputational damage, particularly when evidence later disproves them (Bhatti et al., 2013). In contrast, victimhood claims do not carry the same risks.

Importantly, strategic victimhood is not merely a tactical maneuver. It draws its effectiveness from deep-seated psychological mechanisms. As Gray and Kubin (2024) argue, humans evolved in environments where threats of victimization were pervasive. Survival depended on forming cohesive social groups governed by shared moral codes. Because concerns over minimizing harm lie at the heart of moral judgments (Schein & Gray, 2018), those perceived as victims are often granted moral authority

and social protection. This dynamic persists in modern discourse: victims are typically seen as morally pure, less blameworthy, and more deserving of empathy (Gray & Kubin, 2024).

By adopting victim status, political actors not only deflect blame but also mobilize their base through appeals to shared grievances and perceived injustice. This is the core mechanism that makes strategic victimhood so potent in political scandals: it taps into intuitive moral heuristics that reduce perceived responsibility and heighten emotional identification. In effect, strategic victimhood functions as a form of moral immunization. First, when a political actor is perceived—at least partially—as a victim, public and media scrutiny may shift away from their misconduct and toward the supposed injustice of the accusation. Second, (alleged) victimhood can mitigate perceptions of scandalous behavior, redirect outrage, and foster empathy toward the accused. This rhetorical reframing can generate powerful emotional effects. By portraying themselves as victims, politicians trigger instinctive moral responses such as compassion and solidarity, particularly among their supporters (see Hronešová & Kreiss, 2024). In doing so, they shield themselves from reputational damage by activating moral instincts that protect rather than condemn them (see Kubin & von Sikorski, 2026). Third, as mentioned, strategic victimhood tends to be less risky for political actors compared to other response strategies such as denying and wrongdoing (Hamrak et al., 2024)—making strategic victimhood an especially attractive response for politicians embroiled in scandal.

Audience Reactions, Psychological Mechanisms and Democratic Implications

The effectiveness and democratic consequences of strategic victimhood in political scandals cannot be fully understood without examining how different segments of the public respond to such rhetorical maneuvers. Audience reactions are not uniform; they are shaped by political orientations, psychological predispositions, and are essential (as we argue) for understanding whether strategic victimhood mitigates reputational damage.

How Co-Partisans Respond to Strategic Victimhood

Existing research shows that responses to scandal are strongly filtered through partisan and affective lenses (von Sikorski et al., 2020; see von Sikorski, 2018). Supporters of the implicated politician may readily adopt the victim narrative, interpreting the scandal as politically motivated or unjust—in-line with how in-group members are inclined to dismiss scandals their co-partisans are accused of (Ekstrom et al., 2024).

For supporters of the accused, victim narratives often generate affirmation and solidarity. They function not only as a defense of the political actor but also as a defense

of the in-group, reframing the scandal as a collective attack. This “us versus them” framing increases affective in-group identification and strengthens shared political identity. In this way, strategic victimhood may act as a rallying cry, deepening loyalty and reinforcing moral alignment with the accused. Empirical research supports this: when political figures present scandals as unjust or unfair attacks, core supporters are more likely to dismiss the allegations and perceive the accused as morally vindicated (von Sikorski et al., 2020; von Sikorski & Kubin, 2026).

How Opponents Respond to Strategic Victimhood

Political opponents may view victimhood claims as manipulative and disingenuous, which can intensify outrage and further polarize the political landscape (see von Sikorski & Kubin, 2022). In some cases, strategic victimhood may appear as a cynical and strategic attempt to invert the moral logic of accountability. Rather than viewing the accused as unjustly targeted, opponents may interpret the victim claim as an evasion of responsibility and a performative and inauthentic act to gain undeserved sympathy. This can provoke stronger affective polarization and reinforce perceptions of a political system rife with bad-faith actors (see von Sikorski & Kubin, 2022).

However, recent empirical research highlights that this may not always be the case. In their research, Kubin and von Sikorski (2026), find that people across the ideological spectrum have more positive evaluations of scandalized politicians (regardless of the politicians’ political ideology), when the politician responds to scandal using a strategic victimhood strategy as compared to other strategies (e.g., apologizing). While at first it may seem surprising that even opponents would have more positive evaluations of politicians who claim victimhood, this work highlights the universal nature of victimhood (Gray & Kubin, 2024; Schein & Gray, 2018) and how it can build a common currency of moral understanding even between political adversaries (see Kubin et al., 2021; 2023; 2025). This conflicting research regarding how strategic victimhood can lead to more (vs less) positive evaluations from political opponents, highlights the need for further research examining when and why strategic victimhood as a communication strategy is effective across the partisan aisle—though some insights can already be gleaned from social psychology.

Psychological Mechanisms at Play

To understand the efficacy of strategic victimhood, one must understand human psychology. There are many psychological mechanisms that explain when and why strategic victimhood is effective. We examine some of these here.

One key factor explaining why political allies will respond positively to strategic victimhood (and political

opponents in some cases may respond negatively to this strategy), is motivated reasoning. Motivated reasoning is the tendency to interpret information in a way that reinforces existing beliefs and emotional commitments (Kunda, 1990). Supporters are not necessarily persuaded by the logic of victimhood claims, but by the moral and identity protection these narratives provide. Similarly, partisan perceptual filtering suggests that political orientation influences not only how people interpret information, but what they perceive as credible in the first place (Taber & Lodge, 2006)—meaning in some cases opponents may use motivated reasoning to dismiss claims of victimhood.

Another relevant mechanism explaining allies support for scandalized politicians who make claims of victimhood is psychological reactance. According to reactance theory, individuals experience motivational arousal when they perceive their freedom or autonomy as threatened (Brehm, 1966). When accusations appear coercive—particularly from media or judicial authorities—supporters may react defensively, strengthening their support for the accused. Ironically, this may occur even in the face of credible evidence. In this sense, strategic victimhood may leverage cognitive and emotional tendencies that transform accountability into perceived injustice, and criticism into persecution.

Finally, as noted above, situations where people across the political spectrum view scandalized politicians who use strategic victimhood more positively may be explained by the psychological process of how we make moral judgements. The Theory of Dyadic Morality (Schein & Gray, 2018) highlights how all of us care about suffering and thus victimhood can not only garner sympathy and moral impunity from in-group members but can also build moral understanding from adversaries (see Gray & Kubin, 2024)—making strategic victimhood especially attractive to scandalized politicians interested in improving the publics' opinion of them.

Implications for Democratic Accountability

The personal advantages politicians may gain by using strategic victimhood to reframe public perception carry significant implications and potential negative spillover effects for democratic governance. When public officials deflect responsibility by adopting the stance of a victim, the normative expectation that power should be exercised transparently and ethically is undermined (see also Allern & von Sikorski, 2018). This becomes particularly troubling when victim narratives are used to delegitimize core democratic institutions such as the press or judiciary (e.g., using accusations such as “fake news” or “witch hunts”). In such cases, strategic victimhood functions not merely as a personal defense but as a broader discursive weapon against institutional oversight, with potentially harmful consequences for democratic accountability.

The resulting erosion of trust can deepen institutional

cynicism, leading citizens to perceive the media, courts, and even democracy itself as biased or corrupt (Nguyen et al., 2026; see also von Sikorski & Herbst, 2020). While this tactic may help individual politicians weather scandals, it risks undermining the very foundations of democratic governance. By reframing credible allegations as persecution, politicians not only weaken accountability mechanisms but also diminish public confidence in the legitimacy of institutions. Repeated use of this strategy can create a precedent for scandal fatigue, permanently reducing the effectiveness of journalism and civil society in holding leaders accountable (von Sikorski & Kubin, 2022). Over time, persistent invocations of victimhood foster public cynicism, exacerbate polarization, and further compromise the capacity of watchdog institutions—especially in societies already marked by ideological divides and populist rhetoric (Brubaker, 2017). As public discourse shifts from reasoned debate to competing narratives of grievance, the ability of democratic institutions to ensure transparency and justice is significantly diminished (Young & Sullivan, 2016).

Conclusion and Next Steps

Strategic victimhood in political scandals is not merely a rhetorical device but a socially and psychologically potent strategy that reshapes public perception of wrongdoing and accountability. Different cases like the scandals involving former Chancellor Sebastian Kurz and former Vice Chancellor Heinz-Christian Strache demonstrate how this strategy is carefully calibrated to resonate within specific national and party contexts. In Austria, Strache's framing of the “Ibiza video” as a “criminal plot” effectively drew on the FPÖ's long-standing narrative of itself as a systematically disadvantaged counter-elite defending “the people” against corrupt elites, illustrating how strategic victimhood can mobilize partisan solidarity and deflect scrutiny from structural wrongdoing. Similarly, Kurz's portrayal of corruption allegations as politically motivated attacks highlights how even mainstream actors can leverage victimhood to shift attention from institutional failings to claims of ideological persecution. These Austrian examples underscore the broader democratic risks of strategic victimhood. By reframing legitimate allegations as persecution, politicians can undermine public trust in institutions, weaken accountability mechanisms, and potentially foster long-term cynicism toward media, courts, and democratic governance itself (Nguyen et al., 2026).

The repeated invocation of victim narratives risks normalizing scandal fatigue and eroding the effectiveness of watchdog institutions, with consequences not only for Austria but also for other democracies facing similar pressures from populist communication and fragmented media environments. Critically, our findings suggest that the strategic deployment of victimhood is contextually nuanced: its effectiveness depends on the political culture, the credibility of the institutions involved, and the

preexisting alignment of supporters and opponents. In Austria, where populist rhetoric is disseminated, among others, by the FPÖ, strategic victimhood in political scandals appears particularly potent—yet the risks it poses to democratic accountability are universal. Recognizing this dynamic is essential for scholars, journalists, and policymakers alike. Future research should continue to investigate strategic victimhood across diverse political and cultural contexts, examining both the psychological mechanisms that make it effective and the institutional

safeguards that might mitigate its democratic costs. In particular, efforts to enhance media literacy are vital in countering the corrosive effects of strategic victimhood. The public must become more attuned to the growing use of strategic victimhood by political actors (Voit et al., 2026)—and to the potential consequences this strategy may have for democratic processes. Future research should explore these issues more thoroughly, both in Austria and in diverse cultural contexts worldwide.

References

- Allern, S., & von Sikorski, C. (2018). Political scandals as a democratic challenge: From important revelations to provocations, trivialities, and neglect—Introduction. *International Journal of Communication*, 12, 3014–3023. <https://ijoc.org/index.php/ijoc/article/view/7094>
- Ataman, J., Vandoorne, S., Kennedy, N., Nourrisson, S., & Edwards, C. (2025, March 31). *Far-right leader Marine Le Pen banned from 2027 presidential race, throwing French politics into disarray*. CNN. <https://edition.cnn.com/2025/03/31/europe/marine-le-pen-embezzlement-trial-verdict-france-intl>
- Bhatti, Y., Hansen, K. M., & Leth Olsen, A. (2013). Political hypocrisy: The effect of political scandals on candidate evaluations. *Acta Politica*, 48(4), 408–428. <https://doi.org/10.1057/ap.2013.6>
- Brehm, J. W. (1966). *A theory of psychological reactance*. Academic Press.
- Brubaker, R. (2017). Why populism? *Theory and Society*, 46, 357–385. <https://doi.org/10.1007/s11186-017-9301-7>
- Borger, J., Gambino, L., Jacobs, B., Beckett, L. (2017). *Trump denies collusion with Russia but says he ‘speaks for himself’*. *The Guardian*. <https://www.theguardian.com/us-news/2017/may/18/trump-strays-white-house-message-mueller-witch-hunt>
- Buschschlüter, V., Wright, G., & Rocha, L. (2025, February 19). *Brazil prosecutor charges ex-President Bolsonaro over alleged coup plot*. BBC. <https://www.bbc.com/news/articles/cwydxnxxpgo>
- Chouliarakis, L. (2020). Victimhood: The affective politics of vulnerability. *European Journal of Cultural Studies*, 24(1), 10–27. <https://doi.org/10.1177/1367549420979316>
- Der Standard (2020, August 29). „Original“-Strache gegen Einwanderer, FPÖ und Corona-Maßnahmen. Der Standard. <https://www.derstandard.de/story/2000119667142/strache-gegen-einwanderer-fpoe-und-corona-massnahmen>
- Ekstrom, P. D., Gonzales, M. H., Williams, A. L., Weiner, E., & Aguilera, R. (2024). On the defensive: Identity, language, and partisan reactions to political scandal. *Personality and Social Psychology Bulletin*, 51(11), 2323–2340. <https://doi.org/10.1177/01461672241247084>
- Entman, R. M. (2014). *Scandal and silence: Media responses to presidential misconduct*. MIT Press.
- Esser, F., & Hartung, U. (2004). Nazis, pollution, and no sex: Political scandals as a reflection of political culture in Germany. *American Behavioral Scientist*, 47(8), 1040–1071. <https://doi.org/10.1177/0002764203262277>
- Gray, K., & Kubin, E. (2024). Victimhood: The most powerful force in morality and politics. In B. Gawronski (Ed.), *Advances in experimental social psychology* (pp. 137–220). Elsevier.
- Hamrak, B., Simonovits, G., Rusnak, A., & Szucs, F. (2024). Why politicians won’t apologize: Communication effects in the aftermath of sex scandals. *British Journal of Political Science*, 54(4), 1486–1495. <https://doi.org/10.1017/S0007123424000292>
- Hronešová, J. B., & Kreiss, D. (2024). Strategically hijacking victimhood: A political communication strategy in the discourse of Viktor Orbán and Donald Trump. *Perspectives on Politics*, 22(3), 717–735. <https://doi.org/10.1017/S1537592724000239>
- Johnson, T. (2018). Deny and attack or concede and correct? Image repair and the politically scandalized. *Journal of Political Marketing*, 17(3), 213–234. <https://doi.org/10.1080/15377857.2015.1039745>
- Kubin, E., Puryear, C., Schein, C., & Gray, K. (2021). Personal experiences bridge moral and political divides better than facts. *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 118(6), Article e2008389118. <https://doi.org/10.1073/pnas.2008389118>
- Kubin, E., & von Sikorski, C. (2021). The role of (social) media in political polarization: A systematic review. *Annals of the International Communication Association*, 45(3), 188–206, <https://doi.org/10.1080/23808985.2021.1976070>

- Kubin, E., Gray, K. J., & von Sikorski, C. (2023). Reducing political dehumanization by pairing facts with personal experiences. *Political Psychology*, 44(5), 1119–1140.
<https://doi.org/10.1111/pops.12875>
- Kubin, E., von Sikorski, C., & Gray, K. (2025). Political censorship feels acceptable when ideas seem harmful and false. *Political Psychology*, 46(2), 279–299.
<https://doi.org/10.1111/pops.13011>
- Kubin, E., & von Sikorski, C. (2026). Claims of victimhood shield politicians from political scandals. *Political Communication*, ahead-of-print.
<https://doi.org/10.1080/10584609.2026.2619865>
- Kumlin, S., & Esaiasson, P. (2012). Scandal fatigue? Scandal elections and satisfaction with democracy in Western Europe, 1977–2007. *British Journal of Political Science*, 42(2), 263–282.
<https://doi.org/10.1017/S000712341100024X>
- Kunda, Z. (1990). The case for motivated reasoning. *Psychological Bulletin*, 108(3), 480–498.
<https://doi.org/10.1037/0033-2909.108.3.480>
- Le Monde (2025, April 7). *Marine Le Pen's Trumpian temptation*. Le Monde.
https://www.lemonde.fr/en/opinion/article/2025/04/07/marine-le-pen-s-trumpian-temptation_6739921_23.html
- Maier, J., Jansen, C., & von Sikorski, C. (2019). Media framing of political scandals. In H. Tumber & S. Waisbord (Eds.), *The Routledge companion to media and scandal* (pp. 100–114). Routledge.
- Münch, P. (2019, May 24). *Die FPÖ begibt sich in die Trotzburg*. Süddeutsche Zeitung.
<https://www.sueddeutsche.de/politik/fpoe-strache-krise-oesterreich-1.4461707>
- Nguyen, C. M., Moore-Berg, S. L., & Hameiri, B. (2026). When victimhood threatens democracy: Competitive victimhood predicts anti-democratic policy support through dehumanization for Republicans and Democrats. *The Journal of Social Psychology*, 166(2), 250–263.
<https://doi.org/10.1080/00224545.2025.2502818>
- NTV (2023, October 20). *Kurz sieht sich als Opfer der Staatsanwaltschaft*. NTV.
<https://www.n-tv.de/politik/Kurz-sieht-sich-als-Opfer-der-Staatsanwaltschaft-article24479332.html>
- Pelinka, A. (2002). Die FPÖ in der vergleichenden Parteienforschung: Zur typologischen Einordnung der Freiheitlichen Partei Österreichs. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 31(3), 281–290.
<https://doi.org/10.15203/ozp.807.vol31iss3>
- Schein, C., & Gray, K. (2018). The theory of dyadic morality: Reinventing moral judgment by redefining harm. *Personality and Social Psychology Review*, 22(1), 32–70.
<https://doi.org/10.1177/1088868317698288>
- Stier, S., Bleier, A., Lietz, H., & Strohmaier, M. (2018). Election campaigning on social media: Politicians, audiences, and the mediation of political communication on Facebook and Twitter. *Political Communication*, 35(1), 50–74.
<https://doi.org/10.1080/10584609.2017.1334728>
- Taber, C. S., & Lodge, M. (2006). Motivated skepticism in the evaluation of political beliefs. *American Journal of Political Science*, 50(3), 755–769.
<https://doi.org/10.1111/j.1540-5907.2006.00214.x>
- Voit, M., Köhler, L. J. E., Matern, S., Fischer, K., & Gollwitzer, M. (2026). Victimhood claims in German political manifestos. *Political Psychology*, 47(3), Article e70088.
<https://doi.org/10.1111/pops.70088>
- von Sikorski, C. (2018). The aftermath of political scandals: A meta-analysis. *International Journal of Communication*, 12, 3109–3133.
- von Sikorski, C. (2025). Political scandals. In A. Nai, M. Grömping, & D. Wirz (Eds.), *Elgar encyclopedia of political communication* (pp. 269–273). Edward Elgar Publishing.
- von Sikorski, C., Heiss, R., & Matthes, J. (2020). How political scandals affect the electorate: Tracing the eroding and spillover effects of scandals with a panel study. *Political Psychology*, 41(3), 549–568.
<https://doi.org/10.1111/pops.12638>
- von Sikorski, C., & Herbst, C. (2020). Not practicing what they preached! Exploring negative spillover effects of news about ex-politicians' hypocrisy on party attitudes, voting intentions, and political trust. *Media Psychology*, 23(3), 436–460.
<https://doi.org/10.1080/15213269.2019.1604237>
- von Sikorski, C., Knoll, J., & Matthes, J. (2018). A new look at celebrity endorsements in politics: Investigating the impact of scandalous celebrity endorsers and politicians' best responses. *Media Psychology*, 21(3), 403–436.
<https://doi.org/10.1080/15213269.2017.1378109>
- von Sikorski, C., & Kubin, E. (2022). Are we living in a post-scandal era? High-choice media environments, political polarization, and their consequences for political scandals. In A. Haller, H. Michael, & L. Seeber (Eds.), *Scandology 3: Scandals in new media* (pp. 45–57). Springer.
- von Sikorski, C., & Saumer, M. (2020). Sexual harassment in politics. News about victims' delayed sexual harassment accusations and effects on victim blaming: A mediation model. *Mass Communication and Society*, 24(2), 259–287.
<https://doi.org/10.1080/15205436.2020.1769136>

- Young, I. F., & Sullivan, D. (2016). Competitive victimhood: A review of the theoretical and empirical literature. *Current Opinion in Psychology*, 11, 30–34.
<https://doi.org/10.1016/j.copsyc.2016.04.004>
- Van der Bruggen, M., & Grubb, A. R. (2014). A review of the literature relating to rape victim blaming: An analysis of the impact of observer and victim characteristics on attribution of blame in rape cases. *Aggression and Violent Behavior*, 19(5), 523–531.
<https://doi.org/10.1016/j.avb.2014.07.008>

CHRISTIAN VON SIKORSKI

Prof. Dr., is a Professor of Communication in the Department of Communication at Free University of Berlin, where he directs the Media Effects Research Group. His research focuses on the effects of digital media, political communication, artificial intelligence (AI) and media psychology.

<https://orcid.org/0000-0002-3787-8277>

EMILY KUBIN

Dr., is a postdoctoral research fellow in the Department of Experimental Psychology at the University of Oxford. She is also a research affiliate at the Center for Conflict and Cooperation at New York University. She studies the interactions between moral judgments (especially connected to victimhood) and media (both news media and social media) on political polarisation and conflict.

<https://orcid.org/0000-0003-0606-8594>

The *Heldenplatz* Scandal

Liberal Myth, Conservative Nostalgia

GAL HERTZ

Department of Visual and Material Culture, Bezalel Academy of Arts and Design

Abstract

This article re-examines the Heldenplatz scandal of 1988, long considered the most explosive theatrical controversy of Austria's Second Republic. While the scandal has often been framed in terms of collective repression and psychoanalytic “working through” of the Nazi past, this study argues that such readings obscure the deeper dynamics at play. Drawing on Judt's (1992) notion of liberal myth and Uhl's (2000) analysis of shifting Austrian memory culture, the article situates the scandal at the intersection of media, politics, and theatrical staging. The tabloid-led campaign transformed Bernhard's provocative lines into a nationalist insult. At the same time, the play itself dismantles both nostalgic nationalism and liberal myths of reconciliation by exposing the emptiness of Austrian political discourse in a neo-liberal era. Rather than dramatizing repressed trauma, Bernhard stages repetition, cliché, and hollow rituals, revealing how authoritarian residues persist as fragmented speech acts and ideological gestures. The scandal, then, is understood less as a rupture of denial than as a performance of polarized identities, where theater, politics, and media collided in a battle over cultural authority.

Keywords: *Heldenplatz*, memory-culture, resentment, theatricality

*It is always wrong to explain the phenomena of
a country simply by the character of its
inhabitants.*

(Musil, 1995, p. 9)

event, they tend to reduce both the play and the scandal to psychological explanations of memory and denial. My aim here is to show that these readings obscure the broader political and ideological dynamics that shaped both the production and reception of *Heldenplatz*.

Introduction: Repression of Guilt?

The 1988 premiere of Thomas Bernhard's *Heldenplatz* at Vienna's Burgtheater provoked one of the most consequential cultural scandals of Austria's Second Republic. The controversy has frequently been interpreted as a moment of confrontation with Austria's Nazi past. In the secondary literature, it is often framed and analyzed through a psychoanalytic perspective: repression of guilt and a collective “working through” of historical trauma. For example, in her analysis of the play, Catherine Kiebuszinska (1995) argues:

*In the play, taking his cue from the upheavals
generated by the election of Kurt Waldheim in
1986, Bernhard not only dismisses the postwar
image of Austria as victim of Nazi Germany, but
maintains that Austria's retreat into nostalgia
for its imperial past, implied in the celebrations
of the Burgtheater's one-hundred-year history,
represents yet another problem of Austria's
inability of *Vergangenheitsbewältigung*.*

(p. 378)

This “inability” of coming to terms with the past is shared by other scholars (Leeb, 2021; Daviau, 1991; Malkin, 1999; Mihai, 2014). They read the play almost in therapeutic terms, moving away from the “victim thesis” to taking responsibility regarding the Nazi era. While such interpretations highlight the symbolic importance of the

Building on Tony Judt's (1996) notion of the postwar “liberal myth” and Heidemarie Uhl's (2001) analysis of Austria's transition from the “victim thesis” toward narratives of shared responsibility, this study reinterprets the Heldenplatz scandal as a conflict over ideology at the intersection of theater, media, and politics. I argue that Bernhard's play does not expose repressed historical truth or unresolved national guilt. Instead, it critiques the ideological functions of memory discourse itself. In short, by translating National Socialism into a psychological disposition or moral failure, postwar Austrian memory culture depoliticized its historical and structural conditions, transforming catastrophe into a manageable narrative of acknowledgment and reconciliation. The play suggests that reducing Nazism to a mere psychological disposition — an attitude, a set of primitive resentments — strips it of its historical, institutional, and social dimensions (Postone, 1995). Such a reduction operates as a strategy: it substitutes historical and structural explanation with a ready-made psychological scheme.

The article addresses three central questions. First, how does *Heldenplatz* challenge dominant frameworks of Austrian memory culture? Second, how did the public scandal surrounding the play reflect broader struggles between theatrical representation, tabloid media, and political discourse? Third, what does Bernhard's dramaturgy reveal about the persistence of authoritarian residues within late twentieth-century democratic societies? To answer these questions, the article is based on Bernhard's practice of staging as historicizing. Unlike

commemorative or narrative approaches to history, Bernhard's theatrical form exposes historical experience as fragmented, repetitive, and unresolved. The play replaces psychological depth with ideological cliché, presenting language itself as a site where authoritarian structures persist in everyday speech and social ritual. From this perspective, the *Heldenplatz* scandal emerges not as a rupture of denial but as a performance of polarized identities within transforming media and a political landscape. By situating *Heldenplatz* within broader shifts in Austrian political culture during the late Cold War and early globalization era, this article argues that the scandal reveals a deeper ideological impasse. Rather than addressing the structural conditions that enabled National Socialism, public discourse increasingly relied on symbolic performances of memory that obscured ongoing social polarization and the rise of right-wing populism. Bernhard's play exposes this condition by dramatizing the limits of liberal narratives of historical reconciliation and by revealing how authoritarian modes of thought survive as fragmented ideological gestures within democratic culture.

A historical account of the changes in Austrian memory culture (i.e., the second republic approach to the Second World War) has been suggested by Uhl (2001). She identifies this process within the discourse of museums, historical exhibitions, TV shows, and official ceremonies. This 'memory culture' has taken a different form, in which Austria's past is no longer silenced, but discussed, studied, and exhibited. I do not question Uhl's analysis, as to the rejection of the "victim thesis," however, it is not so clear what exactly the 'shared responsibility' thesis means. Yet what are the social implications of such a transition? How is this ideological shift connected to government policies and, more importantly, how does it address the social and political conditions that brought about National Socialism in the first place? As the right-wing populist parties gain more support in Austria as well as in other European countries, it may be necessary to revisit Bernhard's critique. My suggestion here is that his play was not about shared responsibility but an attempt to demonstrate how deeply fascism was embedded within Austrian culture and why liberal ideologies fail in addressing these challenges.

First Act: Medienstreit – Tabloid Against Theater

*You can save yourself a fortune in pills
if you surrender early in the morning
to the total stupidity of the Kronenzeitung and
the Kurier
it whips your circulation into a frenzy first thing
in the morning
I am not talking about the Presse
that rotten paper for ten schillings is much too
expensive
even as a sleeping pill.*
(Bernhard, 1999, p. 380)

The Heldenplatz scandal erupted in the autumn of 1988, in the newspapers, weeks before the planned premiere on 4th November (it was originally planned for 14th October but had to be postponed as six of the actors canceled their participation). Excerpts of *Heldenplatz* were leaked to journalists. *Neue Kronen Zeitung* and the *Wochenpresse* printed monologues from the play. In their printed form, Bernhard's lines turned from theatrical performance into news editorials. This could only mean one thing: an insult. Sentences such as "Austria is a nation of six and a half million idiots" and "today there are more Nazis than there were in 1938" or in Austria "you have to be either Catholic or National Socialist" (Bernhard, 1988, pp. 14–15) were read not as literature but as commentary, which led to an (orchestrated) outrage. From this moment on, the sentences were transformed into headlines and cited over and over again by journalists, critics, and politicians. For almost two months of scandal, they have been constantly repeated, thus fueling a public debate. This ensured that not only the audience of the Burgtheater, but everybody knew just how many of the Austrians are idiots.

Precisely this choice of language, the immediacy of the speech, the familiarity with real-life figures and issues, and the directness of the monologues were essential in evoking the enraged public response. From this perspective, the Heldenplatz scandal can be understood as a dispute about which medium is better suited for the scandalous mission — theater or tabloid — and who will have the upper hand.

The dispute was not eased by an unapologetic interview that German Intendant Claus Peymann gave to the *Basta* magazine. Self-assured that he has the upper hand in the debate, he welcomed the scandal. When asked about the pessimistic and tragic tone of the play, he answered: "Theater is also the place of catastrophes, in fact it is there where people are shown in their horror and despair." (Echsel & Rossler, 1988, p. 154) But he was giving a theatrical speech to a magazine, and at one point even admitted: "I do not read newspapers anymore, I couldn't care less." (Echsel & Rossler, 1988, p. 154) But he actually did care, and it was no other than the Burgtheater that collected and published all the articles and press releases the following year, creating a very nice album edition that documented the flow of events.

Instead of a celebration of a national symbol at the Imperial theater, the event was broadly represented as a direct attack against the Austrian society, which the tabloids claimed to represent. The tabloids introduced several means in the battle: first, caricatures that show the Burgtheater in flames or that portray Peymann and Bernhard shooting at the taxpayer from a paper-money cannon. They coined catchphrases and word-games such as Nestbeschmutzer [nest-soilers] or referred to the event as "Peymannschlacht". They hosted politicians who produced even more phrases and slogans. Foreign Minister Alois Mock (ÖVP) called for the "privatization" of the play, and FPÖ leader Jörg Haider used the occasion to mobilize nationalist sentiment against the cultural establishment. He used the phrase "Hinaus aus Wien mit dem Schuft" (Lehmann, 1988), a citation from

the Austrian-Jewish critic Karl Kraus, originally used in yet another Viennese scandal against the corruption of the press in 1925–1928 (Kraus, 1925). President Kurt Waldheim, who was alluded to in the play, also objected, calling *Heldenplatz* an outrage against the Austrian people. Chancellor Franz Vranitzky stated, “rudeness must be met with rudeness” (and announced he will not attend the premiere). Even the retired Chancellor Bruno Kreisky said that the play “should not be allowed to take place”. In an article in *Profil* (1.8.1988), literary critic Sigrid Löffler observed how, through the scandal, while aiming to reject Bernhard’s false accusations against them, the Austrians were in fact proving him right.

Peymann thought that the scandal was serving the interests of the theater and refused to cancel the production, insisting on the “autonomy of art” and the right to upset the public. Based on this argument, he received backing from SPÖ politicians, among them an unenthusiastic support of Minister of Culture and Education Hilde Hawlicek. What this meant, in yet another formulation of a journalist of *Die Presse* was “Defamation of Austria or Censorship – Bernhard/Peymann have reached their desired goal” — emphasizing how, because of this non-patriotic play, Austria now must choose between two bad options. The dispute thus came to center less on *Heldenplatz* as a work of art and more on Austria’s public image. On the night of the premiere, 4th November 1988, the theater was surrounded by police barricades as demonstrators holding signs with the cited phrases waved Austrian flags. These were the tabloid readers who demonstrated against the theatergoers. Inside the sold-out theater, a different divide was made between the protesting audience on the balcony and the supporters of the Parkett. Yet, despite all the demonstrations and hassle, after the performance was over, the premiere evening ended with forty-minute applause. They overpowered the boos from the crowd on the balcony. Peymann and Bernhard came up on stage, in what was seen as their victory.

Going through almost 300 pages of press articles and journal reviews, one can conclude that the dispute had certainly gone out of proportion as the performance at the Burgtheater became a national event. But what was the issue? It was not about the artistic quality of the play nor its content, which, throughout the public scandal, was mostly unknown. The politicians and commentators who denounced the play did not engage with its characters or with the social questions that it raised. I also see no reason to look for a psychological explanation since there is no substance (the truth about the Nazi past or new discoveries about the antisemitic present) nor anything which goes beyond a phrase or cliché. In her study of the *Heldenplatz* scandal, Kiebuszinska (1995) writes: “politics appeared in Bernhard’s *Heldenplatz* as a refraction of the degenerate language used so automatically in the press, and which by virtue of its ready-made, dead clichés denied all the actors, those on stage and off, any possibility of individualism and expression.” This is an important insight since it leaves behind the subjective and psychological explanation for the sake of the operation of the medium. It also links the tabloid production of news,

the statements of politicians, and stage performance as forms of speech-acts that have decoupled from meaning, identity, memory, or morality. They are part of a different signification system, which is what the scandal highlights (Seethaler & Melischek, 2014).

The public outcry against Bernhard’s condescending statements was by no means a spontaneous but an orchestrated campaign, led by figures such as Hans Dichand, the founder and chief editor of the *Neue Kronen Zeitung* (a supporter of Waldheim, Haider, and other conservative and populist politicians). He quickly understood the opportunity and the potential benefits of the scandal, in which what matters is a simplistic, immediate reaction – as emotive and sensational as it may be. What he understood was the connection between the privatized media market and national sentiment. In his own column on 11th October, he wrote under the pseudonym Cato: “What is happening in our Burgtheater with these defamations of Austria has nothing to do with artistic freedom anymore. These are insults, slanders, and defamations in an endless stream.” (Dichand, 1988, p. 33) This sentence demonstrates how scandalization takes place: the theatrical lines that were cited by the press can now be taken as statements that could be morally evaluated and legally scrutinized. This move that actually empties the very notion of artistic freedom is explained as a necessary means to protect democracy from illegal abuse by unpatriotic artists and writers. At the same time, the tabloid places itself as the true representative of the interests of the people, while Dichand himself, just like old Cato in Rome, is their loyal protector.

In early August 1988, at the very outset of the *Heldenplatz* scandal, the critic Sigrid Löffler, already anticipating the future, wrote: “The battle is on the cultural hegemony in Austria. It is a struggle about who will take over. The more debates are consensually muted by the big coalition, and on command dismissed from the political debates, the more frequent these repressed ideological disputes culminate in the cultural sphere, the more vehement and sharper the culture war will become.” (Löffler, 1988). The emotions and fierceness surrounding Bernhard’s play had to do with an unresolved political crisis. Löffler suggests that the power that new social actors gained was at the expense of politicians and a result of their incompetence. In the lack of effective leadership, the question of authority will erupt elsewhere. What she refers to is less to Waldheim’s and more to Franz Vranitzky’s era.¹

To conclude this part, the scandal surrounding the Burgtheater premiere, the furious debates in parliament and in the press, the brutal accusations against Bernhard and Peymann — all show that it was not so much the number of idiots, the latent Nazism of the Austrian society

¹ Franz Vranitzky was a social democrat who served as a finance minister before becoming chancellor. His era, if to use this term, was characterized by transformation from Kreisky’s Austro-Keynesianism towards a neo-liberal economic regime. This meant privatization of national industries, budget consolidation and tax reforms. Although he did not completely dismantle the welfare state, those years contributed to an asymmetrical economic growth, while his big-coalition compromises led to an erosion of the social party (see Bischof et al., 1999).

or the other accusations in the play, but a deeper sense of divide. A process in which social hierarchies changed, and new forms of identity politics that had developed came to the surface, as different visions of the future manipulated the narratives of the past. It was less a result of a historian's debate, as in Germany, or the interest of a younger generation of liberals who questioned their national identity, and was mostly driven by the pressures of globalization and the subsequent rise of right-wing populist politicians like Jörg Haider. It was a growing social polarization, in which the post-World War image of Austria was rejected and replaced by two contradicting images: the nostalgic one aimed at a return to a mythical monarchical past, and the mythical liberal one, towards a globalized neo-liberal future. Although both the play and the scandal dealt with the same question: what does it mean to be an Austrian?

Second Act: Staging as Historicizing

*... he regretted that he hadn't lived a century
earlier
We always live in the wrong time he said
we all want to live only in the past
we fixed up the past so nicely
just the way we like it
nobody wants the future
but everybody has to enter the future
where it's cold and unfriendly.
(Bernhard, 1999, p. 393)*

The play *Heldenplatz* takes place on the day after the suicide of Professor Josef Schuster, a Jewish professor of mathematics. In 1988 (the time of the premiere), a day before the family was supposed to return to England, he jumped off his third-floor apartment overlooking the famous Heldenplatz square in Vienna. After spending the War years in Oxford, the Jewish professor and his family decided to return to Vienna in the 80s. To his disappointment, he realized that the city he left had not changed much. In fact, it became more distasteful and antisemitic than ever. His wife is also unhappy in Vienna; she is suffering from phantom screams of crowds cheering at Hitler's Anschluss speech, voices that haunt and torment her. They both live a life that becomes an unbearable burden. The play takes place on the day after Schuster's suicide. The family gathers for Schuster's funeral, and their words disclose their views, habits, and history. Even more telling is the way they talk about Austria, which, as noted, is much more a "tabloid talk" than theatrical language: full of generalizations, exaggerations, and clichés, repeated phrases, sometimes contradicting each other, often simply recited.

The play contains three acts. In the first act, the housekeeper Frau Zittel and the maid Herta prepare Joseph Schuster's home after the funeral. The two women talk with each other the entire long scene. Frau Zittel does most of the talking; she speaks about the deceased professor while disclosing a very unflattering description

of his character: abusive, selfish, has little care for others. She goes on quoting his statements, ending each of them with the phrase: "the Professor always said." (Bernhard, 1999, p. 308) Herta, the younger woman, coming from a lower class, mostly listens, except for a few times when she breaks the flow of speech with short, almost mechanistic statements. During the entire time they occupy themselves in their daily routine, as if all is normal: shining his shoes and ironing his shirts with much attention, as if he will use them again. There is a parallel between this empty gesture of ironing and shining the clothes and the citations of words of the professor and the useless; both are part of an attempt at addressing the loss, yet the emptiness just becomes more evident.

The second act shifts to the Volksgarten, not far from Heldenplatz and the Burgtheater (seen through the fog), where Schuster's daughters Anna and Olga meet their uncle Robert. Their conversation discloses more about the family history and habits, highlighting the reasons for the professor's despair: he didn't want to stay in Vienna, since he felt that people were in fact as Nazi as before. The city was also banal and tasteless for him, the politics deceitful and corrupt. But he couldn't return to Oxford, where nothing was waiting for him anymore. The suicide, so we learn, is political in the sense that it was a response to the decay of the nation and to a feeling of resentment. It is also a repetition, since this is what the professor's younger brother did fifty years before. Josef Schuster, like his brother Robert, is a stranger to both time and space; they symbolize a cultural class that has no place. History here means the painful reminder of this estrangement. Like the previous scene, it is not their personal relationship to the deceased but the latter's feelings and resentment against the Viennese culture. In these exchanges between the family members, some of the most provocative accusations that fueled the scandal are voiced.

The third and final act returns to the apartment's dining room, where the widow Hedwig, the brother Robert, their children, and friends convene. The discussions on the hypocrisy of the Austrians continue, while the story of the collapse of the republic because of mediocracy and corruption is linked to the family's gloomy future. Professor Robert continues his denunciation monologues, which shift from nostalgia to exaggerated accusations regarding the present. His words gradually concern the war and the square, which may be seen through the window. As memories, laments, and self-pity pile up, the imagined screams of the *Sieg Heil!* from the square get louder and louder in Hedwig's head, until the offstage roar of the Heldenplatz crowds invades the room. The play ends with Hedwig collapsing onto the table, falling into her bowl of soup. This closing scene is very dramatic — and at the same time has some slapstick qualities. It is perhaps the ultimate gesture for this impossibility of accommodating the past within a deteriorating, nostalgic yet quite superficial culture.

As this summary suggests, the play is far from the provocative and placative image it received from the press before the premiere. The accusations that the press found so scandalous ("all Austrians are either catholic or

Nazis,” and “in Austria there are 6.5 million idiots”) are made by questionable figures, lesser characters, and more caricatures who are portrayed as hypocritical, racists and narcissistic. When Robert observes, “Seit fünfzig Jahren reden die Leute hier immer denselben Unsinn” (Bernhard, 1999, p. 37), the force of the line lies precisely in its refusal of depth: Austrian discourse is not haunted by an unspeakable past but drained by the endless and mindless recycling of the same phrases. These statements make no distinctions between nationalists or socialist, between conservatives and liberals. There is also a very blurry line between the behavior that the Schusters criticize and their own conduct and beliefs. It is not their Jewishness that is here at stake, but their insistence on their (paradoxical) identity as Austrians. They belong in the sense that they wish not and cannot completely belong. Thus, it is not a historical truth that is presented on stage, which, should be noted, is something that Bernhard insistently rejected, nor is it an attempt to give voice to the Jewish victims (the family escaped during the war, Josef Schuster found a job in the respectable University of Oxford, and later freely chose to return to Vienna). What we find instead is that the present and the past seem to mix and merge, turning past and history into a staging of an impasse.

Bernhard makes this point explicit in another text:

All you see when you look back is this gaping void. Not only your childhood, but the whole of your past, is a gaping void. This is why it's best not to look back. You have to understand that you mustn't look back, if only for reasons of self-protection, I thought. Whenever you look back into the past, you're looking into a gaping void. Even yesterday is a gaping void, even the moment that's just passed.

(Bernhard, 1995, p. 300)

Retrospection does not promise resolution or cure; it does not yield a comprehensive or legible account. Rather, it confronts us with absence, rupture, and impossibility. This insight is dramatized in another Bernhardian play: *The Histrionic* (1990), which follows the protagonist, a stage director and playwright, Bruscon's ambition to stage his greatest work, *The Wheel of History*, yet in spite of all his efforts, the attempt collapses. Despite his grand vision — historical figures confessing their crimes, humanity exposed in its failures — the play-within-the-play is never performed. What emerges is not the disclosure of historical truth or timeless wisdom, but an exploration of the very limits and conditions of such representation, and the void that inevitably opens when these boundaries are transgressed. This tension is not a result of the tragic/comic inhibition of the protagonist to fulfill his mission, but lies within the notion of historicization itself, which is precisely what ideology seeks to ignore.

This tension runs in many of Bernhard's plays, as Olson (2010) suggests:

Bernhard and his protagonists, in the face of their

own and others' histories — i.e., in their decisions whether to historicize or not — occupy [a position] along a spectrum. First, the persons opt out, usually by suicide, thereby never reckoning with the decision [...] Second, they do not necessarily want to publish what they have been storing up (e.g., Robert Schuster) [...] Finally, Bernhard or his narrators historicize themselves.

(Olson, 1994, p. 44)

In *Heldenplatz*, “time is out of joint.” As the lines cited from the play at the title of this section — as “We always live in the wrong time” (Bernhard, 1999, p. 393) — there are many indications that the characters are alienated from their times. In Professor Robert's first monologue, he claims that he did not understand the “signs of time” (Bernhard, 1999, p. 368), while towards the end of the play, we find out that this was the title of Josef Schuster's unfinished manuscript (Bernhard, 1999, p. 404). Robert says: “[T]he conditions today are really/ just as they were in thirty-eight” (Bernhard, 1999, p. 343). Time is not about moving forward; if anything, then backwards, towards the catastrophe. Hence, instead of thinking about the play (as often been the case when evaluated through the scandal) as facing the past to reconcile and acknowledge its consequences, Bernhard stages history as a threat and an impasse. The inability to express or imagine anything new traps the characters in a cycle where past and present blur, culminating in the fall of the professor at the beginning of the play (he cannot stand the present) and his wife (who cannot endure the past) in the end. The question is, why is “time out of joint” in this play? What is the logic behind this impasse vis-à-vis history and memory, and how could such a performance of impossibility not merely provoke but teach us something about the political challenges of our times?

In her study of the play, Naqvi (2002) examines this form of historicization. She claims that *Heldenplatz* dramatizes the problematic construction of identity through victimhood. The Schuster family, Jewish intellectuals who returned from exile, cast themselves as plaintiffs in a juridical drama in which the Austrian public is collectively indicted. Yet their self-positioning as victims is unstable: their testimonies contradict one another, their grievances slide into exaggeration, and their rhetoric takes on the very absolutist, repetitive tone associated with fascist discourse. This static identity is reinforced by what Naqvi calls their “non-synchronism”—the collapse of 1938 and 1988 into one seamless moment—which prevents them from distinguishing past from present and leaves them trapped in a fatalistic logic of victimhood:

The carefully constructed non-synchronism of the Schuster patriarch is an essential component of a new postwar identity that envisions past and present in terms of continuity rather than disjuncture. The mythic poetical possibilities of imitating the untainted figure of the cosmopolitan gentleman offer a spatial and cultural solution to an historical and political impasse.

(Naqvi, 2002, p. 413)

Naqvi's insight goes in an opposite direction from a psychoanalytic one. It is not the past that dominates and haunts the present, but the opposite: the present position of victimhood fixates the Schusters in a negative relation with the past, which they are unable to transcend. They are locked within these mythical ideals about high culture, other places and alternative epochs, yet fail in constituting relationships with the reality in which they live. Josef Schuster models himself on the fin-de-siècle Viennese gentleman, cultivating a cosmopolitan aesthetic identity tied to high culture (the play provides various examples: Glenn Gould and Tolstoy, shoes from Rome and Suits from England). Yet these self-fashioning imports problematic elements from the past (elitism, resentment, even racist stereotypes regarding the East or lower classes). Thus, his attempt to ground identity in cultural continuity reproduces rather than escapes Austria's ideological traps. This is not simply emotional disability or cultural pessimism, but also an idealization of the figure of the patriarch, the professor who symbolizes a Renaissance figure that is beyond any social or historical upheaval.

If to follow her line of thought, the tragedy of the Schuster family lies precisely in the binary distinction between war victims and perpetrators. The identification with the opposite of how they imagine the Nazis (who are everywhere) means a shift in positions between the accused and accuser. Yet, this position, rather than encourage reflection and accountability, serves self-justification and functions as a de-historicization of the past. Caught in this loop, in which they are condemned to a mythical-paranoid view of the past, the family can do little more than reenact, double, and cite until the voices heard by Hedwig and the audience become unbearable. Repetition here is not psychological but ideological; it is not a neurotic response to an unattended event of the past, but a result of a mythical and nostalgic mindset.

Bernhard denies the public any form of reconciliation: the past is ever unresolved, and far from over in the sense that elements of it continue to haunt the present. Whereas Europe's liberal-democratic order sought to manage memory through selective exclusion—figured in Austria by projecting guilt onto Waldheim as the obstacle to a “clean” national and European identity²—*Heldenplatz* insists on the impossibility of such purification. The obscene remainder is not confined to a single individual but is inscribed into the symbolic fabric of Austrian society. In this sense, Bernhard treats staging itself as a form of historicization: unlike myth, which seeks to smooth over conflict and reconcile the past with the present, theater confronts the fractures, repetitions, and impossibilities that structure the multitude of the historical experience. Its repetitions — the constant insistence that “nothing has changed” since 1938 — do not simply serve as partisan

slogans but as a reminder that a mythical view has not been socially transformative.

Bernhard was not satisfied with the allegory alone. He condemns the Austrian politicians particularly: “People with a vision should see a doctor, our chancellor said.” (Bernhard, 1999, p. 365). He attributes this phrase to the Austrian Chancellor Franz Vranitzky, although it has been said by Helmut Schmidt. The politics presented in the play are much along this line: nothing is what it seems, the socialists are “pseudo-Socialists,” which means that they not only do they fail to suggest anything different than other parties, they in fact grant legitimacy to questionable policies, thus allow politics to disintegrate into power struggles and interest games, leading to corruption of the whole system. These are the very “catastrophic conditions” (p. 365) that work for the advantage of nationalistic and populist movements. Historicizing means understanding the ways in which social conditions define and prescribe political visions and public sympathies. As the play develops, we learn that it is not the Jewish family who has adopted the victim's position and becomes entangled with nostalgic perceptions (i.e., instrumentalized frozen memory), but also Austrian society as a whole faces an imaginary stagnation. As 1938 and 1988 become one, so are the Jewish family and Austrians unified in their supposedly shared victimhood.

While the *Heldenplatz* scandal was definitely a result of the experience of an attack on the Austrian society in these terms, the play was meant to historicize these very emotions and place them within a broader scope of cultural memory. It offered not an alternative picture of the past, but a structural possibility to address collective memory. Bernhard's *Heldenplatz* offers not a coherent ideology, but a landscape of fragments: repeated phrases, broken laments, obsessive accusations, and empty clichés. The Schuster family's speech is not about articulating a rational critique but about exposing the way language itself has been hollowed out and reduced to repetition. Just as Adorno argues, fascism returns not as a totalizing worldview but as a set of irrational residues that circulate in everyday speech, gestures, and public discourse (Adorno, 2010). By dramatizing this fragmented condition, Bernhard refuses the mythical gesture of reconciliation. Instead of purifying the Austrian past by localizing guilt in Waldheim or “closing the books” on National Socialism, *Heldenplatz* insists that fascist residues persist in the very symbolic fabric of society. Staging becomes a form of historicization: it does not present a coherent narrative or “lesson,” but enacts how history survives as fragments, repetitions, and gestures. In this sense, the play does what Adorno demanded of art: it confronts society with the irrational remnants of its own history, showing how easily they can be reactivated under conditions of alienation and mass manipulation.

What emerges in *Heldenplatz* is thus not the psychoanalytic drama of repression or guilt, but a sociological portrait of authoritarian subjectivity: a society where inner life has been replaced by mythical thinking and political speech is reduced to slogans, and where abuse and conformity

2 Mitten (1992) argues Waldheim's opportunism and evasions resonated with the „first victims“ myth, while his defense tapped into long-standing antisemitic prejudice in Austrian political culture. The controversy thus forced Austria's international image and domestic self-understanding into crisis. Rather than resolving the past, it exposed how unresolved and fragile Austria's historical narrative remained.

govern social relations. Bernhard exposes the persistence of authoritarianism not only within Austria's political institutions but also in the microstructures of everyday life — in language, gestures, and social habits. He shows how the liberal myth of coming to terms with the past and nationalist nostalgia are closer to each other than one thinks. Yet beyond this pessimism, he proposes an alternative to the ideological manipulation of memory: theatrical historicization. On stage, history is not reconciled through empathy or catharsis but critically re-examined through the lens of identities and social structures, with their contradictions and constraints laid bare.

In his classical essay, *The Past is Another Country*, Judt (1992) wrote on the changes in Europe's historical narrative vis-à-vis the political transitions after 1945. The vision of post-war Europe, he claims, was built not on confronting the past but on its suppression. Histories were replaced by myths, turning disturbing truths into convenient lies. Across Western Europe, societies embraced what Hans Magnus Enzensberger called a "collective amnesia" (Enzensberger, 1990) — attributing the horrors of the war exclusively to the Germans while portraying themselves as victims or resisters. The collective memory was not so much concerned with the events themselves, but rather served as a substitute, an effective ideological diversion, which enabled Western European societies to evade engagement with their war experiences and actions, and further pursue the construction of a new modern Europe. The Austrian Second Republic may be viewed as a paradigmatic example of such mythology: it secured its place by the side of the winners as the "first victim" of Hitler, thus absolving its citizens from reckoning with the enthusiasm that had greeted the Anschluss and the war-crimes complacency that followed. The dream of a thriving liberal new Austria, that instead of national exclusivism will be based on a liberal constitution and open market, was not free from those unhistorical myths and their ideological biases, especially concerning the relations between East and West, or haunting themes such as migration and antisemitism. Xenophobia and racism were not merely right-wing populist nostalgia, but a result of the divorce between political vision and historical account. Thus, coming to terms with the past demanded more than a liberal myth of tolerance or national nostalgic ideology. Against the optimistic hopes of globalization in a post-Soviet era, Judt ends with a warning: "note the pertinent counterexample of the last years of the Habsburg Monarchy, where economic modernization, a common market and the free movement of peoples was accompanied by a steady increase in mutual suspicion and regional and ethnic particularism." (Judt, 1996).

Analyzing *Heldenplatz* exclusively in psychoanalytical terms is to miss Bernhard's sharper, more unsettling insight that addressing the past is not merely overcoming memory inhibition. Instead, I suggest, this is perhaps the main myth the play undercuts. The play, I argue, does not stage repression, nor does it attempt to dramatize unconscious conflicts demanding psychoanalytic resolution. On the contrary, *Heldenplatz* is a play in which everything is already spoken out and repeated over

and over again. The voices in the play do not manifest unconscious trauma; they echo the hollow phrases of Austrian public life: the tirades against Jews, the banal resentments repeated without reflection. Bernhard's intervention, then, is not to prescribe psychotherapy for a nation unable to mourn, but to reveal the emptiness of its memory discourse. The scandal surrounding the premiere did not expose „unconscious guilt“ so much as confirmed the pervasiveness of these hollow speech-acts in Austrian society, where memory is not repressed but rather instrumentalized, serving political purposes. Neither the play nor the scandal, I argue, offers an outlet; instead, they expose the polarizing effects of this cultural impasse.

Epilogue: Scandal and Its Aftermath

*Any effort even the most strenuous one will lead
to nothing
he always said
everything that's done is senseless
because usually it is done without thinking
he was too complicated to endure the world.*
(Bernhard, 1999, p. 393)

As Rottinghaus (2015, p. 161) suggested, "by their nature, scandals are like prairie fires – easy to flare, difficult to control, and hard to stop once started." The Heldenplatz scandal is a good example of such an uncontrolled prairie fire that went in different directions, while its significance is still debated. It was a scandal not so much because of misconduct or breaking of norms, but as a result of the incapacity of the political system to address cultural and social challenges. The scandal gave rise to new social agents (in media and politics), as Austria was entering the post-Soviet globalized era. These cultural and political processes have shaped the reception of the play and the figure of Thomas Bernhard within a liberal myth of reconciliation with the past rather than transforming the politics of the present, as the play was canonized as breaking the wall of silence around the troubling past. This is the scandal and its aftermath talking, not the play. Bernhard was not mocking the Austrian life; he was voicing accusations that were performative rather than transformative, indicating an ideological impasse vis-à-vis a political crisis. As I tried to show, the historical truth, if possible, jumps out of the window before the play even starts. Those who are confronted with haunting memories are not Austrian perpetrators but a Jewish family member. The drama is not about the resurfacing of the repressed past, but the fact that they find no way out of this time-loop and continuous political abuse. The past here is always "another country" in the sense that it should be reflected on and acknowledged. For Bernhard, the question of memory is political, not psychological. The Waldheim affair or the rise to power of Jörg Haider should be understood not as compulsive repetition in some psychosomatic sense, but as a result of a political crisis, in which politics that attend to the real needs

of society are not addressed, and replaced by mythical imagery and nostalgic ideology.

In one of his interviews, Bernhard said the following:

A state that has so blatantly become the spoils of the two major parties, the SPÖ and the ÖVP. That both of them, without significant opposition, were allowed to ideologically elevate their particular interests to the level of raison d'état [...] and that a large number of the so-called intellectuals could celebrate this entanglement of party and state with jubilant approval as history of a great state.

(Sorg, 1992, p. 305)

This is a structural analysis, which aims to explain not how Austrian politics is impoverished by narrow-minded self-interest politicians, while the intellectuals legitimize this state of affairs as if it is an embodiment of historical vision. This is the myth, I believe, that lies at the heart of Bernhard's critique of Austrian politics. As demonstrated within the play, attitudes are platitudes and myths cannot replace critical approaches to complex social reality. How could one speak on coming to terms with the Nazi past, and at the same time ignore the rise of right-wing populism in Austria, from Jörg Haider back then or Herbert Kickl today? What would coming to terms with the Nazi past mean in terms of the social

challenges of the post-modern era, beyond questionable actions such as sending more guards to protect Jewish schools, while granting automatic support to the Israeli government?

In *Heldenplatz*, Bernhard implicitly challenges the very assumptions underlying Austria's confrontation with National Socialism. What, he asks, is Nazism? What does it have to do with Jews, and what does it mean to "come to terms" with such a past? The play suggests that reducing Nazism to a mere psychological disposition — an attitude, a set of primitive resentments — strips it of its historical, institutional, and social dimensions. Such a reduction operates as a strategy: it substitutes historical and structural explanation with a ready-made psychological scheme. Detached from discourses of biology, degeneration, or biopolitics, and severed from concepts of class, cultural reproduction, or ideological apparatuses, the past becomes "manageable" (*Vergangenheitsbewältigung*). It can be "faced," "acknowledged," or "worked through" as an individual problem of desire and inhibition. In this move, the subject not only gains the appearance of reflexivity and control but also secures moral prestige. Bernhard exposes this mechanism as a hollow ritual of remembrance, one that turns history into a performance of self-redemption rather than a confrontation with social and political realities.

References

- Adorno, T. (2010). *Guilt and defense: On the legacies of national socialism in postwar Germany* (J. K. Olick & A. J. Perrin, Trans.). Harvard University Press.
- Bernhard, T. (1988, October 7). *Österreich, secheinhalb Millionen Debile* [Inhalt und Aufzüge aus *Heldenplatz*]. Original article published in *Die Wochenpresse*. In Burgtheater Wien (Ed.), *Heldenplatz: Eine Dokumentation* (pp. 14–15). Burgtheater Wien.
- Bernhard, T. (1990). *Histrionics: Three Plays* (P. Jansen & K. Northcott, Trans.). University of Chicago Press.
- Bernhard, T. (1995). *Extinction*. Vintage Books.
- Bernhard, T. (1999). *Heldenplatz* (G. Honegger, Trans.). *Conjunctions*, 33, 307–408.
- Bischof, G., Pelinka, A., & Karlhofer, F. (1999). *The Vranitzky era in Austria*. Transaction Publishers.
- Dichand, H. (1988, October 11). *Vor Sonnenuntergang*. Original article published in *Die Neue Kronen Zeitung*. In Burgtheater Wien (Ed.), *Heldenplatz: Eine Dokumentation* (p. 33). Burgtheater Wien.
- Echsel, B., & Rossler, S. (1988, October 26). *Der Theatermacher schlägt zurück*. Original article published in *Basta*. In Burgtheater Wien (Ed.), *Heldenplatz: Eine Dokumentation* (pp. 154–155). Burgtheater Wien.
- Enzensberger, H. M. (1990). *Europa in Ruinen: Augenzeugenberichte aus den Jahren 1944–1948*. Eichborn.
- Judt, T. (1996). The past is another country: Myth and memory in postwar Europe. *Theoria: A Journal of Social and Political Theory*, 87, 36–69.
<http://www.jstor.org/stable/41802044>
- Kiebuszinska, C. (1995). The scandal maker: Thomas Bernhard and the reception of *Heldenplatz*. *Modern Drama*, 38(3), 378–388.
<https://doi.org/10.1353/mdr.1995.0008>
- Kraus, K. (1925). Vorlesungen: Wien. *Die Fackel*, 27(691–696), 33–36.
<https://fackel.oeaw.ac.at/F/691,036>
- Leeb, C. (2021). *The politics of repressed guilt: The tragedy of Austrian silence*. Edinburgh University Press.
- Lehmann, O. (1988, October 15). *Hinaus aus Wien mit dem Schuft*. *Taz*.
<https://taz.de/Hinaus-aus-Wien-mit-dem-Schuft/11834844>
- Löffler, S. (1988, August 1). *Über und unter der Budel*. *Profil*.
- Löffler, S. (1988, October 17). *Farce. Tobsuchtsanfall*. *Weltblamage*. *Profil*.
- Malkin, J. R. (1999). *Thomas Bernhard's resentment: Memory, theater and postmodern drama*. University of Michigan Press.

- Mihai, M. (2014). Denouncing historical “misfortunes”: From passive injustice to reflective spectatorship. *Political Theory*, 42(4), 443–467.
<https://doi.org/10.1177/0090591714544706>
- Mitten, R. (1992). *The politics of antisemitic prejudice: The Waldheim phenomenon in Austria*. Westview Press.
- Musil, R. (1995). *The man without qualities* (S. Wilkins & B. Pike, Trans.). Vintage Books.
- Naqvi, F. (2002). Dialectic at a standstill: The discourse of victimhood in Thomas Bernhard’s Heldenplatz. *The German Quarterly*, 75(4), 408–421.
<https://doi.org/10.2307/3252211>
- Olson, M. P. (1994). Playing it safe: Historicizing Thomas Bernhard’s Jews. *Modern Austrian Literature*, 27(3/4), 37–49.
<https://www.jstor.org/stable/24648284>
- Postone, M. (1995). Nationalsozialismus und Antisemitismus. Ein theoretischer Versuch. In M. Werz (Ed.), *Antisemitismus und Gesellschaft. Zur Diskussion um Auschwitz, Kulturindustrie und Gewalt* (pp. 29–43). Verlag Neue Kritik.
- Rottinghaus, B. (2015). *The institutional effects of executive scandals*. Cambridge University Press.
- Seethaler, J., & Melischek, G. (2014). Phases of mediatization: Empirical evidence from Austrian election campaigns since 1970. *Journalism Practice*, 8(3), 258–278.
<https://doi.org/10.1080/17512786.2014.889443>
- Sorg, B. (1992). Kunst ja, Politik nein: Thomas Bernhard in Österreich. In G. E. Grimm (Ed.), *Metamorphosen des Dichters. Das Selbstverständnis deutscher Schriftsteller von der Aufklärung bis zur Gegenwart* (pp. 302–311). Fischer.
- Uhl, M. (2001). Das „erste Opfer“: Der österreichische Opfermythos und seine Transformationen in der Zweiten Republik. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 30(1), 19–34.
<https://doi.org/10.15203/ozp.765.vol30iss1>

GAL HERTZ

Dr., is the head of the Visual and Material Culture Department at the Bezalel Academy for Arts and Design in Jerusalem. He is a Germanist and a cultural researcher. His research creates a connection between the history and philosophy of science and cultural studies. He examines the rise of social disciplines around 1900, such as criminology, sociology, sexology, law, and psychiatry. His research is grounded in an affinity to popular culture, development of the press and media, theater, literature, and art. According to Hertz, the connecting point between seemingly unrelated fields is the establishment of a social order alongside a new imagined normative base.

The digital traces of *Verhaberung*

Political scandals and the (hidden) networks of politicians and journalists in Austria

THOMAS BIRKNER

Department of Communication, University of Salzburg,

CHRISTIAN WASNER

Journalist, SALZBURG24, Salzburg

ALESSANDRA COLACECI

School of Management, LUISS Guido Carli, Rome

Abstract

This paper provides an overview of the historical and contemporary, sometimes scandalous, relations between Austrian chancellors and the media, with a particular emphasis on the digital and analogue networks shaping political communication from 1945 to 2025. Using a historical-comparative approach, we analysed the media interactions of all 20 Austrian chancellors, highlighting the evolution from personal, analogue contacts to digitally mediated networks. The study situates recent scandals surrounding former chancellor Sebastian Kurz within this broader context, illustrating how private digital communications and public social media engagement have transformed media-politics dynamics. The Austrian concept of *Verhaberung*, denoting the entanglement of political elites and media actors, is revisited in light of these developments. Based on a media historical adaption of mediatization theory, we try to demonstrate the advantages and challenges of communication network research through the growing visibility and complexity of media influence on political leadership and vice versa. These first insights underscore the need for communication-historical reassessments to safeguard journalistic independence in Austria's increasingly digitized political landscape.

Keywords: *political communication, chancellors, journalism, mediatization, networks, digital traces*

In 2021, Austrian politics gained international attention from the scandals surrounding then-chancellor Sebastian Kurz, with even the New York Times reporting on “the dark side of Sebastian Kurz” (Bennhold, 2021). While former and re-elected U.S. President Donald Trump repeatedly has denounced the media as the “enemies of the people” (Boczkowski & Papacharissi, 2021), Kurz was forced to resign twice due to media-related scandals. It seems that in the US, the distance between the press and power is growing, but the ties between them became closer in Austria during the Kurz era.

During this period, the Austrian concept of *Verhaberung* — the long-standing, problematic entanglement between political leaders and economic and cultural elites — may have entered a new phase. At least, these ties became visible at this moment. During the first Kurz administration (2017–2019), secretly filmed statements of vice chancellor Heinz-Christian Strache from the right-wing party FPÖ (Freiheitliche Partei Österreich) in Ibiza revealed his dysfunctional understanding of political influence on the press (“Ibiza affair”). Kurz resigned and regained the chancellery. Then, during his second term in office (2020–2021), hundreds of thousands of text messages with politicians and journalists became public, revealing suspected “fake polls and tabloid coverage on demand” (Bennhold, 2021). At the center of this “chat affair” is the close confidant of Kurz, Thomas Schmid, who then turned into the principal witness against him. The text messages revealed the usually unseen and also unexpectedly intimate interactions between

politics and the media, and trust in both politics and the media (Gadringer et al., 2024) eroded at the time. Furthermore, Austrian journalists’ self-perception as “detached observers” (Hanitzsch & Lauerer, 2019, p. 143) has increasingly been challenged amid suspicions of “journalism for sale” (Balluff et al., 2026).

Our research question reads as follows:

RQ1: How have networks between the Austrian chancellors and journalists evolved from the analog to the digital era?

Therefore, we approach the scandals of the Kurz era by historicizing the relations between the media and political leaders in Austria during the 80 years of the Second Republic from 1945 to 2025. By examining the news media’s relationships with all 20 Austrian chancellors since World War II (Rathkolb, 2022; Pelinka, 2000) — a number that varies depending on classification criteria — we focus on political leadership in the tradition of presidential studies in the US, where presidents are much more subject to scientific research than chancellors in Austria. We also discuss ways to compare the digital networks of the 21st century, including social media (Schwarzenegger, 2019), with the largely analog media environments of 20th century chancellors, which must be reconstructed through (auto)biographies (e.g., Klaus, 1971; Vranitzky, 2004; Mitterlehner, 2019), archival research, and historical media analysis (Birkner, 2024b). With these methodological considerations for

reconstructing networks from analog times and digital networks, the paper examines difficulties on the individual level in conducting research on political scandals that integrates historical data from archives, biographies, and interviews with extensive digital datasets from social media and private communications. Finally, we discuss whether the Internet and the shift from analog to digital media have altered networks between politics and the media in Austria fundamentally or merely just increased their visibility. The paper concludes by arguing that a comprehensive (communication-historical) reassessment of the close relationships between Austrian political elites and journalists is essential to safeguarding Austrian journalism's independence (Kaltenbrunner et al., 2025) and effectiveness in future administrations.

State of research

While the historical developments of media (Karmasin & Oggolder, 2019) and journalism (Fabris, 1991; Kaltenbrunner, 2019) in Austria has been researched thoroughly, political leaders remain strikingly underexamined in communication studies, although it has been observed that “personalized leadership has become more important than parties” (Mazzoleni, 2008, p. 2931). This seems even more obvious during an era of political leaders such as Trump, whose Make America Great Again (MAGA) movement has been dominating the US Republican Party; Emanuel Macron in France and his newly founded party that started as En Marche (EM), was later La République en Marche (LREM), and now is called Renaissance (RE); and Sebastian Kurz, who significantly changed the Austrian conservative party ÖVP (Österreichische Volkspartei) on his way to the chancellery and beyond, including switching the party's official colour from black to turquoise (Grohmann, 2019, p. 105). All three represent a new type of popular political leader who stands in front of their party while the party (almost) unconditionally stands behind them. Generally, US presidents have been researched extensively. The United States of America have a scientific tradition in presidential studies that includes journals such as *Presidential Studies Quarterly*. Media relations with the presidency also have been examined in books such as *The Press and the Presidency* (Tebbel & Watts, 1985), in a “changing presidential media environment” (Wattenberg, 2004, p. 557), and even through “sound bites” (Hallin, 1992; for Austria see Lengauer, 2010), which could be understood as an indicator of the mediatization of politics (Birkner, 2023). For a proper understanding of political leaders' actions toward the media, their media socialization should be observed in detail (Birkner, 2015; 2016; 2024b; Birkner & Krämer, 2016, 2017). For example, this perspective has been examined more intensively in the US in the context of former president Ronald Reagan (1981–1989), who previously had been a successful Hollywood actor and knew how to deal with the media accordingly (Nelson, 2000, p. 257), and in Germany with Brandt

(Münkel, 2005) and Schmidt (Birkner, 2014), who were journalistically experienced before they became chancellors.

Within the Austrian government, the chancellor acts as “primus/prima inter pares,” but usually is more in the public eye (Gärtner & Hayek, 2022, p. 74). In his book, *The Paradoxical Republic – Austria 1945–2020*, Oliver Rathkolb (2022) includes not only a chapter on the media, but also one on the chancellors and their specific role in Austria's political system. His book was first released in 2005 (Rathkolb, 2005), followed by several new editions, then an English version in 2022 (Rathkolb, 2022). It can be viewed as the most recent publication in this field that addresses an international audience. Another very important book on the Austrian chancellors is *Österreichs Kanzler*, by Peter Pelinka (2000). Pelinka writes about the chancellors' influence on the media during their time in office and how this influence is decreasing (Pelinka, 2000, p. 15) from Leopold Figl to Wolfgang Schüssel. The question of Austrian chancellors' influence on the media can be discussed critically once more by examining more recent political leaders in the country, such as Kurz.

Theoretical background

A very-often-used theoretical framework for better understanding interrelations among differentiated societal subsystems (Luhmann, 1995) like media and politics is mediatization (Birkner, 2026). Daniel Hallin (2021, p. 55) calls for making “the concept of mediatization comparative and historical.” In 2008, Jesper Strömbäck developed a four-phase model to analyse the historical process of mediatization. According to Strömbäck, the mediatization's first phase “is reached whenever the mass media in a particular setting constitute the most important source of information and channel of communication between the citizenry and political institutions and actors” (Strömbäck, 2008, p. 236).

During the second phase, “the media have become more independent of governmental or other political parties” and “have begun to be governed according to the media logic, rather than according to the political logic” (Strömbäck, 2008, pp. 236–237). During the third phase, “political actors must accept that they can no longer rely on the media to accommodate them,” i.e., the media's independence has increased (Strömbäck, 2008, p. 238). When it comes to Timothy E. Cook's *Governing with the News* it is always the question of who has more power in this play (Cook, 1999). During the fourth phase, according to Strömbäck (p. 240), the media colonize politics. Even if the idea of colonialization (Meyer, 2002) seems to be an exaggeration, Hurzlmeier and da Silva (2016, p. 25) rightly note that mediatization processes are bringing politics closer to a public logic, instead of a negotiation logic, which is decisive in terms of political issues (Birkner, 2013, 2015; Landerer, 2013).

Spörer-Wagner and Marcinkowski (2011) differentiate between a logic of negotiations where political decisions

are crafted and the logic of publicity, where these decisions are communicated to the public (Birkner, 2015, 2023b; see also Kepplinger, 2002, 2005, 2007). On the one hand, of course, politics that is only negotiated in the backroom is problematic. On the other hand, politicians need arcane spaces. If the backroom logic of political communication completely breaks down, this could be understood as a dysfunctional formation of the political sphere. However, we need to view mediatization as a two-sided process (Marcinkowski, 2015), and we also need to consider the newest developments of the Kurz era and the FPÖ's new media house (Fidler, 2025), which have shifted the balance of power back in favor of politics (Birkner, 2024a). Nowadays, political leaders, like sports stars or scientists, can bypass traditional journalistic media and address their stakeholders directly.

We believe that Strömbäck's mediatization phases (2008; see, also, Birkner, 2015, pp. 457–458, and Birkner, 2024b) can help structure the following overview on Austrian chancellors and their media relations, but we need to rethink the concept of mediatization (Hallin, 2021) and consider a fifth phase in the “fragmented media ecology” (Hallin, 2018, p. 14), as well as the changing communication ecosystems (Mazzoleni, 2017) during the first decades of the 21st century. The following chapters give an overview on the media relations of the Austrian chancellors, providing some insight into the potentials of analysing (hidden) networks between media and politics based on biographies on and memoirs from some of these chancellors — including Klaus, Vranitzky, and Mitterlehner — as well as their social media profiles, including those of Kern and Kurz.

The chancellors and the media

The chapter on the chancellors in Rathkolb's book in 2015 was called *Twelve Chancellors and No Woman* (Rathkolb, 2015, p. 165). In 2022, in the English edition, the title was *Fourteen Chancellors and One Woman* (Rathkolb, 2022, p. 97), reflecting also the period between Kurz's first and second chancellorships, when Austria was governed for the first time by a woman, Brigitte Bierlein, if only for a few months. Tragically, Bierlein died on June 3, 2024 — exactly five years after she became Austria's first female chancellor. Even before the Bierlein government, the former minister of finance, Hartwig Löger, was in office for just seven days after Kurz's first resignation in 2019. Furthermore, before Kurz's first term began, Reinhold Mitterlehner served as a so-called short-term chancellor. Since the publication of Rathkolb's book and Kurz's second resignation, Karl Nehammer and Christian Stocker served as chancellor, for a total of 20 chancellors as of 2025, including Alexander Schallenberg's two interim administrations in 2021 and 2025 (see table 1).

	Name	Party	Time in office
1	Dr. Karl Renner	SPÖ	24.04.1945 to 20.12.1945
2	Dipl.-Ing. Leopold Figl	ÖVP	20.12.1945 to 02.04.1953
3	Ing. DDDR. h. c. Julius Raab	ÖVP	02.04.1953 to 11.04.1961
4	Dr. Alfons Gorbach	ÖVP	11.04.1961 to 02.04.1964
5	Dr. Josef Klaus	ÖVP	02.04.1964 to 21.04.1970
6	Dr. Bruno Kreisky	SPÖ	21.04.1970 to 24.05.1983
7	Dr. Fred Sinowatz	SPÖ	25.05.1983 to 16.06.1986
8	Dipl.-Kfm. Dr. Franz Vranitzky	SPÖ	16.06.1986 to 28.01.1997
9	Mag. Viktor Klima	SPÖ	28.01.1997 to 04.02.2000
10	Dr. Wolfgang Schüssel	ÖVP	04.02.2000 to 11.01.2007
11	Dr. Alfred Gusenbauer	SPÖ	11.01.2007 to 02.12.2008
12	Werner Faymann	SPÖ	02.12.2008 to 09.05.2016
13	Dr. Reinhold Mitterlehner*	ÖVP	09.05.2016 to 17.05.2016
14	Mag. Christian Kern	SPÖ	17.05.2016 to 18.12.2017
15	Sebastian Kurz	ÖVP	18.12.2017 to 28.05.2019
16	Hartwig Löger*	ÖVP	28.05.2019 to 03.06.2019
17	Dr. ⁱⁿ Brigitte Bierlein		03.06.2019 to 07.01.2020
(15)	Sebastian Kurz	ÖVP	07.01.2020 to 11.10.2021
18	Mag. Alexander Schallenberg*	ÖVP	11.10.2021 to 06.12.2021
19	Karl Nehammer	ÖVP	06.12.2021 to 10.01.2025
(18)	Mag. Alexander Schallenberg*	ÖVP	10.01.2025 to 03.03.2025
20	Christian Stocker	ÖVP	Since 03.03.2025

Table 1. The Austrian chancellors from 1945 to 2026

Note. Adapted from https://www.oesterreich.gv.at/themen/transparenz_und_partizipation_in_der_demokratie/demokratie-und-wahlen/demokratie/4/Seite.22300022.html, 2025; see also Birkner, 2024b, p. 33 *Interim leader of the federal government.

Chancellors and the Media in the 20th Century

Rathkolb starts his chapter on the chancellors with Karl Renner (SPÖ), who previously had been chancellor for nearly two years after World War I (October 30, 1918, to July 7, 1920). After World War II, he was chancellor again for eight months (April 27, 1945, to December 20, 1945). Despite this short term in office, Rathkolb mentioned the media. In his attempts to get Western allies' attention, "Renner had skilfully run an international media campaign from the shadows, without exposing himself or openly provoking the Soviets" (Rathkolb, 2022, p. 100). Renner was followed by Leopold Figl from the conservative ÖVP, who survived the National Socialists' concentration camp in Dachau, Germany, and was the first chancellor legitimized by parliament (p. 102). Rathkolb described him as an excellent communicator "with the media of the times" (p. 153).

Figl's successor, Julius Raab, "was neither to seek nor to master this form of communication" (Rathkolb, 2022, p. 103). However, Raab (ÖVP) was extremely influential during the first years of the (re)establishment of Austria's media infrastructure after the war, particularly in the printed press. Ludwig Reichhold wrote about Raab, namely that he had relationships with the press not so much as an institution but instead focused on developing relations with leading personalities within the press (Reichhold, 1975, p. 279). For example, Raab was "personally on friendly terms" (Rathkolb, 2022, p. 163) with Dr. Gustav Canaval from the Salzburger Nachrichten. Canaval was "closely familiar with the generation of conservative politicians of the First Republic" (Von Strasser, 2011, p. 110). When describing Raab's network, Pisa (1988, p. 342) mentions:

Section head Dr. [Fritz] Meznik in the federal chancellery and Hermann Mailler, and Dr. Gottfried Heindl in the ÖVP press department. Naturally, Raab also had close contact with the editors in chief of the ÖVP daily newspapers published in Vienna, such as the first editor in chief of Kleines Volksblatt, Dr. Leopold Husinsky, and the last editor in chief of the Österreichische Neue Tageszeitung, Heinz Schramm Schiessl. Of the editors in chief and publishers of independent daily newspapers, Manfred Nayer and Fritz Molden should be mentioned, although the relationship with Fritz Molden was, at times, clouded.

Following Strömbäck (2008), Raab can be regarded as a protagonist during the first mediatization phase, with a very special perspective on the press, viewing it more like a "mouthpiece" for politicians (Pelinka, 2000, p. 55). There was even a secret agreement with the newspaper Neuer Kurier, ensuring "that the paper would always support Federal Chancellor Julius Raab" (Rathkolb, 2022, p. 175). In his memoirs, Hugo Portisch remembered his time in New York City working at the Austrian Information Service, including a visit from Chancellor Raab. In one

story, Portisch describes how Raab was able to think in powerful pictures in the press — and also how to avoid being in them. The trip to the US included a visit to the US Marines' Caribbean Command, and Raab was invited to tour a warship, together with generals and journalists — but the chancellor fled without comment. Half a year later in Vienna, Portisch asked him about the incident. Raab replied, ironically: "That's all I needed! The picture in the newspapers — me on an American warship with the generals. Molotov would hardly have believed that we were non-aligned" (Portisch, 2015, p. 105; see also Portisch, 1986, p. 469). The episode between Raab and Portisch in America demonstrates a certain closeness between the politician and the journalist, though at that time more in the political sphere.

Both Rathkolb (22, p. 118) and Pelinka (2000, p. 55) mention Raab's ignorance about the emerging new medium of the time, television. Josef Klaus expressed similar ignorance (1971, p. 183). Rathkolb highlights how "Julius Raab had dismissed TV as 'that box' and left the directorship of ORF, the Austria's public service broadcasting system, to the SPÖ under the Proporz arrangements" (2022, p. 118; 2005, p. 188). Proporz is a typical phenomenon of Austrian society and also of the Austrian media system of the time, as the two big parties, ÖVP and SPÖ, agreed on shared influences on the ORF. We can understand Proporz as an almost systematic part of Austrian politics in the second part of the 20th century, where both the ÖVP and the SPÖ had to be represented equally in every committee. Verhaberung on the other hand should be understood more as informal connections between people and institutions. It is an invisible network, but everybody knows it exists.

Raab was followed by Alfons Gorbach (ÖVP), the last of the KZ Generation (Pelinka, 2000, p. 63), who had spent almost six years in the concentration camp (KZ) of the National Socialists in Dachau due to his "anti-Nazi policy before 1938" (Rathkolb, 2022, p. 113). Following the Raab era, the public sensed some political stagnation, as did the independent press, eliciting a referendum [Volksbegehren] for independent public broadcasting (Kriechbaumer, 1998, p. 13). Gorbach was succeeded by Josef Klaus, the new conservative party leader, who was confronted with the outcome of the first referendum in the history of the Second Austrian Republic in 1964 that aimed to liberate public broadcaster ORF from the political influence of the two dominant parties, SPÖ and ÖVP, forged from the aforementioned Proporz arrangements. In his memoirs, Klaus reflected on the new situation of "a fair separation of powers between those who govern and those who inform" (Klaus, 1971, p. 187). When talking about the "short" era of the 1960s in Austria, Robert Kriechbaumer explicitly mentioned the "independent press that criticized the democratic political standstill [...] of the Grand Coalition" and finally initiated "the referendum for independent broadcasting" in 1964 (Kriechbaumer, 1998, p. 13). This can be understood as the beginning of mediatization's second phase (Strömbäck, 2008).

In 1970, Bruno Kreisky (SPÖ) ended ÖVP's dominance,

and Rathkolb attributes his success partly to his connections into the media, including TV news media in particular: “Bruno Kreisky mastered this medium much more effectively than had the chancellors before him, and anyway he had for decades had more frank and open contact with journalists than was usual in the 1950s and 1960s in Austria” (Rathkolb (2022, p. 121). Kreisky, the “journalist chancellor” (Fabris, 1991, p. 5), anticipated “the rules of the game of modern democracy” by “anticipating its developmental tendencies toward the information society and being the first to use them skilfully” (Pelinka, 2000, p. 149). He invented the Press Foyer (ORE, 2025) and delivered “headlines that could easily be turned into a story” (Rathkolb, 2022, p. 121). Partly through this style of communication, Kreisky (1970–1983) managed to stay in office almost exactly as long as the two SPD chancellors Willy Brandt (1969 to 1974) and Helmut Schmidt (1974 to 1982) in Germany. These three media-conscious chancellors can be regarded as protagonists during mediatization’s second phase, when politicians accepted this new balance of power. Notably, the second and third phase are not completely distinguishable in Strömbäck’s model (Marcinkowski, 2015) and could be described as a functional equilibrium between media and politics (Birkner, 2018). In the words of the Austrian chancellor Bruno Kreisky: “I have a good relationship with journalists, but a distanced one as far as average journalism is concerned. I have a very friendly relationship with journalists who are knowledgeable, who understand something, because I see them as partners with the highest degree of equality” (quoted by Lendvai, 1996, p. 292). Journalist Paul Lendvai said Kreisky did not have had an organized network of full-time or part-time press spokespeople and press secretaries (Lendvai, 1996, p. 291) but did have an impressive network based on his personal communications with journalists.

Kreisky had an almost “erotic relationship” (Lendvai, 1996, p. 291) with journalism. When Lendvai asked Kreisky about his rules in this relationship, Kreisky replied: “When I don’t tell journalists anything, I shouldn’t be surprised that they write nothing or the wrong thing. That’s why I’m actually always there; they can call me.” He continued, noting that he always wanted to provide them with “news value” — a quote that signals his expertise in journalism (Lendvai, 1996, pp. 289–290).

Kreisky was followed by Fred Sinowatz (SPÖ), who “brought a good communicative style into his party and into government, but he failed to establish a close rapport with the public” (Rathkolb, 2022, p. 153). Before Kurz, Sinowatz was the only former chancellor in Austria to be convicted of a crime (Gebhart, 2023). Next in this line of SPÖ chancellors was Franz Vranitzky (1986–1997). Rathkolb (2022, p. 128) notes his “highly positive basic media presence – even if he always kept his distance from journalists.” Another element of mediatization, described as televisualization, is the trend toward “soundbite news,” as researched in the American TV context by Daniel Hallin (1992). Vranitzky complained about it as follows: “It went like this: The

reporter asked a complex question and then said: ‘In one sentence, please.’ This turned out to be a multi-clause sentence because I wanted to include everything that seemed important to me” (Vranitzky, 2004, p. 440).

In his memoirs, Vranitzky (2004, p. 429) mentions the “tense relationship between politics and journalism” during this third mediatization phase (Strömbäck, 2008), during which the power is shifting in favor of the media. His successor, Viktor Klima (SPÖ), had been chancellor from 1997 to 2000, along with his “PR kitchen cabinet, centred on Andreas Rudas as SPÖ general secretary and Josef Kalina as press spokesman, [who] managed to get positive reportage on Klima in the *Kronenzeitung* and other newspapers” (Rathkolb, 2022, p. 131).

Old and new media – Austrian chancellors in the 21st century

Wolfgang Schüssel (ÖVP) ended the long period of almost three decades of SPÖ chancellors by forming a coalition with Jörg Haider (FPÖ), leader of the party that was the prototype of European right-wing populism. On the way into the chancellery, Schüssel published a book, *In the name of the future*, in which he talked about the media as a new platform for politics, which had led to a personalization of politics and the media concentrating on only a few prominent “players” (Schüssel, 1999, p. 16). The ÖVP-FPÖ coalition led to EU sanctions and “a worldwide media hysteria” (Riedl, 2001, p. 85), while “the tabloid press and the ÖVP-FPÖ coalition enthusiastically blew the patriotic horn” (Rathkolb, 2005, p. 210). Regarding his media performance, Schüssel is viewed quite ambivalently: “He is seen as a brilliant speaker, but also as rather overbearing and by no means always skillful at dealing with journalists” (Rathkolb, 2022, p. 153). And Lengauer (2010, p. 52) wrote: “The relationship between journalists and chancellor Schüssel was dominated by mutual suspiciousness and skepticism.” Still, Schüssel remained in office for seven years and was succeeded by Alfred Gusenbauer (SPÖ) in 2007.

Gusenbauer acknowledged journalism’s importance (Gusenbauer, 2007) and described his successor, Faymann, as media-savvy, someone “who possesses the necessary networking skills with the media – something really important in Austria” (Rathkolb, 2022, p. 137). Faymann “had successfully established close contacts to Hans Dichand, chief editor of *Die Kronenzeitung*,” and “could never shed the image of a chancellor dependent on the blessing of *Die Krone*” (Rathkolb, 2022, p. 137). This can be viewed as a key indicator of a fourth mediatization phase, when the media colonize politics (Strömbäck, 2008). However, Faymann’s media network comprised more than just close ties to the *Kronen Zeitung*. German journalist Erna Lackner describes him as the media darling of the rest of the tabloid press, including Wolfgang Fellner’s newspaper *Österreich* and the free newspaper *Heute*, which is owned by Dichand’s daughter-in-law, Eva Dichand, and the magazine group

News (Lackner, 2008).

It seems as if the small Austrian media market is somehow a perfect ecosystem for close personal networks between media owners and political leaders. During that time, later short-term chancellor Reinhold Mitterlehner, born in 1955 and chancellor for just nine days in May 2016, had been a cabinet minister and remembered a meeting “with a well-known newspaper publisher” who basically told him that his coverage’s tone would depend on the number of paid adverts the ministry takes out (Mitterlehner, 2019, p. 184). This demonstrates that politicians have “allowed themselves to be held hostage by the tabloid media,” on one hand, as described by Josef Trappel, and on the other, that without government advertising, the tabloid press could not survive (ORF, 2018a). Press subsidies, also very prominent in the work of Cook (2010), play an important role in the small Austrian media market.

The head of the magazine group News, Horst Pirker, perfectly summarizes these mutual dependencies, stating in 2018 that it is no longer possible to determine which sentence came first: “You get a lot of money, so be nice. Or vice versa: I’ll be nice, but in return, I want as much money as possible” (ORF, 2018b). When asked about the differences between the Faymann and Kurz systems of advertisement, Pirker replied: “Simply professionalism. Faymann took it to a new level in terms of intensity and quantity, but under Sebastian Kurz, it has been amplified many times over” (ORF, 2021).

However, before Kurz, Christian Kern, born in 1966, served as chancellor in 2016–2017. While studying communication science at the University of Vienna, Kern was also editor in chief of the university magazine Rotpress from the Association of Socialist Students in Austria (VSSStÖ). Kern was known for “his rhetorical skills and an active media presence” (Rathkolb, 2022, p. 140). When Faymann resigned suddenly in May 2016, Kern was appointed to the chancellery and can be described as the first real social media chancellor. While Faymann is said to have resisted excessive staging on digital platforms, Kern’s social media team focused primarily on chic images on his Instagram page (Zöchling, 2016) and more direct communication with the public via Facebook (Die Presse, 2016).

Social media communication enables politicians, as well as athletes or sports teams, to build up their own networks outside of offline news media. This act of “bypassing traditional media” (Nölleke & Birkner, 2019) can be understood as an important facet of a possible fifth mediatization phase. Kurz grew up as a politician with these possibilities. Still, it seems as if he and his team were convinced that their “message control” (Fleischmann, 2023) was best served via tabloid media. As former journalist Thomas Schrems from Kronen Zeitung described it in the weekly Falter in 2021, Kurz had perfected a “game of give-and-take to the point of perversion” (Klenk, 2021). Between Kurz’s first and second term, Hartwig Löger, born in 1965, was acting chancellor of Austria from May 28 to June 6, 2019, and then Austrian President Van der Bellen

installed Brigitte Bierlein, born in 1949, as Austria’s first female chancellor, who served from June 3, 2019, to January 7, 2020. Then Kurz returned.

Kurz, born in 1986 and chancellor from 2017–2019 and 2020–2021, is certainly the most prominent figure in recent Austrian politics and media history. Kurz knew of the importance of powerful pictures in the media. When shutting down the so-called “Balkanroute” in 2016 as Austrian foreign minister, he declared: “It won’t be possible without ugly pictures” (Ronzheimer, 2018, p. 130). When German journalist Paul Ronzheimer confronted Kurz with refugees’ suffering, he told him that these images were important as a deterrent, Ronzheimer wrote in his book *Sebastian Kurz – the biography* (Ronzheimer, 2018, p. 9). In her “official” biography of Kurz, Judith Grohmann (2019) wrote extremely positively about Kurz, with no apparent journalistic distance, which elicited much criticism (see Kazim, 2019). Many journalists lost their critical distance during the Kurz era. As the video of Strache in Ibiza ended the first Kurz administration, his second term in office was also ended with a media scandal. After the chat protocols of Thomas Schmid were discussed in public, journalists such as Rainer Nowak from Die Presse resigned due to “inappropriate proximity” (Nowak, 2022) between press and politics – but just one year later, he began working for Kronen Zeitung (Mark, 2023) and in 2025 returned to Die Presse (Fidler, 2025b). This demonstrates that the affair did not end his journalistic career.

Following Kurz’s second resignation, Alexander Schallenberg (ÖVP) became the next chancellor, briefly, from October 11 to December 6, 2021. Schallenberg, who was only intended to serve as a temporary solution, was succeeded by Karl Nehammer and also became his successor again for a few months. After the 2024 elections, early in January 2025, it looked as though Herbert Kickl, leader of the right-wing FPÖ, would become the next Austrian chancellor, which would have drastic consequences for press freedom (Trappel, 2025). Instead, and after a short interim period with Schallenberg at the helm again, Christian Stocker (ÖVP) became chancellor of Austria on March 3, 2025.

Research perspectives

Particularly in recent years, digital media have helped us gain a more comprehensive understanding of the relationship between media and politics than ever before. Austria serves as an excellent example of this development, as the hidden networks between media and politics in Austria became visible through private chats from the first Kurz government, involving several of the nation’s most powerful media managers. These networks can be viewed as digital traces (Hepp et al., 2018) of *Verhaberung*. Text messages between influential journalists and political figures can now be analysed through linguistic tools (Werner & Michael, 2024) and network research methods (Jünger &

Gärtner, 2023), alongside publicly visible connections on social media platforms (Eder, 2023; Nuernbergk, 2016; Hepp, 2015). Still, the so-called chat protocols, the text messages from Schmid that led to Kurz's resignation in 2021, are being evaluated legally and are not yet fully accessible to the public. Therefore, the following research perspectives are only preliminary and should be explored in future studies. This growing digital dataset enables communication science to go a step further in understanding the complex relationship between media and politics, potentially leading to a fifth mediatization phase, in which politicians use digital platforms to connect with powerful media companies on one hand (private digital communication), and create their own "news" on the other (public digital communication). In the following, we list a few initial topic suggestions for conducting network analyses of the relationship between politics and the media in the digital space in Austria.

Network analysis may enable us to "make latent structures visible" (Kocks, 2025, p. 424; see also Hepp et al., 2025). Since influential politicians nowadays have large strategic communication departments behind them, it cannot necessarily be assumed that public connections between individual journalists and high-ranking politicians will be apparent on social media. In order to identify connections between individual media figures and high-ranking politicians, investigative insights are required, such as archival and biographical research. Therefore, the question arises, particularly in the case of social media chancellors like Kern and Kurz, concerning the extent to which they have used social media to produce news outside the "unwelcome filter of journalism" (Fellner, 2016) on one hand, and to express latent preferences for certain media companies in Austria through public communication on the other. Future research should examine how Austrian chancellors reveal their preferences for Austrian media on social media with a comprehensive social media network analysis, for example, by analysing links and mentions. A short initial exploration reveals already interesting avenues of research for future projects. Besides referring to the ORF very often, both chancellors have rather different networks with the Austrian media. The more left-liberal chancellor Kern from the Social Democrats (SPÖ) has an intense connection to the left-liberal Standard. Instead, Kurz from the Conservative ÖVP has strong ties to the domestic tabloid press, such as Kronen Zeitung or OE24. The politically more conservative TV station Servus TV and the German tabloid newspaper BILD also appear more frequently in Kurz's posts. Interestingly, toward the end of their terms in office, both chancellors also appear to have stronger links to new online media in line with their political orientation. While Kern increasingly links to the left-wing SPÖ blog Kontrast, Kurz, at the end of his second term as chancellor, quotes the right-wing populist Exxpress more frequently.

So, it seems as if the public social media networks were used to highlight the ties with more traditional

media. The investigative disclosure of private chats, such as those involving Kurz and his entourage, offers the opportunity for future research endeavours to reveal individual power networks between the nation's political elites and dominant media makers. Of course, these networks will and should be exposed only if clear evidence of abuse of power is found and if they are of public interest. In October 2021, it was revealed how the Kurz administration allegedly may have used state-funded ads to buy favourable coverage in the country's most powerful tabloid media with the help of his close confidant Schmid to secure the chancellorship. In this context, the numerous chats that have been published so far reveal a large network between powerful politicians from the ÖVP and FPÖ, pollsters and the media, the extent of which was previously unknown in Austria. Compared with analogue networks in the past, the large volume of chat messages potentially offers a much more comprehensive view of how politics and the media are intertwined in Austria through *Verhaberung*. Although digital communication today often takes place via a "facilitator", such as Schmid in this case, it does so to an extent that simply would not have been possible in the analogue age.

The available material suggests the existence of a closely-knit relational structure linking political actors and media makers. Rather than treating the allegedly involved players as isolated individuals, the available data point toward a relational configuration in which political decision-making, strategic communication/public relations, polling and the media are structurally intertwined. The relevance of individual actors arguably derives less from their formal (political and organizational) positions alone than from their involvement within overlapping professional, political, communicative, and perhaps personal networks. A systematic mapping of these relational structures — based on approaches from social network analysis — would allow future studies to examine how informal communication channels of the new age and personal relations contribute to agenda-setting processes and the establishment of political narratives.

Conclusion

The historical trajectory of Austrian chancellors' interactions with the media reveals a dynamic continuum of the mediatization of politics — from Raab's personalized networks with key editors during mediatization's first phase to the televisualization of politics that started the second phase, culminating in a functional equilibrium between media independence and political influence during the Kreisky era. The end of the 20th century saw Vranitzky and Klima carefully navigating through mediatization's third phase, with Faymann pushing forward mediatization's fourth phase at the beginning of the 21st century. The technological and societal shift in digitalization then enabled chancellors such as Kern and Kurz to construct tailored media networks that

bypass traditional journalistic gatekeeping. While Kern's social media strategy reinforced ideological affinities with left-liberal outlets, Kurz's approach consolidated ties to tabloids and conservative media, illustrating the ideological polarization in media engagement. Moreover, the publication of private chats during the Kurz era provides unprecedented insight into previously opaque structures of media influence, revealing systemic entanglements facilitated by both digital platforms and personal intermediaries, such as Schmid. These developments suggest the emergence of a fifth phase of mediatization, characterized by hybrid networks combining public digital communication with private, individualized media interventions. Coming back to the differentiation of the logic of negotiations and the logic of publicity (Spörer-Wagner & Marcinkowski, 2011; Birkner, 2015, 2023b), social media networks and private instant messaging add to this complex picture. On the one hand, politics seems to be more publicly visible than ever. On the other hand, it found new modes for backroom logics, while journalists developed new strategies of hacking and leaking in the digital age, sometimes against the interests of politicians, sometimes with their collaboration (Di Salvo, 2025). Both perspectives need to be considered in future research designs. However, comparing both analog and digital networks has its limitations and presents significant challenges, as it requires researching analog and digital sources with

both qualitative and quantitative methods and therefore involves a lot of time and resources. Nevertheless, we firmly believe that such research is needed urgently and will be possible in the future. In times of increasingly strong populist movements, the relationship between politics and the media, which is so crucial for democracy, is coming under greater scrutiny. Journalism, in a deep financial and intellectual crisis, is hit very hard by the loss of faith, as is politics. Of course, these networks' visibility nowadays can be described as significantly higher (particularly when chats are exposed, but also through social media), but we also believe that chats in particular have made it much easier for politicians and journalists to discuss specific topics in greater detail than before.

The Austrian case exemplifies broader global trends in media-politics interrelations, emphasizing contemporary political communication's increasing visibility, complexity, and potential ethical challenges. Ensuring journalistic independence and transparency in this context necessitates rigorous empirical research and communication-historical analysis. Future studies should expand comparative investigations across European and other international contexts, integrating digital traces, social media analytics, and historical archival methods to understand the evolving interplay between political leadership and media systems comprehensively.

References

- Balluff, P., Eberl, J.-M., Oberhänsli, S. J., Bernhard-Harrer, J., Boomgaarden, H. G., Fahr, A., & Huber, M. (2026). The Austrian political advertisement scandal: Patterns of "journalism for sale." *International Journal of Press/Politics*, 31(1), 91–117.
<https://doi.org/10.1177/19401612241285672>
- Bennhold, K. (2021, October 17). *Fake polls and tabloid coverage on demand: The dark side of Sebastian Kurz*. *New York Times*.
<https://www.nytimes.com/2021/10/17/world/europe/austria-sebastian-kurz-scandal-chancellor.html>
- Bi, L., Wang, Y., Zhao, J.-P., Qi, H., & Zhang, Y. (2018). Social network information visualization based on Fruchterman Reingold layout algorithm. *2018 IEEE 3rd International Conference on Big Data Analysis (ICBDA)*, 270–273.
<https://doi.org/10.1109/ICBDA.2018.8367690>
- Birkner, T. (2013). Politiker und Publizist: Helmut Schmidt als Akteur und Kritiker von Medialisierung. *Studies in Communication | Media*, 2(1), 39–66.
<https://doi.org/10.5771/2192-4007-2013-1-39>
- Birkner, T. (2014). *Mann des gedruckten Wortes: Helmut Schmidt und die Medien*. Edition Temmen.
- Birkner, T. (2015). Mediatization of politics: The case of the former German chancellor Helmut Schmidt. *European Journal of Communication*, 30(4), 454–469.
<https://doi.org/10.1177/0267323115582150>
- Birkner, T. (Ed.) (2016). *Medienkanzler: Politische Kommunikation in der Kanzlerdemokratie*. Springer VS.
- Birkner, T. & Krämer, B. (2016). Heads of government and their media biographies: How the media socialization of German chancellors influenced their strategies towards the media. *International Journal of Communication*, 10, 2853–2871.
<http://ijoc.org/index.php/ijoc/article/view/4838>
- Birkner, T. & Krämer, B. (2017). Mediensozialisationstheorie und Medienbiografien funktionaler Eliten am Beispiel der deutschen Bundeskanzler. In D. Hoffmann, F. Krotz, & W. Reißmann (Eds.), *Mediatisierung und Mediensozialisation: Prozesse – Räume – Praktiken* (pp. 175–195). Springer VS.
- Birkner, T. (2018). Regierungskommunikation und staatliche Öffentlichkeitsarbeit in kommunikationshistorischer Perspektive. In J. Raupp, J. N. Kocks & K. Murphy (Eds.), *Regierungskommunikation und staatliche Öffentlichkeitsarbeit im Wandel* (S. 73–92). Springer VS.

- Birkner, T. (2023). „Das Wort hat die Frau Bundeskanzlerin“ – Ist die Medialisierung der Politik in Regierungserklärungen messbar? Chancen und Grenzen der automatisierten Inhaltsanalyse von politischer Kommunikation am Beispiel von Regierungserklärungen deutscher Bundeskanzler*innen von 1949 bis 2021. *Medien und Zeit*, 38(4), 5–24.
- Birkner, T. (2026). *Medialisierung und Mediatisierung*, 4., aktualisierte Auflage. Nomos.
- Birkner, T. (2024a). The matrix of mediatization: Journalism in a new media ecosystem. *Journalism Research*, 7(2), 130–151. <https://doi.org/10.1453/2569-152X-2024-14238-en>
- Birkner, T. (2024b). Die Nähe von Politik und Medien auf höchster Regierungsebene: Eine erste Annäherung an Österreichs Kanzlerfiguren aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht. *MedienJournal – Zeitschrift für Medien- und Kommunikationsforschung*, 48, 27–49. <https://doi.org/10.60764/1025-9473.2024.01.3>
- Boczkowski, P. J., & Papacharissi, Z. (2021) (Eds.). *Trump and the media*. MIT Press.
- Cook, T. E. (1998). *Governing with the news: The news media as a political institution*. University of Chicago Press.
- Di Salvo, P. (2025). “Hacking and information disorder: the weaponization of leaking.” *Critical Studies in Media Communication*, 42(1), 83–88. <https://doi.org/10.1080/15295036.2025.2465693>
- Die Presse. (2016, May 18). *Neuer Facebook-Auftritt für Kanzler Kern*. Die Presse. <https://www.diepresse.com/4991069/neuer-facebook-auftritt-fuer-kanzler-kern>
- Eder, M. (2023). *Politische Journalistinnen und Journalisten auf Twitter: Eine Framing-Analyse der Ibiza-Affäre im deutsch-österreichischen Vergleich*. Nomos.
- Fabris, H. H. (1991). Journalismus im “neuen” Österreich. In H. H. Fabris & F. Hausjell (Eds.), *Die vierte Macht: Zu Geschichte und Kultur des Journalismus in Österreich seit 1945* (pp. 1–9). Verlag für Gesellschaftskritik.
- Fellner, S. (2016, June 11). *Ein Bild von einem Kanzler: Wie Christian Kern mit Fotos Politik macht*. Der Standard. <https://www.derstandard.at/story/2000038668390/ein-bild-von-einem-kanzler-wie-christian-kern-mit-fotos>
- Fleischmann, G. (2022). *Message Control: Was sie schon immer über Politik und Medien wissen wollten*. Edition a.
- Fidler, H. (2025a, January 15). *Freiheitliche Medien. FPÖ kündigt österreichweites Radio an – via Rundfunk darf sie das nicht*. Der Standard. <https://www.derstandard.de/story/3000000252859/fpoe-kuendigt-oesterreichweites-radio-an-via-rundfunk-verbietet-gesetz-das>
- Fidler, H. (2025, April 28). *Rainer Nowak kehrt von der „Krone“ zur „Presse“ zurück*. Der Standard. <https://www.derstandard.de/story/3000000267392/rainer-nowak-kehrt-von-der-krone-zur-presse-zurueck>
- Gadringer, S., Sparvierio, S., Trappel, J., & Colaceci, A. (2024). *Digital News Report Austria 2024: Detaillerte Ergebnisse für Österreich*. Digital News Report Network Austria. <https://doi.org/10.5281/zenodo.11546856>
- Grohmann, J. (2019). *Sebastian Kurz: Die offizielle Biografie*. Finanzbuchverlag.
- Hallin, D. C. (1992). Sound bite news: Television coverage of elections, 1968–1988. *Journal of Communication*, 42(2), 5–24. <https://doi.org/10.1111/j.1460-2466.1992.tb00775.x>
- Hallin, D. C. (2018). Mediatisation, neoliberalism, and populisms: The case of Trump. *Contemporary Social Science*, 14(1), 14–25. <https://doi.org/10.1080/21582041.2018.1426404>
- Hallin, D. C. (2021). Rethinking mediatisation: Populism and the mediatisation of politics. In H. Tumber & S. Waisbord (Eds.), *Routledge companion of media disinformation and populism* (pp. 49–58). Routledge.
- Hanitzsch, T., & Lauerer, C. (2019). Berufliches Rollenverständnis. In T. Hanitzsch, J. Seethaler, & V. Wyss (Eds.), *Journalismus in Deutschland, Österreich und der Schweiz* (pp. 135–163). Springer VS.
- Hepp, A. (2015). Qualitative Netzwerkanalyse in der Kommunikationswissenschaft. In S. Averbek-Lietz & M. Meyen (Eds.), *Handbuch nicht standardisierte Methoden in der Kommunikationswissenschaft* (pp. 347–367). Springer.
- Hepp, A., Breiter, A., & Friemel, T. (2018). Digital traces in context: An introduction. *International Journal of Communication*, 12, 439–449. <https://ijoc.org/index.php/ijoc/article/view/8650>
- Hepp, A., Hohmann, F., Sinner, P., Belli, A. (2025). Medien-, Daten- und Vernetzungspraktiken erforschen: Eine Einführung in medienübergreifende Ansätze. In A. Hepp, F. Hohmann, & P. Sinner (Eds.), *Medien-, Daten- und Vernetzungspraktiken erforschen: Methodische Konzepte und Forschungssoftware* (pp. 1–36). Springer VS.
- Holland, M. (2024, March 14). *CrowdTangle: Meta schließt Analysetool, Nachfolger nicht für die Presse*. Heise. <https://www.heise.de/news/CrowdTangle-Meta-schliesst-Analysetool-Nachfolger-nicht-fuer-die-Presse-9654937.html>
- Hurlzmeier, P., & da Silva, D. (2016). Politische Kommunikation in der Kanzlerdemokratie: Theoretische Rahmung. In T. Birkner (Ed.), *Medienkanzler: Politische Kommunikation in der Kanzlerdemokratie* (pp. 5–44). Springer.
- Jünger, J., & Gärtner, C. (2023). *Computational Methods für die Sozial- und Geisteswissenschaften*. Springer VS.
- Kaltenbrunner, A., Lugschitz, R., Noster, A., Lang, A. (2025). Austrian media funding from the perspective of innovation in journalism: An analysis of national programmes and a comparison with innovation funding strategies in other European countries. *MedienJournal – Zeitschrift für Medien- und Kommunikationsforschung*, 49(1), 1–30. <http://doi.org/10.60764/1025-9473.2025.01.1>

- Kaltenbrunner, A. (2019). Geschichte der Tagespresse und Magazine nach 1945. In M. Karmasin & C. Oggolder (Eds.), *Österreichische Mediengeschichte. Band 2: Von Massenmedien zu sozialen Medien (1918 bis heute)* (pp. 175–197). Springer VS.
- Karmasin, M., & Oggolder, C. (Eds.). (2019). *Österreichische Mediengeschichte. Band 2: Von Massenmedien zu sozialen Medien (1918 bis heute)*. Springer VS.
- Kazim, H. (2019, September 9). *Der Sonnenkanzler: Österreich spottet über Kurz-Biografie*. Der Spiegel. <https://www.spiegel.de/politik/ausland/sebastian-kurz-oesterreich-spottet-ueber-biografie-des-ex-bundeskanzlers-a-1285810.html>
- Kepplinger, H. M. (2002). Mediatization of Politics: Theory and Data. *Journal of Communication*, 52(4), 972–986. <https://doi.org/10.1111/j.1460-2466.2002.tb02584.x>
- Kepplinger, H. M. (2005). Anpassungszwang und Unterwerfungsbereitschaft. Anmerkungen zur Mediatisierung der Politik. *Forschung & Lehre*, 7, 350–351.
- Kepplinger, H. M. (2007). Kleine Anfragen: Funktionale Analyse einer parlamentarischen Praxis. In W. J. Patzelt, M. Sebaldt, & U. Kranenpohl (Eds.), *Res publica semper reformanda: Wissenschaft und politische Bildung im Dienste des Gemeinwohls. Festschrift für Heinrich Oberreuter* (pp. 304–319). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Klaus, J. (1971). *Macht und Ohnmacht in Österreich: Konfrontationen und Versuche*. Molden.
- Klenk, F. (2021, June 15). „Ein Sumpf aus systemischer Korruption.“ Falter. <https://www.falter.at/zeitung/20210615/ein-sumpf-aus-systemischer-korruption>
- Kocks, J. N. (2025). *Vor-Herrschaft: Hegemonie und politische Kommunikation in vernetzten Strukturen*. Herbert von Halem Verlag.
- Kriechbaumer, R. (1998). Die Ära Klaus. In R. Kriechbaumer (Ed.), *Die Ära Klaus: Österreich in den „kurzen“ sechziger Jahren. Band 1: Dokumente* (pp. 9–97). Böhlau.
- Lackner, E. (2008, July 1). Der Onkel Hans, der kann's. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 151, p. 46.
- Landerer, N. (2013). Rethinking the logics: A conceptual framework for the mediatization of politics. *Communication Theory*, 23(3), 239–258. <https://doi.org/10.1111/comt.12013>
- Lendvai, P. (1996). *Auf schwarzen Listen: Erlebnisse eines Mitteleuropäers*. Hoffmann und Campe.
- Lengauer, G. (2010). Schlüssel and the Media: An Ambivalent Relationship. In G. Bischof, & F. Plasser (Eds.), *The Schlüssel Era in Austria* (pp. 37–55). University of New Orleans Press.
- Luhmann, N. (1995). *Social systems*. Stanford University Press.
- Marcinkowski, F. (2015). Die „Medialisierung“ der Politik. Veränderte Bedingungen politischer Interessensvermittlung. In R. Speth & A. Zimmer (Eds.), *Lobby-Work: Interessenvertretung in der Medien- und Wissensgesellschaft* (pp. 70–95). Springer VS.
- Mark, O. (2023, November 2). „Krone“ bestätigt: Rainer Nowak leitet „Superressort.“ Der Standard. <https://www.derstandard.de/story/3000000193472/krone-bestaetigt-rainer-nowak-leitet-superressort>
- Mazzoleni, G. (2008). Media logic. In W. Donsbach (Ed.), *International encyclopedia of communication* (pp. 2930–2932). Wiley.
- Mazzoleni, G. (2017). Changes in contemporary communication ecosystems ask for a “new look” at the concept of mediatization. *Javnost - the Public*, 24(2), 136–145. <https://doi.org/10.1080/13183222.2017.1290743>
- Meeks, L. (2016). Tweeted, deleted: Theoretical, methodological, and ethical considerations for examining politicians' deleted tweets. *Information, Communication & Society*, 21(1), 1–13. <https://doi.org/10.1080/1369118X.2016.1257041>
- Meyer, T. (2002). *Media democracy: How the media colonize politics*. Polity Press.
- Münkler, D. (2005). *Willy Brandt und die „Vierte Gewalt.“ Politik und Massenmedien in den 50er bis 70er Jahren*. Campus Verlag.
- Nelson, M. (2000). Why the media love presidents and presidents hate the media. *The Virginia Quarterly Review*, 76(2), 255–268.
- Nölleke, D. & Birkner, T. (2019). Bypassing traditional media by social media? Why and how professional volleyball players use platforms such as Facebook, Twitter, and Instagram. *Studies in Communication and Media*, 8(3), 287–310. <https://doi.org/10.5771/2192-4007-2019-3-287>
- Nowak, R. (2022, November 3). *Liebe Leserinnen und Leser! Die Presse*. <https://www.diepresse.com/6210851/liebe-leserinnen-und-leser>
- Nuernbergk, C. (2016). Political journalists' interaction networks: The German Federal Press Conference on Twitter. *Journalism Practice*, 10(7), 868–879. <https://doi.org/10.1080/17512786.2016.1162669>
- ORF (2018a, December 3). *Josef Trappel, Medienökonom: „Politik ist in Geiselhaft des Boulevards.“* ORF. <https://oe1.orf.at/artikel/652185/Politik-ist-in-Geiselhaft-des-Boulevards>
- ORF (2018b, December 3). *Horst Pirker, Chef der VGN-Medienholding „News“: „Du kriegst Geld, also sei schön artig.“* ORF. <https://oe1.orf.at/artikel/652190/Du-kriegst-Geld-also-sei-schoen-artig>

- ORF (2021, August 2). *Inserate: Ein Verleger outet das System*. ORF.
<https://oe1.orf.at/artikel/685783/Ein-Verleger-outet-das-System>
- ORF (2025, March 5). *Stehen, Sitzen, Kauern: Das Pressefoyer und seine Signale*. ORF.
<https://orf.at/stories/3386757>
- Pelinka, P. (2000). *Österreichs Kanzler: Von Leopold Figl bis Wolfgang Schüssel*. Ueberreuter.
- Pisa, K. (1988). Julius Raab und die Medien. In A. Brusatti & G. Heindl (Eds.), *Julius Raab: Eine Biographie in Einzeldarstellungen* (pp. 336–348). Verlag Rudolf Trauner.
- Portisch, H. (1986). *Österreich II: Der lange Weg zur Freiheit*. Kremayr & Scheriau.
- Portisch, H. (2015). *Aufregend war es immer*. Ecowin.
- Rathkolb, O. (2005). *Die paradoxe Republik*. Paul Zsolnay Verlag.
- Rathkolb, O. (2015). *Die paradoxe Republik* (erweiterte Neuauflage). Paul Zsolnay Verlag.
- Rathkolb, O. (2022). *The paradoxical republic: Austria 1945–2020*. De Gruyter.
- Reichhold, L. (1975). *Die Geschichte der ÖVP*. Styria.
- Riedl, J. (2001). *Der Wende-Kanzler: Die unerschütterliche Beharrlichkeit des Wolfgang Schüssel. Ein biographischer Essay*. Czernin.
- Ronzheimer, P. (2018). *Sebastian Kurz: Die Biografie*. Herder.
- Schüssel, W. (1999). *Im Namen der Zukunft: Politische Orientierungen für Österreich im 21. Jahrhundert*. Ibero.
- Schwarzenegger, C. (2019). Eine Geschichte der Social Media in Österreich. In M. Karmasin, & C. Oggolder (Eds.), *Österreichische Mediengeschichte. Band 2. Von Massenmedien zu sozialen Medien (1918 bis heute)* (pp. 291–314). Springer VS.
- Spörer-Wagner, D. & Marcinkowski, F. (2011). Politiker in der Öffentlichkeitsfalle? Zur Medialisierung politischer Verhandlungen in nationalen Kontexten. In M. Edinger & W. J. Patzelt (Eds.), *Politik als Beruf* (pp. 416–438). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Strömbäck, J. (2008). Four phases of mediatization: An analysis of the mediatization of politics. *International Journal of Press/Politics*, 13(3), 228–246.
<https://doi.org/10.1177/1940161208319097>
- Trappel, J. (2025, January 17). *Die FPÖ ist die größte Bedrohung der Medienfreiheit in der Zweiten Republik*. Der Standard.
<https://www.derstandard.at/story/3000000253197/die-fpoe-ist-die-groesste-bedrohung-der-medienfreiheit-in-der-zweiten-republik>
- Tebbel, J. W., & Watts, S. M. (1985). *The press and the presidency: From George Washington to Ronald Reagan*. Oxford University Press.
- Vranitzky, F. (2004). *Politische Erinnerungen*. Paul Zsolnay-Verlag.
- Von Strasser, R. (2011). *Lebenskreise: Widerstand und Wiederaufbau*. Böhlau.
- Wattenberg, M. P. (2004). The changing presidential media environment. *Presidential Studies Quarterly*, 34(3), 557–572.
<https://doi.org/10.1111/j.1741-5705.2004.00212.x>
- Werner, V. & Michael, H. (2024). Linguistic corpora and tools in media and journalism studies. *Studies in Communication and Media*, 13(3), 347–383.
<https://doi.org/10.5771/2192-4007-2024-3-347>
- Zöchling, C. (2016, June 21). *Kanzler Christian Kern: Endstation Sehnsucht*. Profil.
<https://www.profil.at/oesterreich/kanzler-christian-kern-endstation-sehnsucht-6504102>

THOMAS BIRKNER

Prof. Dr. heads the Department of Journalism in the Faculty of Communication Studies at the University of Salzburg. His research focuses on journalism studies, political communication, communication history, and sports communication. Research projects funded by the DFG and RTR: "Media Biographies of the German Chancellors," "The Century of Journalism," "Digital Influence Austria."

<https://orcid.org/0000-0002-0818-3062>

CHRISTIAN WASNER

BA and MA in Communication Studies from the Department of Communication at the University of Salzburg. He is interested in the relationship between politics and the media, digital journalism, and processes that threaten democracy. Since 2025, he has been working for the online medium SALZBURG24.

<https://orcid.org/0009-0007-7214-9049>

ALESSANDRA COLACECI

BA in Communication Studies from the Department of Communication at the University of Salzburg. She contributed to the Reuters Digital News Report and researched the relationship between Italian organized crime and the media. Currently, she's a Master's student in International Management at LUISS Guido Carli, Rome, where her focus is on digital innovation in marketing.

<https://orcid.org/0009-0006-0409-0594>

Enorme Fallhöhe oder eh schon immer gewusst?

Die Verhandlung der Causa BUWOG und Karl-Heinz Grasser in digitalen Öffentlichkeiten

GABRIELE FALBÖCK

University of Applied Sciences, St. Pölten; Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Universität Wien

CHRISTINA KRAKOVSKY

Institute for Comparative Media and Communication Studies, Österreichische Akademie der Wissenschaften & Universität Klagenfurt

Abstract

Der Beitrag untersucht, wie österreichische politische Journalist*innen den BUWOG-Skandal und die Person Karl-Heinz Grasser im Moment des finalen Urteilsspruchs im März 2025 in den digitalen Öffentlichkeiten von X und Bluesky erinnern und einordnen. Ausgangspunkt ist die Frage, wie sich journalistische Praxis in einem lang-jährigen, stark moralisch aufgeladenen politischen Skandal unter digitalen Bedingungen gestaltet. Die qualitative Inhaltsanalyse von 141 Posts und Reposts von 28 Politikjournalist*innen zeigt, dass digitale Plattformen primär als Arenen professioneller Selbstpositionierung genutzt werden. Journalist*innen erinnern selektiv, aktivieren etablierte Deutungsmuster und verweisen häufig auf eigene oder kollektive redaktionelle Leistungen. Während faktenorientierte Informationen und verdichtete historische Hinweise situativ bereitgestellt werden, dominieren Hinweise auf journalistischen Content und normative Kurzkommentare zu Rechtsstaatlichkeit, Prozessführung und moralischer Verantwortung. Persönliche Bewertungen erscheinen eingebettet in professionelle Rollenperformanz, insbesondere bei reichweitenstarken Akteur*innen. Das digitale Erinnern bleibt damit in hohem Maße feldlogisch gerahmt und reproduziert die elitär strukturierte Binnenöffentlichkeit des österreichischen Politikjournalismus. Die Studie zeigt, dass digitale Plattformen im Kontext politischer Skandale weniger Orte breiter öffentlicher Aushandlung sind als vielmehr Räume der Aktualisierung journalistischer Deutungshoheit und symbolischen Kapitals.

Keywords: *Politische Skandale, Digitale Öffentlichkeiten, Journalistische Erinnerung, BUWOG-Affäre, Karl-Heinz Grasser*

Der österreichische Karikaturist Gerhard Haderer, bekannt für seine satirisch-amüsanten Gesellschaftsbeobachtungen zu Österreich, entwickelte 2023 ein Spiel, das als Ausgangspunkt für den vorliegenden Beitrag dienen kann. Mit „Rememby“ – einem Kartenspiel, angelehnt an das für Kinder existierende Memory – hilft er, so das Vorwort zur Spielanleitung, „dem Gedächtnis auf die Sprünge“ (Haderer, 2024). Denn, so Haderer, besonders in der Wahlkabine sollte das „verdrossene Gehirn“ (ebd.) an das Benehmen der Akteur*innen erinnert werden. Die Aufgabe Vergangenes zeitgerecht zu rekapitulieren, wird auch von Journalist*innen in Ausübung ihres Berufs erwartet. Professionelle Ansprüche an Qualität in der Berichterstattung bedingen nicht nur die Bereitstellung von Information, sondern auch die Einordnung und Kontextualisierung und damit bisweilen auch den Blick zurück. Insbesondere im Fall von Skandalen und Skandalisierten nimmt diese Aufgabe eine besondere Bedeutung ein.

Ein österreichischer Akteur sowie die Frage des Erinnerns an seine Person und seine zahlreichen Fauxpas, Verfehlungen bis Rechtswidrigkeiten stehen im Zentrum der vorliegenden Studie. Die Rede ist von Karl-Heinz Grasser (auch KHG), österreichischer Finanzminister von 2000 bis 2007. Trotz der aufsehenerregenden Karriere und der Medienaffinität Grassers war er bisher nur wenige Male Gegenstand wissenschaftlicher Annäherungen. Der Politologe Hubert Sickinger (2011) ordnet den Skandalfall Grasser in die Korruptionsgeschichte der Zweiten Republik als strukturelle Folge von nunmehr vorhandenen internationalen

Verpflichtungen der Korruptionsbekämpfung ein. Richard Golja und Jens Tenscher (2014) zeigen in ihrer quantitativen Inhaltsanalyse der Berichterstattung über Grasser in den Qualitätszeitungen *Die Presse* und *Der Standard* sowie der reichweitenstarken Boulevardzeitung *Kronen Zeitung*, dass Grasser die österreichischen Medien zwischen 2003 und 2013 nahezu durchgehend beschäftigte – insbesondere in prominenter Platzierung der Qualitätsmedien. Zugleich stellen sie fest, dass die *Kronen Zeitung* den Politiker deutlich seltener an den Pranger stellte als die untersuchten Qualitätszeitungen, die ihrerseits jedoch zu emotionalisierenden und dramatisierenden Darstellungsweisen tendierten. Abgesehen davon legt Klaus Ottomeyer (2006) eine psychoanalytisch orientierte Interpretation des öffentlichen „Auftretens Grassers vor.“ Aufgrund des fehlenden persönlichen Settings kann diese Untersuchung jedoch keinen Anspruch auf eine genuin psychoanalytische Analyse im klinischen Sinne erheben. Vorliegender Beitrag intendiert das Desiderat rund um die journalistische Verhandlung eines Skandals, verursacht durch Karl-Heinz Grasser, mit Blick auf digitale Öffentlichkeiten in X und Bluesky ein Stück zu schließen. Der Aufstieg des Jungpolitikers war rasant: Einer Periode in der Kärntner Landespolitik von 1992 bis 1998 folgte ein einjähriger, jedoch für den Aufbau von Netzwerken hilfreicher Ausflug in die Privatwirtschaft beim Konzern Magna International (Lind & Schwitzer-Fürnsinn, 2025; Redl & Melichar, 2025a, 2025b, 2025c). Wenig später wurde die erste Koalitionsregierung aus der rechtspopulistischen Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) und der konservativen Österreichischen Volkspartei (ÖVP) gebildet. In diesem Bündnis

wurde Grasser im Jahr 2000 als Finanzminister angelobt. Der damals erst 31-Jährige inszenierte sich medienwirksam und setzte dabei frühzeitig auf die noch jungen digitalen Medien. Dem Amt des Finanzministers konnte er trotz innerparteilicher Machtwechsel bis 2007 nachgehen, wobei er 2003 aus der FPÖ austrat.

Bereits in der Phase seines politischen Aufstiegs blieb der Jungpolitiker nicht frei von jenen Momenten, die Sighard Neckel (1989) als „Stellhölzchen der Macht“ beschreibt: symbolische Auslöser, an denen die latenten Normen und Legitimationsgrundlagen des politischen Feldes zutage treten und die, einmal berührt, Prozesse öffentlicher Problematisierung und machstruktureller Selbstverständigung in Gang setzen. Die Kritik an seiner Amtsführung wurde von linkskonservativen und -liberalen Medien wie der Tageszeitung *Der Standard* oder der Wochenzeitung *Der Falter* bereits früh geäußert. Zwar ist eine gründliche und zitierfähige Aufarbeitung Grassers Lebenswerks noch ausständig, aber eine erste Sammlung von Affären ist bereits in tertiären Quellen erstellt. In dem allgemeinen Nachschlagewerk Wikipedia sind 25 Anlassfälle gelistet (Wikimedia Foundation, 2026), die nach Hans Mathias Kepplinger (2018, S. 17–22) teils als publizistische Konflikte, teils als Skandale zu klassifizieren sind. Zwölf davon wurden bereits während seiner achtjährigen Amtszeit in der Bundespolitik kolportiert. Der große Fall und damit einhergehend der nachhaltige Reputationsverlust erfolgte allerdings mit der sogenannten BUWOG-Affäre, auf der der Fokus der vorliegenden Studie liegt.

Im Jahr 2009 wurde bekannt, dass 62.000 Wohnungen aus staatlichem Eigentum zu einem Preis unterhalb des Marktwerts an ein Konsortium österreichischer Banken und Immobilienfonds veräußert worden waren. Der Vorgang löste erhebliche öffentliche Empörung aus. Kritik entzündete sich nicht nur am niedrigen Verkaufspreis, sondern auch an den auffallend knapp beieinanderliegenden und ungewöhnlich niedrigen Kaufangeboten, die Zweifel an der Transparenz und Fairness des Vergabeverfahrens nährten. Im Zentrum der Vorwürfe stand Grasser, der den Verkaufsprozess politisch verantwortete. Ihm wurde angelastet, vertrauliche Informationen über eingegangene Gebote an den Lobbyisten Peter Hohegger sowie an dessen Geschäftspartner, den ehemaligen FPÖ-Politiker Walter Meischberger, weitergegeben zu haben. Diese Informationsweitergaben standen im Zusammenhang mit einer Provision in Höhe von 9,6 Millionen Euro, die vom bestbietenden Konsortium, der Immofinanz, für die Vermittlungstätigkeit der drei Beteiligten geleistet worden sein soll.

In der Folge wurde gegen Grasser Anklage wegen Missbrauchs der Amtsgewalt und Verletzung des Amtsgeheimnisses erhoben. Noch im gleichen Jahr 2009 begann die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft zu ermitteln, klagte aber erst 2016 an. Die Anklageschrift umfasste 800 Seiten. Der erste Gerichtsprozess dauerte drei Jahre, 150 Zeug*innen wurden eingeladen, rund 16.000 Seiten Zeug*innenprotokoll legen Beweis dafür ab. Im Verfahren wurden auch andere Ereignisse mitverhandelt (Redl & Melichar, 2025a, 2025b, 2025c). Nach diesem langen Verfahren wurde Grasser im Dezember 2020 in erster Instanz schuldig gesprochen. Gegen dieses Urteil legte er Rechts-

mittel beim Obersten Gerichtshof ein. Im März 2025 erging schließlich das rechtskräftige Urteil: Der Schuldspruch gegen den ehemaligen Finanzminister wurde bestätigt, und er wurde zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren verurteilt. Wenig später meldete Grasser Privatkonkurs an – ein Schritt, der die persönlichen und politischen Konsequenzen des Falls zusätzlich unterstrich. Das Verfahren, das sich über insgesamt sechzehn Jahre erstreckte, gilt als eines der aufwendigsten Korruptionsverfahren der Zweiten Republik (Lind & Schwitzer-Fürnsinn, 2025; Redl & Melichar, 2025a, 2025b, 2025c).

Der vorliegende Beitrag untersucht, wie österreichische politische Journalist*innen den BUWOG-Skandal und die im Zentrum stehende Person Karl-Heinz Grasser in den digitalen Öffentlichkeiten von X und Bluesky während der finalen Urteilsverkündung im März 2025 erinnern. Im Fokus steht dabei nicht nur die Art und Weise, wie diese Ereignisse und Personen retrospektiv bewertet werden, sondern auch die Frage, inwieweit Journalist*innen als langjährige Beobachter*innen der kontrovers verhandelten Figur Grassers, in ihrer professionellen Rolle verbleiben und/oder persönliche Bewertungen einfließen lassen. Konkret lautet die zentrale Forschungsfrage: *Wie erinnern österreichische politische Journalist*innen den BUWOG-Skandal und Karl-Heinz Grasser in den digitalen Öffentlichkeiten von X und Bluesky im Kontext der finalen Urteilsverkündung im März 2025?*

Die weiteren Ausführungen eröffnen mit einer Präzisierung des Skandalbegriffs und einer Fokussierung auf das Konzept des medialen Erinnerns, insbesondere im Falle von medienvermittelten Skandalen und skandalisierter Personen. Darauf aufbauend werde die Funktionen wie Relevanz von digitalisierten Öffentlichkeiten für journalistische Arbeit erläutert und der diesbezügliche Forschungsstand für Österreich skizziert. Anschließend werden das Studiendesign sowie die Ergebnisse der qualitativen Analyse der Beiträge österreichischer politischer Journalist*innen zur finalen Verurteilung von Grasser in der Causa BUWOG präsentiert.

Skandale: Treiber einer aufgeregten Gesellschaft

In den vergangenen Jahren hat sich die Erforschung von Skandalen, insbesondere im Zusammenhang mit medialer Öffentlichkeit, digitalen Kommunikationsplattformen und Politiker*innen intensiviert. Die Grundlagengerichte der Skandalforschung thematisieren durchgängig das Spannungsverhältnis von Skandal, Politik und Medien (Burkhardt, 2018; Kepplinger, 2018; Thompson, 2000).

Skandale lassen sich im Kern als Ereignisse verstehen, die nicht nur mediale Aufmerksamkeit erfahren, sondern zugleich von der Öffentlichkeit als Normverletzung interpretiert werden (Esser & Hartung, 2004, S. 1041). Dabei handelt es sich um ein relativ konstantes Phänomen, das weitgehend stabilen kommunikativen Mustern folgt (Haller & Michael, 2020, S. 8). Im Zentrum steht dabei in der Regel die mutmaßliche oder tatsächliche Missachtung gesellschaftlicher Werte und Regeln, für die

exponierte Akteur*innen oder Institutionen verantwortlich gemacht werden. Charakteristisch ist zudem eine im Vergleich zur bisherigen Thematisierung deutlich intensivierte Berichterstattung, die häufig in ausgeprägter öffentlicher Empörung oder Entrüstung mündet (Thompson, 2000, S. 13f). Hans Mathias Kepplinger benennt Skandale als „die empörte Reaktion eines erheblichen Teils der Bevölkerung auf einen tatsächlichen oder vermeintlichen Missstand“ (Kepplinger, 2018, S. 8). Die BUWOG-Affäre erfüllt diese Kriterien in exemplarischer Weise: Ihr liegen eine tatsächliche Normverletzung durch einen exponierten politischen Akteur, eine über Jahre anhaltende, wiederholt intensivierte mediale Empörung sowie ausgeprägte öffentliche Zuschreibungen moralischer Verantwortung zugrunde – womit sie als Untersuchungsfall für journalistische Erinnerungspraxis im Kontext langdauernder Skandale besonders geeignet ist. In der medialen Berichterstattung wurden dabei die Begriffe „Skandal“, „Affäre“ und „Causa“ synonym verwendet; der vorliegende Beitrag übernimmt diese Praxis.

Steffen Burkhardt (2025) sieht eben in diesem Spannungsfeld zwischen Enthüllung und diskursiver Verhandlung eine wesentliche Funktion von Skandalen für das soziale System. Journalist*innen selektieren aus Handlungen, Ereignissen oder Zuständen und gehen mit ihrer Auswahl an die Öffentlichkeit. Dies bedingt Wissen um moralische Codes. Nach Kurt Imhof offenbaren Skandale deshalb „Deutungsrahmen für moralische Verfehlungen von Personen oder Personengruppen“ (2002, S. 73). Die Missbilligung von zumindest Teilen der Öffentlichkeit gilt häufig weniger der verwerflichen Handlung an sich als der „Notlügen“ nach Bekanntwerden der Grenzüberschreitung (Burkhardt, 2025; Imhof, 2002; Thompson, 2000). Die Verbreitung dieses Diskurses bezeichnet Burkhardt als „hochgradig virulentes Kommunikationsereignis“ (Burkhardt, 2025, S. 80).

Erinnern und symbolische Macht

Die Diskurshoheit im Skandal obliegt dem Journalismus (Burkhardt 2015, S. 139). In seiner Arbeit zu Skandalen betont Steffen Burkhardt die Macht von Medien. Diese bestehe in der Verbreitung, Speicherung sowie Änderung von identitätsstiftenden Narrativen einer Gesellschaft sowie der Positionierung von Geschichten in der gesellschaftlichen Diskussion. Unter Bezugnahme auf die Kapitalsorten von Pierre Bourdieu schreibt Burkhardt dem Journalismus die wesentliche Aufgabe zu „soziales Kapital zu aktualisieren“ (Burkhardt, 2025, S. 116). Anke Offerhaus und Stephanie Trümper (2022) verweisen in diesem Kontext auf die zentrale Aufgabe von Journalismus anlassbezogen zu erinnern und zu kontextualisieren. Die gedächtnisreflexive Darstellungsform des Journalismus zählt zur Routine von Journalist*innen und dient dazu die Entwicklungsgeschichte einer gegenwärtigen Situation zu erklären und damit Orientierung zu bieten. Die Erzählung kann dabei sowohl diachrone als auch synchrone Zeitbezüge einnehmen. Feststellbar ist, dass diese Form des Journalismus kollektives Erinnern

stiftet und das insbesondere im Falle von Skandalen dem Aktualitätsprinzip geschuldet.

In ihren rezenten Ausführungen zum Konzept des kulturellen Gedächtnisses weist auch Aleida Assmann implizit auf die Rolle von Medien hin. Sie unterscheidet zwischen Sicherungsformen der Dauer (Denkmäler, Museen und Archive) und Sicherungsformen der Wiederholung. Speicher allein reichen nicht aus, es braucht Wiederholung, Relektüre, Aktualisierung und Erneuerung um nicht nur das private, kommunikative wie auch das kulturelle Gedächtnis einer Gesellschaft zu erhalten (Assmann & Wegner, 2020). Massenmediale Kommunikation respektive Öffentlichkeit in demokratisch verfassten Gesellschaften hat folglich eine immanent wichtige Funktion für gesellschaftliche Erinnerung. Wie Manuel Menke und Elke Grittmann (2022) ausführen, ist der Diskurs in den Massenmedien oder Öffentlichkeiten komplexer Ordnung an mediale Aufmerksamkeitslogiken, vorhandene Ressourcen sowie dem Wissen um das Publikumsinteresse gekoppelt. Erinnerungen werden aktualisiert, wenn ein konkreter Gegenwartsbezug vorliegt. Erinnerungsdiskurse existieren aber auch in anderen Kontexten: In einfachen Öffentlichkeiten erreichen die Geschichten weniger Aufmerksamkeit. Erst die mittleren, weniger voraussetzungsreichen, jedoch organisierten und heute überwiegend digitalisierten Öffentlichkeiten vermögen ein Tor zu den komplexen, klassisch massenmedialen Arenen aufzustoßen. Die Deutungskämpfe um die richtige Darstellung der Geschichte und Geschichten gewinnt damit an Potenzial und Dynamik (Menke & Grittmann, 2022.).

Vor diesem theoretischen Hintergrund richtet sich das analytische Konzept darauf, wie Journalist*innen in digitalisierten Öffentlichkeiten Erinnerungen und Diskurse um den angeklagten Karl-Heinz Grasser einbringen. Es interessiert, auf welche Weise sie den verhandelten Skandal und seine Protagonist*innen im Sinne ihrer Medien aktualisieren, in welchem Ausmaß sie darüber hinausgehende Erinnerungsarbeit leisten und weitere, dem Hauptangeklagten zugeschriebene Skandale einbeziehen und inwiefern persönliche Bewertungen oder Meinungen in ihre Darstellungen einfließen.

Journalist*innen in digitalisierten Öffentlichkeiten: Feldverschiebungen und erinnernde Praxis

Wenn Skandale als moralisch aufgeladene Deutungskämpfe verstanden werden, in denen journalistische Akteur*innen Diskurshoheit beanspruchen und symbolisches Kapital aktualisieren (Burkhardt, 2025; Krakovsky, 2021), dann stellt sich im digitalen Zeitalter die Frage nach den Arenen dieser Aushandlung neu. Digitale Plattformen wie X (vormals Twitter) und Bluesky sind nicht bloß zusätzliche Verbreitungskanäle journalistischer Inhalte, sondern eigenständige Öffentlichkeiten mittlerer Reichweite, in denen professionelle Routinen, persönliche Performanz und feldinterne Positionsarbeit ineinandergreifen.

Die Transformation öffentlicher Kommunikation wurde

früh als Übergang zu einer integrierten Netzwerköffentlichkeit beschrieben und in Hinblick auf Journalismus aus mehreren Perspektiven beforcht. Die Auseinandersetzungen reichen von der Aushebelung der Gatekeeper Position professioneller Journalist*innen und Medien (Meraz & Papacharissi, 2016; Voss, 2019) über Potenziale wie Hürden für Public Journalism (Borger et al, 2013; Allan & Hintz, 2019; Domingo, 2019) und die damit einhergehenden Herausforderungen des Fact Checkings (Allan, 2016) bis eben zum Grenzgang zwischen professionellem Journalismus und Performanz als Privatperson (Hermida, 2012; 2016; Steenson, 2016). Ein vollständiger Forschungsüberblick kann hier nicht geleistet werden.

Mit Blick auf die Veränderungen der Rollenbilder im Journalismus bedingt durch die Präsenz in Social Media konstatierte Alfred Hermida für Twitter und die US Nutzer*innen „The resulting amalgam of fact, comment, experience and emotion rubs up against the established journalistic practice of separating reporting from opinion and commentry“ (Hermida, 2016, S. 85). Unter Bezugnahme auf Richard Sennets Analyse der erfolgreichen Entwicklung von Fernsehen und dem Aufbruch der Grenzen zum Privaten bis Persönlichen für Politiker*innen in *The Fall of the Public Man* zieht Steenson (2016) Analogien zu Journalist*innen und deren Repräsentation in Sozialen Medien. Der Blick ins Persönliche überblendet die Professionalität, die journalistische Identität wird unscharf. Auch für den deutschsprachigen Journalismus, insbesondere im Ressort Politik, bedeutet dies eine Verschiebung kommunikativer Figuren (Hepp & Hasebrink, 2017), in denen Journalist*innen nicht mehr ausschließlich als Vertreter*innen institutionell gebundener Redaktionen auftreten, sondern zugleich als individuell sichtbare Akteur*innen in (semi-) öffentlichen digitalen Räumen agieren (Nuernbergk & Schmidt, 2020). Eine Entwicklung, deren Relevanz durch die aktuellen Zahlen des Reuters Institute *Digital News Reports 2025* neuerlich untermauert wird: Nachrichtenkonsum erfolgt in ansteigendem Maße, insbesondere bei jüngeren Generationen über Soziale Medien (Gadringer et al., 2025).

Einen konzeptionellen Zugriff auf diese Hybridisierung journalistischer Identität liefern Claudia Mellado und Alfred Hermida (2022). Sie beschreiben „soziale Medien“ als Räume, in denen Journalist*innen zugleich professionelle Repräsentant*innen ihrer Medienhäuser und eigenständige Markenakteur*innen sind. Unter Rückgriff auf Pierre Bourdieu (1983, 1997) lassen sich digitale Plattformen als Arenen der Kapitalakkumulation begreifen. Sichtbarkeit, Reichweite und Authentizität fungieren als symbolisches und soziales Kapital, das innerhalb des journalistischen Feldes in Reputation und Einfluss transformiert werden kann. Die von Mellado und Hermida vorgeschlagene Differenzierung zwischen *professional*, *personal*, *publisher* und *product* macht analytisch greifbar, in welchem Spannungsfeld sich journalistische Kommunikation auf Plattformen bewegt. Für die hier interessierende Fragestellung ist diese Perspektive insofern anschlussfähig, als sie erlaubt, digitale

Beiträge österreichischer Politikjournalist*innen zur rechtskräftigen Verurteilung von Grasser im März 2025 als Ausdruck einer spezifischen Feldpositionierung zu lesen. Die erinnernde Bezugnahme auf frühere Affären, auf moralische Fallhöhe oder auf institutionelle Verantwortung ist demnach nicht allein Informationsleistung, sondern zugleich symbolische Praxis.

Das österreichische Medienfeld als strukturierte digitale Öffentlichkeit

Empirische Studien zur österreichischen Twittersphäre zeigen, dass digitale politische Kommunikation auch hier nicht als egalitäre Gegenöffentlichkeit zu begreifen ist, sondern als elitär strukturierter Resonanzraum. Armin Ausserhofer und Axel Maireder (2013) weisen nach, dass politische Diskurse auf Twitter maßgeblich von Journalist*innen, politischen Eliten und Expert*innen geprägt werden. Die Plattform reproduziert damit zentrale Strukturmerkmale des bestehenden politischen und medialen Feldes. Weitere Analysen verweisen auf klar erkennbare Teilöffentlichkeiten und Clusterbildungen innerhalb der österreichischen Twittersphäre (Schlögl & Maireder, 2014). Für ein vergleichsweise kleines und eng vernetztes Mediensystem wie jenes Österreichs bedeutet dies, dass symbolisches Kapital – Sichtbarkeit, Anerkennung, Anschlussfähigkeit – eine besondere Rolle spielt. Digitale Öffentlichkeiten fungieren somit als Räume verdichteter Feldinteraktion, in denen journalistische Akteur*innen ihre Position gegenüber Kolleg*innen, politischen Eliten und Publikum performativ markieren.

Phoebe Maeres, Fabienne Lind und Esther Greussig (2021) zeigen in Anlehnung an Bourdieus Kapitaltheorie, dass auch journalistische Vernetzungspraktiken auf Twitter stark feldlogisch geprägt sind. Auf Basis der Kommunikation von 356 österreichischen Journalist*innen weisen sie homophile, insbesondere männlich dominierte Netzwerkstrukturen nach. Soziale Anerkennung fungiert dabei als zentrales Kapital, um das vor allem statushohe Akteur*innen konkurrieren, während Jungjournalist*innen gezielt um Sichtbarkeit im bestehenden Gefüge bemüht sind.

Auch für die parteipolitische Kommunikation bestätigt sich diese Asymmetrie. Am Beispiel des Nationalratswahlkampfes 2017 kann gezeigt werden, dass vor allem große Parteien über ihre Twitter-Accounts die mediale Agenda beeinflussen konnten, während kleinere Akteur*innen deutlich weniger Resonanz erzielten (Seethaler & Melischek, 2019). Umgekehrt blieb der Rückbezug auf mediale Themen begrenzt; eine Ausnahme bildeten die personalisierten Accounts von Spitzenkandidat*innen, insbesondere jener von Sebastian Kurz, die als eigenständige Impulsgeber im digitalen Resonanzraum fungierten.

Untersuchungen zur journalistischen Nutzung von Twitter im Kontext politischer Skandale zeigen zudem, dass Beiträge überwiegend informationsorientiert bleiben, jedoch situativ Personalisierungen und Verantwortungszuschreibungen enthalten (Eder, 2023). Auch hier wird

deutlich, dass professionelle Normorientierung und personale Positionierung keine Gegensätze darstellen, sondern graduell verschränkt sind. Gerade in skandalisierten Zusammenhängen kann erinnernde Kontextualisierung mit moralischer Bewertung einhergehen, ohne die professionelle Rolle vollständig zu verlassen.

Forschungsfragen, Materialsammlung und Studiendesign

Ziel der Analyse war es, die innerhalb der Social-Media-Kanäle X und Bluesky erfolgende Darstellung und Bewertung des finalen Aktes der BUWOG-Affäre und der daran beteiligten Hauptperson Grasser durch Politikjournalist*innen in Österreich zu beleuchten und innerhalb des von Mellado und Hermida (2022) beschriebenen Spannungsfeldes von professionellem Arbeiten und persönlichen Interessen zu verorten. Insbesondere in Österreich gelten X und Bluesky – wie bereits ausgeführt – als relevante Kanäle für den Diskurs einer kleinen journalistischen Elite, die von einem interessierten Publikum mitverfolgt wird.

Untersuchungsmaterial waren die Posts der Chefredakteur*innen, der Stellvertreter*innen sowie der für das Ressort Innenpolitik tätigen Journalist*innen in den zwölf überregional erscheinenden Tageszeitungen (print und online), der den politischen Diskurs in Österreich maßgeblich bestimmenden Wochenzeitschriften sowie der Nachrichtensendungen, der mit Österreich Fokus produzierenden TV-Sender.

Die Materialsammlung stellte sich als Herausforderung dar, da die von der Österreichischen Presseagentur (APA) erstellte Dokumentation, die über Aktivität und Reichweite der Journalist*innen auf der ehemaligen Plattform Twitter Auskunft gab, im Februar 2023 eingestellt wurde. Infolgedessen wurde zunächst eine Liste von österreichischen politischen Journalist*innen basierend auf deren Namensnennung im „Journalisten, Medien & PR-Index“ des Jahres 2025, generiert. In Summe umfasste diese Liste 182 Personen aus den (über)regionalen österreichischen Tageszeitungen¹, Wochenzeitschriften² wie Nachrichtensendungen³. Berücksichtigt wurden Posts auf den digitalen Kommunikationsplattformen X und Bluesky, die zum Zeitpunkt der Debatte von österreichischen Journalist*innen zentral genutzt werden.

Der nächste Schritt bestand darin die generelle Aktivität wie das vorhandene Material zu recherchieren. Da die Gesuchten mit Klarnamen auftreten, gelang die Recherche mittels Suchfunktion der Plattformen. Innerhalb der Liste der die digitale Öffentlichkeit auf X und Bluesky nutzenden Redakteur*innen wurden schließlich die Posts und Reposts im Untersuchungszeitraum 18.3. bis 2.4.2025 extrahiert. Der Beobachtungszeitraum umfasst die beiden Wochen rund um den finalen Urteilsspruch für Hauptangeklagten Grasser am 25.3.2025. Die Posts innerhalb des Untersuchungszeitraums wurden manuell extrahiert und mittels des Programms MAXQDA

inhaltsanalytisch ausgewertet. Bilder, Videos wurden nicht in den Korpus einbezogen, nonverbaler Content (Emoticons etc.) sollten Gegenstand der Analyse sein.

Mittels qualitativer Inhaltsanalyse wurden schließlich 141 Posts ausgewertet. Der qualitative Ansatz erlaubt es die Struktur des medialen Erinnerns an den Skandal, den Hauptbeschuldigten ehemaligen Finanzminister wie die weiteren Beteiligten zu ermitteln. Die Studie orientiert sich am von Mayring (2010, 2019) beschriebenen Vorgehen der Strukturierung. Demzufolge ist das Ziel die latenten Sinngehalte im untersuchten Material herauszufiltern, davon ausgehend Strukturen der Verhandlung zu erkennen und in Hinblick auf das Erkenntnisinteresse einzuschätzen.

Ergebnisse

Von den 182 Journalist*innen, die laut Presse- und Medienindex 2024 als Chefredakteur*innen bzw. stv. Chefredakteur*innen sowie Journalist*innen im Ressort (Innen-) Politik in allen österreichischen Tageszeitungen bzw. den Magazinen *Datum*, *Profil* und *Falter* sowie ATV, *Puls4*, *Servus TV* und ORF tätig sind, nutzen zum Zeitpunkt der Untersuchung (Sommer 2025) 75 die Plattformen X oder Bluesky. Das Nutzungsprofil ist dabei nicht zwingend aktiv. Im Untersuchungszeitraum von 18.3. bis 2.4.2025 posteten 28 Journalist*innen oder rund 22% der Politikjournalist*innen und (stv.) Chefredakteur*innen in Österreich auf X oder Bluesky zur Causa Grasser.

Die Kommentierung der Causa Grasser (siehe Tabelle 1) in den untersuchten digitalen Öffentlichkeiten wird deutlich von Journalist*innen aus Qualitätsmedien dominiert. Qualitätsmedien sind hier, orientiert an der Inhaltsforschung zum Qualitätsbegriff, gekennzeichnet durch die Merkmale Richtigkeit, Transparenz, Vielfalt, Aktualität, Relevanz Verständlichkeit und Unabhängigkeit in der Berichterstattung (Prochazka, 2025; Hasebrinck, Beaufort & Oemer Pedrazzi 2021, Kaltenbrunner et.al 2018). Am österreichischen Printmedienmarkt erfüllen *Der Standard*, *Kurier*, *Falter*, *Profil* und *Datum* diese Kriterien. Hinzu kommen Vertreter*innen von Bundesländer-Zeitungen, die in Hinblick auf den journalistischen Anspruch den Qualitätsmedien entsprechen, einen redaktionellen Fokus aber auf ihre Hauptverbreitungsgebiete legen, wo sie auch eine führende Rolle einnehmen (Vyslozil & Wippersberg, 2025). Konkret handelt es sich hier um *Tiroler Tageszeitung*, *Kleine Zeitung* und *Die Neue Vorarlberg*. Der Boulevard, gekennzeichnet durch einen verkürzenden, emotionalen, meinungsbetonten und stark bildlastigen Inhalt (Magin, 2022; Magin & Stark, 2015), ist mit Ausnahme einer Journalistin von *Österreich* kaum vertreten. Weder *Kronen Zeitung* noch *Heute* beteiligen sich am Diskurs.

Im Rundfunk zeigen sich vor allem Journalist*innen des ORF (vier Akteur*innen) sowie von Puls 4 (zwei Akteur*innen) aktiv. Insgesamt umfasst das Sample 141 Text-Posts. Die Aktivität konzentriert sich stark auf wenige Personen, allen voran Florian Klenk (*Falter*), gefolgt von Stefan Melchiar (*Profil*) und Armin Wolf (ORF); der Großteil der Journalist*innen veröffentlicht hingegen nur ein bis drei Beiträge.

1 *Kurier*, *Kronen Zeitung*, *Der Standard*, *Die Presse*, *Kleine Zeitung*, *Oberösterreichische Nachrichten*, *Salzburger Nachrichten*, *Tiroler Tageszeitung*, *Vorarlberger Nachrichten*, *Heute*, *Österreich* und *Neue Vorarlberger Tageszeitung*

2 *Profil*, *News*, *Datum* und *Falter*

3 ORF, ATV, *ProSiebenSat1* *Puls 4* und *Servus TV*

	Tages- zeitungen		Wochen- zeitungen		Monats- magazine		TV		Gesamt	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
Journalist*innen in Qualitätsmedien	6	21,4	8	28,6	2	7,1	6	21,4	22	78,6
Posts in Qualitätsmedien	8	5,7	79	56	4	2,8	32	22,7	123	87,2
Journalist*innen in Bundesländer- zeitungen	5	17,9	0	0	0	0	0	0	5	17,9
Posts in Bundesländerzeitungen	15	10,6	0	0	0	0	0	0	15	10,6
Journalist*innen in Boulevard	1	3,6	0	0	0	0	0	0	1	3,6
Posts im Boulevard	3	2,1	0	0	0	0	0	0	3	2,1

Tab. 1: Anzahl und Anteil der Journalist*innen (n=28) sowie ihrer Beiträge (n=141) zur Causa Grasser auf X und Bluesky.

Das Untersuchungsmaterial beinhaltet 43 Reposts – also die Weiterleitung von Beiträgen anderer im digitalen Kommunikationsraum. Die Reposts erfolgen teilweise unkommentiert und dienen auf diesem Weg wohl der Verstärkung und Weiterverbreitung der Botschaft. Bei Nicht-Kommentierung kann von einer impliziten Unterstreichung bzw. Unterstützung der Inhalte ausgegangen werden. Teilweise wurden diese Reposts mit kurzen einleitenden, den von anderen Personen geposteten Inhalt empfehlenden bzw. bestärkenden Kommentaren in den Raum gestellt. So schreibt etwa der ORF Journalist Armin Wolf zu Beginn eines Reposts:

„Der FALTER hat ein ziemlich unglaubliches Video von @klenkflorian.bsky.social mit dem Lobbyisten und Grasser-Komplizen Peter Hochegger, der im Detail beschreibt, wie er vor gut 20 Jahren u.a. für die Telekom Politiker bestochen hat. Was für ein Sittenbild.“

(Wolf, 2025a)

Negative Bewertungen der Reposts sind im Untersuchungsmaterial lediglich einmal vorhanden. Mit Verweis auf einen Bericht in der *Presse* kritisiert Martin Thür sowohl die PR-Strategie der Verteidigung als auch deren journalistische Aufbereitung.

„Ich frage mich schon: Warum fällt das gerade jetzt erst auf? Und warum spielen das die Verteidiger jetzt an die Medien? Wilder deus ex machina.“

(Thür, 2025)

Wenn auf X oder Bluesky kommuniziert wird, dann handelt es sich überwiegend um Eigenposts: 98-mal respektive bei rund $\frac{2}{3}$ der Einträge veröffentlichten die Journalist*innen aus der Untersuchungsgruppe selbst erstellte Inhalte. Die Inhalte dieser Eigenposts infolge auch der Reposts wurden auf der Folie der Leitfragen dieser Untersuchung ausgewertet.

Hinweise auf journalistische Veröffentlichungen in eigenen und anderen Medienkanälen

Die Ergebnisse lassen zunächst eine überwiegende Nutzung der beiden Kanäle zur Generierung von Aufmerksamkeit für Arbeiten von Kolleg*innen aus dem eigenen Medienhaus sowie auch für eigene journalistische Arbeiten erkennen. Von den insgesamt 141 Posts dienen 46 oder rund 33% der Einträge dem Hinweis auf journalistische Arbeiten von Kolleg*innen aus dem eigenen Medienunternehmen. Weitere 31 oder rund 22% der Posts zielen auf die Hervorhebung eigener journalistischer Beiträge ab. Ein geringerer Anteil von 10 und damit 7% der Posts lenkt den Blick auf informativen Content aus anderen Medienhäusern. So verweist etwa *Puls4* Journalist Thomas Mohr mit folgenden Worten auf einen *Puls4* Beitrag zur BUWOG-Affäre am Vorabend der Verhandlung:

„Die@manuraidl.bsky.social hat dereinst die BUWOG-Affäre aufgedröselte. Nur damit niemand morgen sagt, wiewowas.“

(Mohr, 2025a)

Mit gezielten Adressierungen an das Publikum – Hinweise auf journalistische Arbeiten, die die Causa nochmal erklären bzw. die Person Grasser erinnern, Ratschläge für Content, der das Publikum gut vorbereitet bzw. schlauer macht – wird auf journalistische Inhalte aufmerksam gemacht. Unter Einsatz der persönlichen Glaubwürdigkeit sprechen die Journalist*innen Empfehlungen zur weiteren Rezeption von Medienangeboten aus dem Stammhaus aus. Wenn die redaktionelle Arbeit selbst geleistet wurde, klingt der Tenor und der appellative Charakter an das digitale Publikum nur geringfügig anders. So stellt etwa Stefan Melichar dem Link zu seinem Podcast folgende Botschaft voran:

„Unser @profil.at Investigativpodcast „nicht zu fassen“ geht in die 5. Staffel – aus aktuellem Anlass: „Grasser“. Es ist eigentlich noch immer unglaublich. Der @josefredl.bsky.social und ich haben beim Aufnehmen sogar die Zeit übersehen.“

(Melichar, 2025a)

Analog zu den Hinweisen von Content aus der Kolleg*innenschaft wird auch hier eine Empfehlung ausgesprochen, angereichert in diesem Fall durch Einblicke hinter die Kulissen des eigenen Tuns bzw. einer erkennbaren persönlichen Wertung. Die eigene Empfindung bei seiner Arbeit lässt auch Falter Chefredakteur Florian Klenk in der Ankündigung seines Interviews erkennen:

„Es gibt wenige Interviews, die mich so berührt haben wie dieses mit Peter Hochegger. Er erzählt nicht nur darüber wie er die Republik und Grasser geschmiert hat, sondern auch wie er seine Zeit im Gefängnis verbracht hat.“

(Klenk, 2025a)

Auch wenn es um Meinungsbeiträge geht, wird die Follower*innenschaft im digitalen Raum neugierig gemacht, aber eben nicht zu viel verraten. So kündigt Isabelle Daniel ihr Kommentar auf oe24.at mit folgenden Worten an:

„Warum ich finde, dass Grasser möglichst rasch eine Fußfessel bekommen sollte. (Mir ist klar, dass das hier eine Minderheitenmeinung ist).“

(Daniel, 2025)

Wie oben bereits ersichtlich, wird auf journalistischen Content aus einem anderen Medienhaus seltener, aber dennoch aufmerksam gemacht. So schreibt etwa Georg Renner, zum Zeitpunkt der Untersuchung für die Vorarlberger Tageszeitung *Die Neue* tätig:

„Dem @florianklenk sein Gespräch mit Peter Hochegger gehört ins Haus der Geschichte.“

(Renner, 2025)

Darunter wird ein Ausschnitt aus dem Printbeitrag gepostet. Auch *Puls4* Redakteur Thomas Mohr lenkt den Fokus auf besondere Beiträge aus der Kolleg*innenschaft anderer Medienhäuser durch Hervorhebung von Passagen:

„Geld war mir immer sekundär.“ „Meine größte Motivation, war die Allianz mit der Bevölkerung.“ „Ich bin dankbar dafür, dass ich diesen Beitrag leisten durfte. Gott sei Dank ist mir das für unser Vaterland gelungen.“ (Karl-Heinz Grasser) www.derstandard.at/story/300000...

(Mohr, 2025b)

Zur Verstärkung von Empfehlungen werden nicht nur Eigenposts veröffentlicht, sondern erfolgen auch Reposts. So streut beispielsweise der ORF Journalist Martin Thür ohne Ergänzung die beschriebene Empfehlung von Georg Renner an seine Community weiter. Auch Ankündigungen aus dem Umfeld der Unternehmenskommunikation der Medienhäuser werden weiterverwendet. So übernimmt stv. Chefredakteurin der Tageszeitung *Der Standard* Nana Siebert ebenso wie Chefredakteur Gerold Riedmann die hauseigene Ankündigung:

„Die famose Renate Graber hat heute den ganzen Tag livegetickert, danach einen fast einstündigen Podcast eingesprochen und so nebenbei noch das hier abgeliefert www.derstandard.at/story/300000...“

(Siebert, 2025; Riedmann, 2025)

Journalistische Leistungen auf X und Bluesky: Fakten und Kontexte bzw. Erinnern

Fragt man nach der professionellen Rolle der Journalist*innen in Social Media, dann stellt sich die Frage nach journalistischen Leistungen, die auf diesen beiden Kanälen erkennbar sind. Feststellbar ist, dass die Kanäle von einzelnen Journalist*innen durchaus zur Bereitstellung von aktuellen und schnellen Informationen genutzt wurden. Insgesamt 44 Beiträge und damit 31% der Posts konnten dieses Merkmal aufweisen. Die Möglichkeit direkt aus dem Verhandlungssaal zu posten und deren Verlauf zu beschreiben bzw. diese Infos von Kolleg*innen aus demselben Medienunternehmen zu reposten wurde von mehreren Journalist*innen genutzt. Sowohl Thomas Mohr von *Puls4* verwies auf den Liveblog im Haus, ebenso wie das *Profil*-Journalist*innenduo Josef Redl und Anna Thalhammer vor Ort waren und ihre Follower*innenschaft auf dem Laufenden hielten. Renate Grabners Live-Ticker wurde seitens *Der Standard*-Kolleg*innen in der Twitter- und Blueskysphäre gleichermaßen beworben, wie Michael Jungwirth von der *Kleinen Zeitung* Verhandlungsergebnisse nach Außen sendete und gleichzeitig auf die nächste Printausgabe verwies. Den sicher umfangreichsten Content in Form vieler kleiner Posts zur Situation, zu Aussagen, zur Stimmung im Saal, unterfüttert mit Bildern aus dem Verhandlungsgebäude bzw. -saal leistet Florian Klenk von der Wochenzeitung *Der Falter*. Mit einem knappen OGH kommuniziert ORF Journalist Armin Wolf das von *Standard*-Redakteurin Renate Grabner kommunizierte Urteil weiter.

Journalistische Arbeit bedeutet jedoch nicht nur die Bereitstellung von Information und Fakten, sondern auch Kontextualisierung. Insbesondere im vorliegenden Skandalfall bedarf es der Erklärung der gleichermaßen langen wie länger zurückliegenden Fallgeschichte und deren Tragweite. Der Blick zurück und damit mediales Erinnern ist hier gefordert. Kontextualisierung bzw. Erinnern stellt innerhalb des kompakten Umfangs der Posts und angesichts der langen und detailreichen Geschichte freilich eine Herausforderung dar. Die kurz gehaltenen Posts ermöglichen keine detailreichen Erklärungen, sondern erlauben nur Stichworte, die dann in anderen Medienkanälen und -formaten erklärt werden. Thomas Mohr macht dies in dem er an einen *Standard* Chat von Grasser vor 24 Jahren erinnert. Er repostet auch den Content des Kabarettisten und Kolumnisten Florian Scheuba und damit Zitate des damals erfolgreichen und beliebten Finanzministers:

„Eines Tages wird meine Leistung für das Land noch gewürdigt werden. (Karl-Heinz Grasser).“

(Mohr, 2025c)

Aussagen, die auf der Folie der mittlerweile bekannten Fakten die Glaubwürdigkeit des ehemaligen Finanzministers nochmals konterkarieren und angesichts der vorangestellten Kommentare auch wie Satire anmuten.

Die Strategie auf weitere – hier auch selbst erarbeitet – Formate, die Zusammenhänge erklären, hinzuweisen, verfolgt *Profil* Redakteur Stefan Melchiar:

„Auch „zu jung“ um sich an Finanzminister Karl-Heinz Grasser zu erinnern? Oder Auffrischung in Sachen Buwog und Buberlpartie gefällig? Dann lohnt es sich, @stefanmelchiar.bsky.social und @josefredl.bsky.social vor dem Prozessfinale zuzuhören.“

(Melchiar, 2025b)

Stichworte wie Buberlpartie, Buwog und Finanzminister Grasser geben hier erste Hinweise auf die Protagonisten und die Ereignisgeschichte zur Causa.

Besonders wortgewandt geht *Falter*-Redakteur Armin Thurnher dem medialen Erinnern nach. Seine „Limericks von Tante Elfi“ von Tante Elfi, seine in Reimform gefassten, satirischen Kommentare zu Karl-Heinz Grasser nehmen eine besondere Stellung ein. Auf Bluesky kompakt abgedruckt, in der Printversion umfangreicher, memorieren sie frühere Aussagen von Grasser in der Öffentlichkeit:

„KHG II: Lob des Hohns. Niemand reichte das Wasser dem Grasser. War zu schön und zu klug für die Hasser! Wobei – deren Hohn wirkte strafmildernd schon, kürzt die Zeit ihm bei Brot und bei Wasser. (...) (der OGH halbierte KHG's Strafe, weil er viel Hohn habe erdulden müssen).“

(Thurnher, 2025a)

In diesem Gedicht erinnert Thurnher an das aufmerksamkeitsgenerierende öffentliche Verlesen eines Fanbriefs an Grasser durch den Adressaten selbst. Berühmt und vielzitiert wurde die Passage „Sie sind zu jung, zu intelligent, zu gut ausgebildet und zu schön“, die Grasser im Rahmen einer ORF-Diskussionsrunde im Jahr 2011 (ORF Im Zentrum, 2011) vortrug. Ein Verweis, der – für Satire kennzeichnend – nur von Publikum, dass sich an die Ereignisgeschichte erinnert, verstanden werden kann. Wenngleich er auf das finale Urteil Bezug nimmt, gibt es keine nähere Einordnung des Urteilsspruchs. Analog dazu verhält es sich mit dem „Limerick“ vom 25.3.2025, der die finale Verhandlung ankündigt und eine Vermutung hinsichtlich des Urteils äußert:

„Nun sitzt er bald ein. Ich möchte nicht Grasser sein. Nicht einmal mehr ein Grasser-Nur-Hasser.“

(Thurnher, 2025b)

Faktenzentriert ist der Post von ORF Redakteur Armin Wolf am Tag des Urteilsspruchs. Er informiert seine Follower*innen sehr konkret:

„Wenn ich richtig erinnere, ist Grasser der erste Politiker der wg. eines Verbrechens als Minister ins Gefängnis muss. Ex-Innenminister Olah

wurde 1971 zu 1 Jahr Haft wg. Untreue als ÖGB-Präsident verurteilt. Ex-Innenminister Strasser 2014 zu 1 Jahr Haft wg. Bestechlichkeit als EU-Abgeordneter.“

(Wolf, 2025b)

Und weiter:

„Sowohl Olah als auch Strasser (3 Jahre, davon 1 Jahr unbedingt) saßen ihre Strafen ab. Grasser wurde heute zu 4 Jahren Haft verurteilt, er könnte frühestens nach 2 Jahren vorzeitig entlassen werden. Er kann noch zum Europ. Gerichtshof für Menschenrechte gehen, hätte aber keine aufschiebende Wirkung.“

(Wolf, 2025c)

Mit dieser Information wird das Ergebnis der Verhandlung in einen historischen Vergleich einbezogen und damit in seiner Dimension eingeordnet. Wolf leistet folglich Kontextualisierung auch in diesem kurzen Format. Dem folgt mit einem Repost ein Verweis auf eine „#ECO Spezial“-Sendung zur Causa BUWOG auf ORF 2.

Eine historische Einordnung und damit Erklärung wie gleichermaßen Bewertung der Dimension des Falles leistet Florian Klenk:

„23 Jahre nach der Tat und 9 Jahre nach der Anklage eine lange Haftstrafe aussprechen. Ist das noch gerecht? [...]“

(Klenk, 2025b)

Wenngleich es an konkreten Informationen fehlt, attribuiert *Profil* Chefredakteurin Anna Thalhammer die Causa für ihre Community:

„Ich weiß ihr seid alle blutjung und manche können sich nicht erinnern. Aber dieser Fall ist schillernd und erlebt die nächsten Tage einen Showdown.“

(Thalhammer, 2025a)

Mit schillernd verweist sie auf die ehemals strahlende Inszenierung des jungen und Society affinen Finanzministers. Wohl liegt hier ein impliziter Verweis vor, der nur von Kenner*innen der Causa auch verstanden werden kann. Dem so generierten Interesse folgt schließlich der Verweis auf die Podcasts der *Profil*-Journalist*innen Melchiar und Redl:

„Kaum ein Skandal hat Österreichs Medienlandschaft derart in Atem gehalten, wie die Buwog-Privatisierung. Wie die Medien die Affäre ins Rollen brachten. Von @stefanmelchiar.bsky.social und @josefredl.bsky.social.“

(Thalhammer, 2025b)

Kommentierung der Ereignisse als professionelle Beobachter*innen

Während die Bereitstellung von Fakten und Erklärung von historischen Zusammenhängen nur begrenzt geleistet wird, stellt sich folglich die Frage nach der Kommentierung der Ereignisse und damit der persönlichen Einordnung in ihrer professionellen Rolle als Beobachter*innen der Causa. Immerhin 20 oder 14% der Posts sind dieser Kategorie zuzuordnen.

Die Kommentare beziehen sich auf Justiz und Rechtsstaatlichkeit generell: So geht etwa *Falter*-Redakteur Armin Thurnher auf das Thema Rechtsstaat und dessen Rechtmässigkeit an sich geht ein:

„Zu Grasser: Es ist gut, dass wir in einem Rechtsstaat leben. Nicht überstreng. Aber gerecht.“

(Thurnher, 2025c)

Auch *Falter*-Chefredakteur Florian Klenk erinnert an die Idee hinter Gerichtsverfahren:

„Jetzt beginnt Grassers Strafvollzug und somit die ‚Resozialisierung‘. Der Strafvollzug ist zu Recht nicht öffentlich – das war im Mittelalter so. Wir sollten das alle respektieren und jetzt nicht die Speisekarte recherchieren und die Haftanstalt stalken. Der Rechtsfrieden ist hergestellt.“

(Klenk, 2025c)

Zweifelsohne spricht er hier ein mahnendes Wort an die Medien gleichermaßen aus wie auch an seine nicht journalistische Community.

In größerem Umfang kommentieren die Journalist*innen das Gerichtsverfahren und die Jurist*innen darin. Jurist und *Falter* Redakteur Florian Klenk liefert – wie bereits beschrieben – eine Reportage aus dem Gerichtssaal. Dabei bewertet er die Aktivitäten der Beteiligten wie folgt. Er attestiert der Richterin im Hauptverfahren und eine vorbildliche Verfahrensführung. Die Versuche der Verteidigung Richterin Marion Hochegger Befangenheit zuzuschreiben, kommentiert Klenk abschlägig und irritiert. Eine Einschätzung, die Michael Jungwirth von der *Kleinen Zeitung* relativiert. Er bezeichnet die Urteilsverkündung der Richterin als „ungewohnt scharf.“ Den Vorwurf der politisch motivierten Anzeigen gegen Grasser durch seinen Rechtsanwalt Manfred Ainedter, ebenso wie dessen Vergleich der Causa mit einer griechischen Tragödie, in der der Hauptverdächtige „unschuldig, schuldig“ (Klenk, 2025d) sei, gibt Klenk ohne weitere Erklärung an seine Leser*innenschaft weiter. Der Bewertung seiner Community allein überlässt Klenk auch die Aussage Ainedters, dass „kein Amtsgeschäft“ (ebd.) und „kein Vermögensschaden“ (ebd.) für die Republik vorliege. Eine angesichts des Umstands, des sehr günstigen Verkaufs von Staatseigentum an ein Privatkonsortium, sehr gewagtes Statement. Eine Aussage, die freilich ohne Kontextwissen schwer einordenbar erscheint. Kritisch bewertet auch ORF Redakteur Martin Thür die Litigation PR der Verteidigung. Eher verschmitzt kommentiert *Falter*-Journa-

list Jürgen Klatzer die Aussagen bzw. die Leistung des Rechtsanwaltes von Grasser in der *Kronenzeitung*:

„Manfred Ainedter ist bestimmt ein guter Rechtsanwalt und hat Karl-Heinz Grasser vor einer strengen Strafe bewahrt. Aber getröstet will man von ihm nicht werden.“

(Klatzer, 2025)

Dieser Einleitung folgt ein Auszug aus dem Beitrag auf *krone.at* in der Grasser mit der Reduktion von acht auf vier Jahre und der Perspektive auf ein „Leben nach dem Tod“ (ebd.) Mut zuspricht.

Nach der Kommentierung der juristischen Beteiligten im Prozess, folgt die Einschätzung des Urteils und dessen Gewicht: Fritz Dittlbacher bewertet das Urteil gegen den ehemaligen Finanzminister der Republik als „historisches Ereignis“ (Dittlbacher, 2025). Dieser Meinung schließt sich auch Philipp Wilhelmer vom *Kurier* mit einem „Wow. Grasser muss für vier Jahre in Haft.“ (Wilhelmer, 2025) an. Über die korrekte Berechnung der geforderten Rückerstattung für die Verkaufs-Provision, die Grasser erhalten hat, denkt Armin Wolf in seinen Posts nach. *Kleine Zeitung* Redakteur Simon Rosner bewertet das Resultat der Verhandlung generell kritisch:

„Warum ist der Unterschied im Strafausmaß zwischen Gestehen (Hochegger) und Nicht-Gestehen (die anderen) so gering? Oder ist das in der Welt der Gerichte eh nicht gering?“

(Rosner, 2025)

Diese Frage bezieht sich auf das Urteil, dass dreieinhalb Jahre für Walter Meischberger, vier Jahre für Grasser und 3 Jahre bedingt für den geständigen Peter Hochegger. Anders dagegen Isabelle Daniel, die ihr Plädoyer für Grasser mit Fußfessel und dessen Recht statt Rache auf *oe.24* – obenstehend bereits zitiert – ankündigt. Einen ähnlichen Blick lässt auch die Einschätzung von *Falter* Chefredakteur Florian Klenk erkennen:

„Ich gebe zu, ich bin als einer jener, der Grassers Taten genau kennt, nicht sicher, ob es da in Zukunft nicht andere Sanktionen braucht (soziale Arbeit, enorme Geldstrafen, Fußfessel).“

(Klenk, 2025b)

Letztendlich beinhalten die Kommentare auch Bewertungen bzw. mediales Erinnern an die Verurteilten: *Datum* Redakteurin Elisalex Henckel rekurriert auf ein Interview von Florian Scheuba, dass dieser 2009 mit Wolfgang Schüssel u.a. über das politische Talent Grasser führte:

„Ob Schüssel heute noch immer von einem ausgezeichneten Finanzminister Grasser spricht?“

(Henckel, 2025)

Zweifel am Charakter der Skandalisierten äußert auch Michael Jungwirth mit der Frage, ob Grasser & Co die Strafe wirklich antreten werden:

„Oder wird sich jemand durch Flucht dem Straf-
antritt entziehen? Die Herrn sind ja so uneinsich-
tig, dass ich mit allem rechne...“

(Jungwirth, 2025b)

Das Interview von Florian Klenk mit einem der Hauptbeschuldigten Peter Hochegger, wird von sowohl von *Die Neue* Redakteur Georg Renner als Lehrstück für das politische Erinnern als auch von ORF Redakteur Armin Thurnher als „Sittenbild der Republik“ (Wolf, 2025a) bezeichnet. Dieses Interview wird von weiteren der Beteiligten in der digitalen Öffentlichkeit als relevant und lesenswert erachtet. An die Person Peter Hochegger wird nur damit erinnert, Walter Meischberger erfährt in den untersuchten Posts abseits der Urteilsverkündung keine Erwähnung. Wenngleich die Formulierung „Buberlpartie“ (Melchiar, 2025b) erfolgt, gibt es keine konkretere Erklärung zu den damit gemeinten Akteur*innen. Grasser wird überwiegend als Finanzminister mit Fehlverhalten erinnert. Lediglich Armin Thurnher rekurriert an seine Eitelkeit und mit der Bezeichnung „schillernd“ (Thurnher, 2025a) wohl auch Anna Thalhammer. Details dazu sind aber nicht nachlesbar. Grasser selbst wird vor allem das Fehlverhalten als Justizminister angelastet und damit seine öffentliche Rolle kritisiert.

Conclusio

Die vorliegende Untersuchung hat gezeigt, dass die digitale Reaktion österreichischer politischer Journalist*innen auf das rechtskräftige Urteil in der Causa BUWOG weit mehr darstellt als eine spontane Kommentierung eines aktuellen Ereignisses. Die Beiträge auf X und Bluesky sind vielmehr Ausdruck einer komplexen erinnernden Praxis, die professionelles Selbstverständnis, feldinterne Positionierung und den Umgang mit einem über Jahre hinweg kollektiv verhandelten Skandal miteinander verschränkt. Die zentrale Forschungsfrage – Wie erinnern österreichische politische Journalist*innen den BUWOG-Skandal und Karl-Heinz Grasser in den digitalen Öffentlichkeiten während der finalen Urteilsverkündung? – lässt sich vor diesem Hintergrund präzise beantworten: Journalist*innen erinnern selektiv, normativ gerahmt und feldlogisch situiert; sie reaktivieren etablierte Deutungsmuster, aktualisieren moralische und politische Urteilshorizonte und nutzen digitale Öffentlichkeiten zugleich zur Bestätigung und Erweiterung ihres eigenen symbolischen Kapitals (Burkhardt, 2025; Bourdieu, 1983, 1997).

Zunächst machen die Befunde deutlich, dass digitale Öffentlichkeiten – entgegen ihrer theoretischen Anlage als offene Arenen – auch in Österreich stark elitär strukturiert sind (Ausserhofer & Maireder, 2013; Schlögl & Maireder, 2014). Auffällig ist dabei die Dominanz von Redakteur*innen etablierter Qualitätsmedien wie *Der Standard*, *Profil*, *Falter* und *Kleine Zeitung*. Diese mediale Elite konstruiert – im Sinne Burkhardts (2025) – die moralischen Koordinaten des Skandals und aktualisiert im Moment des Urteilspruchs jene symbolischen Grenzmarkierungen, die den BUWOG-Diskurs seit Jahren prägen. Dass Boulevardmedien, trotz ihrer Reichweite, de facto schweigen, verstärkt die These eines klar konturierten „Feldes der Erinnerung“, in dem digitale Kommunikation nicht Aus-

druck breiter Öffentlichkeit ist, sondern eine Binnenöffentlichkeit professioneller Akteur*innen widerspiegelt (Maares et al., 2021; Ausserhofer & Maireder, 2013).

Die Analyse der Postings zeigt zudem, dass journalistisches Erinnern in digitalen Räumen entlang dreier Modi erfolgt: Hinweisen, Einordnen und Bewerten. Hinweise auf eigene oder kollektive journalistische Arbeit bilden den größten Teil der Kommunikation. Diese Praxis verweist auf die Logik digitaler Sichtbarkeit, in der Journalist*innen das eigene Medienhaus als Ressource aktivieren und sich zugleich als kompetente Erinnerungsinstanzen positionieren. In Bourdieus Begrifflichkeit aktualisieren sie damit kulturelles und soziales Kapital (Bourdieu, 1983, 1997) – nicht nur durch inhaltliche Expertise, sondern auch durch die performative Demonstration redaktioneller Anschlussfähigkeit (Mellado & Hermida, 2022). Digitale Öffentlichkeiten dienen hier weniger dem Austausch mit dem Publikum als der gegenseitigen Bestätigung innerhalb des journalistischen Feldes (Maares et al., 2021).

Deutlich wird zugleich, dass die kurze Form des Postings keine ausführliche Rekapitulation des Skandals erlaubt. Erinnern erfolgt daher über Verdichtungssignale: Stichworte wie „Buberlpartie“, „schillernd“, historische Verweise oder ironisch zitierte Selbstaussagen Grassers erfüllen die Funktion medialer Chiffren, die kollektives Wissen voraussetzen und gleichzeitig affektiv wirken. Dieses Verfahren verweist auf die in der Theorie skizzierten „mittleren Öffentlichkeiten“ (Menke & Grittmann, 2022), in denen Erinnerungen aktualisiert werden, ohne vollständig erzählt werden zu müssen. Die digitale Kommunikation bestätigt damit Annahmen der kommunikationswissenschaftlichen Erinnerungsforschung: Erinnern ist selektiv, gegenwartsbezogen und anschlussfähig an etablierte Frames (Assmann & Wegner, 2020; Menke & Grittmann, 2022; Offerhaus & Trümper, 2022).

Dass journalistische Einordnung im engeren Sinn – also Kontextualisierung historischen Materials – nur vereinzelt stattfindet, verweist auf eine strukturelle Spannung digitaler Plattformen: Je knapper das Format, desto stärker wird die Verantwortung für vertiefende Einordnungen auf andere Medienkanäle ausgelagert (Hermida, 2012, 2016). Dennoch gelingt einigen Journalist*innen, insbesondere jenen mit hoher Reichweite und stark ausgeprägter persönlicher Marke (Mellado & Hermida, 2022), eine Verdichtung von Informationen und historischen Perspektiven. In solchen Fällen treten digitale Plattformen tatsächlich als Orte professioneller Einordnung hervor: Sie stellen die Urteilsdimension in historische Vergleichsrahmen, erinnern an die lange Dauer der Ermittlungen oder betonen die Bedeutung des Falls für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Bemerkenswert ist schließlich der Anteil wertender Kommentare. Rund 1/3 der Posts enthält persönliche Einschätzungen, normative Urteile oder mahnende Appelle. Diese Form der Kommentierung verweist auf die Hybridisierung journalistischer Identität, wie sie Mellado und Hermida (2022) beschrieben haben: Journalist*innen agieren gleichzeitig als professionelle Beobachter*innen und als eigenständige Markenakteur*innen, deren Stimme aufgrund persönlicher Reputation Gewicht besitzt. Wertungen betreffen sowohl die Rechtsstaatlichkeit und das Verfahren selbst als auch Charakterzuschreibungen an Grasser und die weiteren Beteiligten. Die moralische Fallhöhe, die den BUWOG-Skandal seit Jahren prägt (Burkhardt, 2025), wird damit digital erneut inszeniert und bestätigt.

Was bedeutet dies für das österreichische Medien- und Politikfeld? Zunächst lässt sich feststellen, dass Skandale und insbesondere langdauernde politische Korruptionsaffären in ihrer digitalen Re-Aktualisierung zur Selbstvergewisserung des journalistischen Feldes beitragen. In der kollektiven Kommentierung der Causa Grassner erneuert sich die normative Selbstbeschreibung eines unabhängigen, kritischen und rechtsstaatlich orientierten Journalismus. Gleichzeitig bleiben blinde Flecken bestehen: Der Fokus auf Grassner als Hauptfigur überlagert strukturelle Dimensionen politischer Korruption, und die Abwesenheit breiterer Mediensegmente verhindert eine pluralere öffentliche Erinnerung (Menke & Grittmann, 2022; Ausserhofer & Maireder, 2013). Das digitale Erinnern bleibt damit partiell – sowohl in seiner Reichweite als auch in seiner Perspektivenvielfalt. Diese Partialität betrifft auch die vorliegende Studie selbst: Die Beschränkung auf X und Bluesky blendet möglicherweise Plattformen aus, auf denen

weniger sichtbare journalistische Stimmen aktiv sind, und die qualitative Auswertung erlaubt keine Repräsentativitätsaussagen zur quantitativen Reichweite dieser Diskurse.

Für die Forschung eröffnet die Studie mehrere Anschlussfragen: Wie verändert sich journalistisches Erinnern in digitalen Räumen über längere Zeiträume? Welche Rolle spielen nicht-professionelle Akteur*innen in der Re-Narration politischer Skandale? Und wie lassen sich jene Formen der ironischen, satirischen und ästhetischen Verdichtung theoretisch fassen, die digitale Plattformen besonders begünstigen? Schließlich wäre zu prüfen, ob ähnliche Muster auch in anderen politischen Skandalen auftreten oder ob die BUWOG-Affäre aufgrund ihrer Dauer, Symbolkraft und politischen Konstellation eine besondere Stellung einnimmt – eine Frage, die der Fokus auf ein einziges Ereignis und einen engen Untersuchungszeitraum notwendigerweise offenlassen muss und den systematischen Vergleich mit anderen Fällen nahelegt.

Literaturverzeichnis

- Allan, S. (2016). Citizen witnesses. In T. Witschge, C. W. Anderson, D. Domingo, & A. Hermida (Hrsg.), *The SAGE handbook of digital journalism* (S. 266–279). Sage.
- Allan, S., & Hintz, A. (2019). Citizen journalism and participation. In K. Wahl-Jorgensen & T. Hanitzsch (Hrsg.), *The handbook of journalism studies* (2. Aufl.) (S. 435–451). Routledge.
- Assmann, A., & Wegner, S. (2020). „Die Zukunft beginnt mit erinnern.“ Aleida Assmann über den Zusammenhang von Medien und der Vermittlung von Geschichte. *Communicatio Socialis*, 53(4), 432–439.
<https://doi.org/10.5771/0010-3497-2020-4-432>
- Ausserhofer, J., & Maireder, A. (2013). National politics on Twitter: Structures and topics of a networked public sphere. *Information, Communication & Society*, 16(3), 291–314.
<https://doi.org/10.1080/1369118X.2012.756050>
- Bourdieu, P. (1983). The field of cultural production, or: The economic world reversed. *Poetics*, 12(4–5), 311–356.
[https://doi.org/10.1016/0304-422X\(83\)90012-8](https://doi.org/10.1016/0304-422X(83)90012-8)
- Bourdieu, P. (1997). The forms of capital. In A. H. Halsey, H. Lauder, P. Brown, & A. S. Wells (Hrsg.), *Education: Culture, economy and society* (S. 241–258). Oxford University Press.
- Burkhardt, S. (2018). Scandals in the network society. In A. Haller, H. Michael, & M. Kraus (Hrsg.), *Scandology: An interdisciplinary field* (S. 18–44). Herbert von Halem.
- Burkhardt, S. (2025). *Medienskandale: Zur moralischen Sprengkraft öffentlicher Diskurse* (3., überarbeitete und ergänzte Aufl.). Herbert von Halem.
- Domingo, D. (2019). Journalism, social media, and online publics. In K. Wahl-Jorgensen & T. Hanitzsch (Hrsg.), *The handbook of journalism studies* (S. 196–210). Routledge.
- Eder, M. (2023). *Politische Journalistinnen und Journalisten auf Twitter: Eine Framing-Analyse der Ibiza-Affäre im deutsch-österreichischen Vergleich*. Nomos.
- Esser, F., & Hartung, U. (2004). Nazis, pollution, and no sex: Political scandals as a reflection of political culture in Germany. *American Behavioral Scientist*, 47(8), 1040–1071.
<https://doi.org/10.1177/0002764203262277>
- Gadringer, S., Sparviero, S., Trappel, J., & Holzapfel, M. (2025). *Digital news report Austria 2025: Detaillierergebnisse für Österreich*. Digital News Report Network Austria.
<https://doi.org/10.5281/ZENODO.15675025>
- Haderer, G. (2024). *Rememby*. Scherz & Schund Fabrik.
- Haller, A., & Michael, H. (2020). Introduction. In A. Haller & H. Michael (Hrsg.), *Scandology 2: Cultures of scandals – Scandals in culture* (S. 7–15). Herbert von Halem.
- Hasebrinck, U., Beaufort, M., & Oemer-Pedrazzi, F. (2021). Qualität von Nachrichtenmedien im Dreiländervergleich. *Media Perspektiven*, 9, 450–460.
- Hepp, A., & Hasebrinck, U. (2017). Kommunikative Figurationen: Ein konzeptioneller Rahmen zur Erforschung kommunikativer Konstruktionsprozesse in Zeiten tiefgreifender Mediatisierung. *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 65(2), 330–347.
<https://doi.org/10.5771/1615-634X-2017-2-330>
- Hermida, A. (2012). Social journalism: Exploring how social media is shaping journalism. In E. Siapera & A. Veglis (Hrsg.), *The handbook of global online journalism* (S. 309–328). Wiley.

- Hermida, A. (2016). Social media and the news. In T. Wischge, C. W. Anderson, D. Domino, & A. Hermida (Hrsg.), *The SAGE handbook of digital journalism* (S. 81–94). Sage.
- Imhof, K. (2002). Medienskandale als Indikatoren sozialen Wandels: Skandalisierungen in den Printmedien im 20. Jahrhundert. In K. Hahn (Hrsg.), *Öffentlichkeit und Offenbarung: Eine interdisziplinäre Mediendiskussion* (S. 73–98). UVK.
- Kaltenbrunner, A.; Lugschitz, R., & Gerard-Wenzel, C. (2018). *Qualitätsbestimmung im Journalismus: Analyse des internationalen Forschungsstandes und neuer Ansätze in der digitalen Ära. Eine Studie von Medienhaus Wien im Auftrag von Bundeskanzleramt/Bundespressdienst Wien*. Medienhaus Wien.
- Kepplinger, M. (2018). *Medien und Skandale*. Springer VS.
- Krakovsky, C. (2021). Scandology meets field theory: Utilizing scandal theory for the analysis of journalistic practices over time. In A. Haller, H. Michael, & L. Seeber (Hrsg.), *Scandology 3: Scandal in new media* (S. 181–200). Springer.
- Lind, L., & Schwitzer-Fürnsinn, J. (Regisseure). (2025, März 20). *BUWOG-Affäre: Die Chronologie der Causa Grasser* [Magazin]. ORF.
<https://on.orf.at/video/14268099/eco-spezial-die-chronologie-der-causa-grasser-vom-20032025>
- Maares, P., Lind, F., & Greussing, E. (2021). Showing off your social capital: Homophily of professional reputation and gender in journalistic networks on Twitter. *Digital Journalism*, 9(4), 500–517.
<https://doi.org/10.1080/21670811.2020.1835513>
- Magin, M. (2022). Boulevardisierung. In I. Borucki, K. Kleinen-von Königslöw, S. Marschall, & T. Zerback (Hrsg.), *Handbuch Politische Kommunikation* (S. 459–772). Springer VS.
- Magin, M., & Stark, B. (2015). Explaining national differences of tabloidisation between Germany and Austria: Structure, conduct and performance. *Journalism Studies*, 16(4), 577–595.
<https://doi.org/10.1080/1461670X.2014.921398>
- Mellado, C., & Hermida, A. (2022). A conceptual framework for journalistic identity on social media: How the personal and professional contribute to power and profit. *Digital Journalism*, 10(2), 284–299.
<https://doi.org/10.1080/21670811.2021.1907203>
- Menke, M., & Grittmann, E. (2022). Mediatisiertes Erinnern und seine Öffentlichkeiten. In C. Pentzold & C. Lohmeier (Hrsg.), *Handbuch kommunikationswissenschaftliche Erinnerungsforschung* (S. 71–94). De Gruyter.
- Meraz, S., & Papacharissi, Z. (2016). Networked framing and gatekeeping. In T. Wischge, C. W. Anderson, D. Domino, & A. Hermida (Hrsg.), *The SAGE handbook of digital journalism* (S. 95–112). Sage.
- Neckel, S. (1989). Das Stellohlgeld der Macht: Zur Soziologie des politischen Skandals. In R. Ebbighausen & S. Neckel (Hrsg.), *Anatomie des politischen Skandals* (S. 55–80). Suhrkamp.
- Nuernbergk, C., & Schmidt, J.-H. (2020). Twitter im Politikjournalismus: Ergebnisse einer Befragung und Netzwerkanalyse von Hauptstadtjournalisten der Bundespressekonferenz. *Publizistik*, 65(1), 41–61.
<https://doi.org/10.1007/s11616-019-00557-4>
- Offerhaus, A., & Trümper, S. (2022). Die Erinnerung in der Gegenwart: Zum Verhältnis von Journalismus und gesellschaftlicher Erinnerung. In C. Pentzold & C. Lohmeier (Hrsg.), *Handbuch kommunikationswissenschaftliche Erinnerungsforschung* (S. 151–182). De Gruyter.
- ORF (2011, Jänner 30). Grassers Fanpost: „Zu jung, zu schön, zu intelligent“. In *Im Zentrum*. ORF.
<https://on.orf.at/video/14269101/grassers-fanpost-zu-jung-zu-schoen-zu-intelligent>
- Ottomeyer, K. (2006). Karl-Heinz Grasser und die Marke Ich. *Psychotherapie Forum*, 14(2), 74–79.
<https://doi.org/10.1007/s00729-006-0137-2>
- Prochazka, F. (2025). Journalismus und Qualität. In T. Hanitzsch, W. Loosen, & A. Sehl (Hrsg.), *Journalismusforschung* (S. 387–406). Nomos.
- Redl, J., & Melichar, S. (Hosts). (2025a, März 15). „Zu jung, zu intelligent, zu schön“ (S5 (Grasser): EP1) [Audio-Podcast]. In *Nicht zu fassen*. profil.
<https://www.profil.at/podcasts/nicht-zu-fassen-zu-jung-zu-intelligent-zu-schoen-staffel-5-folge-1/403022117>
- Redl, J., & Melichar, S. (Hosts). (2025b, März 16). „Supersauber“ (S5 (Grasser): EP2) [Audio-Podcast]. In *Nicht zu fassen*. profil. <https://www.profil.at/podcasts/nicht-zu-fassen-supersauber-staffel-5-folge-2/403022123>
- Redl, J., & Melichar, S. (Hosts). (2025c, März 19). „Wo war mei Leistung?“ (S5 (Grasser): EP3) [Audio-Podcast]. In *Nicht zu fassen*. profil.
<https://www.profil.at/podcasts/nicht-zu-fassen-wo-war-mei-leistung-staffel-5-folge-3/403023252>
- Schlögl, S., & Maireder, A. (2014). Struktur politischer Öffentlichkeiten auf Twitter am Beispiel österreichischer Innenpolitik. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 44(1), 16–31.
<https://doi.org/10.15203/OZP.213.VOL44ISS1>
- Seethaler, J., & Melischek, G. (2019). Twitter as a tool for agenda building in election campaigns? The case of Austria. *Journalism*, 20(8), 1087–1107.
<https://doi.org/10.1177/1464884919845460>
- Sickinger, H. (2011). Politische Korruption und der Wandel der Rahmenbedingungen für politische Skandale in der Zweiten Republik. In E. Bruckmüller (Hrsg.), *Korruption in Österreich: Historische Streiflichter* (S. 111–130). Braumüller.

- Stenson, S. (2016). The intimidation of journalism. In T. Wischge, C. W. Anderson, D. Domino, & A. Hermida (Hrsg.), *The SAGE handbook of digital journalism* (S. 115–127). Sage.
- Tenscher, J., & Golja, R. (2014). Der Fall Grasser im Spiegel der Boulevard- und Qualitätspresse. *Sozialwissenschaftliche Rundschau*, 54(4), 362–384.
- Thompson, J. B. (2000). *Political scandal: Power and visibility in the media age*. Polity Press.
- Voss, T. P. (2019). Journalists as gatekeepers. In K. Wahl-Jorgensen & T. Hanitzsch (Hrsg.), *The handbook of journalism studies* (2. Aufl.) (S. 90–104.). Routledge.
- Vyslozil, W., & Wippersberg, J. (2025). *Die österreichische Medienlandschaft 2025: Grundlagen, Einblicke, Ausblicke*. facultas.
- Wikimedia Foundation. (2026, Februar 3). *Karl-Heinz Grasser*. Wikipedia.
https://de.wikipedia.org/wiki/Karl-Heinz_Grasser

Untersuchungsmaterial

- Daniel, I. [@isabelledaniel.at]. (2025, März 26). *Warum ich finde, dass Grasser möglichst rasch eine Fußfessel bekommen sollte. (Mir ist klar, dass das hier eine Minderheitenmeinung ist)* [Link enthalten] [Post]. X.
<https://x.com/isabelledaniel/status/1905000510274306244>
- Dittlbacher, F. [@fritzdittlbacher.bsky.social]. (2025, März 25). *Ein ehemaliger Finanzminister der Republik Österreich ist jetzt rechtskräftig, in zweiter Instanz, zu vier Jahren Haft wegen Untreue und Geschenkannahme verurteilt worden. Ein historisches Ereignis, würde ich sagen* [Post]. Bluesky.
<https://bsky.app/profile/fritzdittlbacher.bsky.social/post/3ll6xdfvldk2w>
- Henckel, E. [@elisalexhenckel.bsky.social]. (2025, März 20). *Ausschnitt aus einem Interview von Florian Scheuba mit Wolfgang Schüssel in @datumsdz.bsky.social 2009. Ob Schüssel heute noch immer von einem ausgezeichneten Finanzminister Grasser spricht?* [Bild enthalten] [Repost]. Bluesky.
<https://datum.at/2009-ich-wuerde-ihre-gedanken-saeubern>
<https://bsky.app/profile/patriciaerzler.bsky.social/post/3lkt5nfsp0s2r>
- Jungwirth, M. [@MichelJungwirth]. (2025b, März 25). *Glaubt ihr, dass Grasser & Co die Strafe antreten wird? Oder wird sich jemand durch Flucht dem Strafantritt entziehen? Die Herrn sind ja so uneinsichtig, dass ich mit allem rechne ...* [Post]. X.
<https://x.com/MichelJungwirth/status/1904608611743260951>
- Jungwirth, M. [@MichelJungwirth]. (2025a, März 25). *Richterin urteilt ungewohnt scharf in der Causa Grasser: Diese Bereicherung eines Finanzministers sei in Österreich „bisher beispiellos“, das Vertrauen der Bevölkerung sei erschüttert worden.* [Post]. X.
<https://x.com/MichelJungwirth/status/1904515621217272125>
- Klatzer, J. [@juergenklatter.bsky.social]. (2025, April 1). *Manfred Ainedter ist bestimmt ein guter Rechtsanwalt und hat Karl-Heinz Grasser vor einer strengen Strafe bewahrt. Aber getröstet will man von ihm nicht werden.* [Post]. Bluesky.
- Klenk, F. [@klenkflorian.bsky.social]. (2025a, April 1). *Es gibt wenige Interviews, die mich so berührt haben wie dieses mit Peter Hochegger. Er erzählt nicht nur darüber, wie et die Republik und Grasser geschmiert hat, sondern auch wie er seine Zeit im Gefängnis verbracht hat.* <https://www.falter.at/zeitung/20250401/so-wurde-karl-heinz-grasser-bestochen>. [Link enthalten] [Post]. Bluesky.
<https://bsky.app/profile/klenkflorian.bsky.social/post/3llr6hjwts23>
- Klenk, F. [@klenkflorian.bsky.social]. (2025b, März 20). *23 Jahre nach der Tat und 9 Jahre nach der Anklage eine lange Haftstrafe ausfassen. Ist das noch gerecht? Ich gebe zu, ich bin als einer jener, der Grassers Taten genau kennt, nicht sicher, ob es da in Zukunft nicht andere Sanktionen braucht (soziale Arbeit, enorme Geldstrafen, Fußfessel)* [Post]. Bluesky.
<https://bsky.app/profile/klenkflorian.bsky.social/post/3lks2tbv5es2v>
- Klenk, F. [@klenkflorian.bsky.social]. (2025c, März 25). *Jetzt beginnt Grassers Strafvollzug und somit die „Resozialisierung“. Der Strafvollzug ist zu Recht nicht öffentlich - das war im Mittelalter so. Wir sollten das alle respektieren und jetzt nicht die Speisekarte recherchieren und die Haftanstalt stalken. Der Rechtsfrieden ist hergestellt.* [Post]. Bluesky.
<https://bsky.app/profile/klenkflorian.bsky.social/post/3ll6xcqeqgs2p>
- Klenk, F. [klenkflorian.bsky.social]. (2025d, März 20). *Grasser-Strafverteidiger Ainedter (rechts im Bild) meint, die Anzeigen gegen Grasser seien „politisch motiviert“, er sei „wie in einer griechischen Tragödie“ unschuldig schuldig. Das Gericht sei befangen gewesen, es liege „kein Amtsgeschäft“ und „kein Vermögensschaden“ für die Republik vor.* [Bild enthalten] [Post]. Bluesky.
<https://bsky.app/profile/klenkflorian.bsky.social/post/3lkshd2hruk2p>
- Melchiar, S. [@stefanmelichar.bsky.social]. (2025a, März 15). *Unser @profil.at Investigativpodcast „Nicht zu fassen“ geht in die 5. Staffel - aus aktuellem Anlass: „Grasser“. Es ist eigentlich immer noch unglaublich. Der @josefredl.bsky.social und ich haben beim Aufnehmen sogar die Zeit übersehen* [Link enthalten] [Post]. Bluesky.
<https://bsky.app/profile/stefanmelichar.bsky.social/post/3lkfkh7oy2c2a>

- Melchiar, S. [@stefanmelichar.bsky.social]. (2025b, März 16). *Auch „zu jung“ um sich an Finanzminister Karl-Heinz Grasser zu erinnern? Oder Auffrischung in Sachen Buwog und Buberlpartie gefällig? Dann lohnt es sich, @stefanmelichar.bsky.social und @josefredl.bsky.social vor dem Prozessfinale zuzuhören* [Link enthalten] [Repost]. Bluesky.
<https://bsky.app/profile/treasurelaura.bsky.social/post/3lkiqwpw3tk2c>
- Mohr, T. [@thomasmohr.bsky.social]. (2025a, März 24): *Die @manuraidl.bsky.social hat dereinst die BUWOG-Affäre aufgedrösel. Nur damit niemand morgen sagt, wiewowas* [Link enthalten] [Post]. Bluesky.
<https://bsky.app/profile/thomasmohr.bsky.social/post/3ll5am7wgl22k>
- Mohr, T. [@thomasmohr.bsky.social]. (2025b, April 3). *„Geld war mir immer sekundär.“ „Meine größte Motivation, war die Allianz mit der Bevölkerung.“ „Ich bin dankbar dafür, dass ich diesen Beitrag leisten durfte. Gott sei Dank ist mir das für unser Vaterland gelungen.“* (Karl-Heinz Grasser).
<https://www.derstandard.at/story/3000000263972/unertraeglicher-spott> [Repost]. Bluesky.
<https://bsky.app/profile/florianscheuba.bsky.social/post/3llvozdnsvk2q>
- Mohr, T. [@thomasmohr.bsky.social]. (2025c, März 25). *„Eines Tages wird meine Leistung für das Land noch gewürdigt werden.“* (Karl-Heinz Grasser) [Repost]. Bluesky.
<https://bsky.app/profile/florianscheuba.bsky.social/post/3ll734jjssc24>
- Renner, G. [@georg_renner]. (2025, April 1). *Dem @florianklenk sein Gespräch mit Peter Hochegger gehört ins Haus der Geschichte.* <https://falter.at/zeitung/202504> [Bild enthalten] [Link enthalten]. X.
https://x.com/georg_renner/status/1907115112969765047
- Riedmann, G. [@riedmann.net]. (2025, März 25). *Die famose Renate Graber hat heute den ganzen Tag livegetickert, danach einen fast einstündigen Podcast eingesprochen und so nebenbei noch das hier abgeliefert*
<https://www.derstandard.at/story/3000000262826/der-fast-letzte-akt-im-prozess-gegen-karl-heinz-grasser>
[Link enthalten] [Repost]. Bluesky.
<https://bsky.app/profile/binderstefan.bsky.social/post/3ll7u7xae422f>
- Rosner, S. [@simonrosner.bsky.social]. (2025, März 3). *Warum ist der Unterschied im Strafausmaß zwischen Gestehen (Hochegger) und Nicht-Gestehen (die anderen) so gering? Oder ist das in der Welt der Gerichte eh nicht gering?* [Post]. Bluesky.
<https://bsky.app/profile/simonrosner.bsky.social/post/3ll6ynondds2c>
- Siebert, N. [@nanasiebert.bsky.social]. (2025, März 25). *Die famose Renate Graber hat heute den ganzen Tag livegetickert, danach einen fast einstündigen Podcast eingesprochen und so nebenbei noch das hier abgeliefert* [Link enthalten] [Repost]. Bluesky. <https://bsky.app/profile/binderstefan.bsky.social/post/3ll7u7xae422f>
- Thalhammer, A. [@annathalhammer.bsky.social]. (2025b, März 19). *Kaum ein Skandal hat Österreichs Medienlandschaft derart lang in Atem gehalten wie die Buwog-Privatisierung. Wie die Medien die Affäre ins Rollen brachten. Von @stefanmelichar.bsky.social und @josefredl.bsky.social.* [Link enthalten] [Repost]. Bluesky.
<https://bsky.app/profile/profil.at/post/3lkq53lza2z>
- Thalhammer, A. [@annathalhammer.bsky.social]. (2025a, März 19). *Ich weiß ihr seid alle blutjung und manche können sich nicht erinnern. Aber dieser Fall ist schillernd und erlebt die nächsten Tage einen Showdown* [Link enthalten] [Post]. Bluesky.
<https://bsky.app/profile/annathalhammer.bsky.social/post/3lkqaifswd22y>
- Thür, M. [@martinthuer.at]. (2025a, März 29). *Ich frage mich ja schon: Warum fällt das gerade jetzt erst auf? Und warum spielen das die Verteidiger jetzt an die Medien? Wilder deus ex machina.* [Link enthalten] [Post]. Bluesky.
<https://bsky.app/profile/martinthuer.at/post/3lkqsdxp22r>
- Thurnher, A. [@arminthurnher.bsky.social]. (2025a, März 26). *KHG II – Lob des Hohns Niemand reichte das Wasser dem Grasser. War zu schön und zu klug für die Hasser! Wobei - deren Hohn wirkte strafmildernd schon, Kürzt die Zeit ihm bei Brot und bei Wasser. Ein ©Blimerick von Tante Elfi (der OGH halbierte KHGs Strafe, weil er viel Hohn habe erdulden müssen)* [Post]. Bluesky.
<https://bsky.app/profile/arminthurnher.bsky.social/post/3llbgrdfzcc2t>
- Thurnher, A. [@arminthurnher.bsky.social]. (2025b, März 26). *KHG Ich sag jetzt euch gleich etwas zu Grasser, Denn wer wär gern Grasser-Verpasser? Nun sitzt er bald ein. Ich möchte nicht Grasser sein. Nicht einmal mehr ein Grasser-Nur-Hasser. Ein ©Blimerick von Tante Elfi* [Post]. Bluesky.
<https://bsky.app/profile/arminthurnher.bsky.social/post/3ll7462occk2u>
- Thurnher, A. [@arminthurnher.bsky.social]. (2025c, März 25). *Zu Grasser: Es ist gut, dass wir in einem Rechtsstaat leben. Nicht überstreng, aber gerecht.* [Post]. Bluesky.
<https://bsky.app/profile/arminthurnher.bsky.social/post/3ll726gfbxk2q>
- Wilhelmer, P. [@pwwilhelmer.bsky.social]. (2025, März 25). *Wow. Grasser muss für vier Jahre in Haft.* [Link enthalten] [Post]. Bluesky.
<https://bsky.app/profile/pwwilhelmer.bsky.social/post/3ll6wq4nd322j>
- Wolf, A. [@arminwolf.at]. (2025a, April 2). *Der FALTER hat ein ziemlich unglaubliches Interview von @klenkflorian.bsky.social mit dem Lobbyisten und Grasser-Komplizen Peter Hochegger, der im Detail beschreibt, wie er vor gut 20 Jahren u.a. für die Telekom Politiker bestochen hat. Was für ein Sittenbild.* [Bild enthalten] [Post]. Bluesky.
<https://bsky.app/profile/arminwolf.at/post/3llt3pe7jmg25>

- Wolf, A. [@arminwolf.at]. (2025b, März 25). *Wenn ich mich richtig erinnere, ist Grasser der erste Politiker der wg. eines Verbrechens als Minister ins Gefängnis muss. Ex-Innenminister Olah wurde 1971 zu 1 Jahr Haft wg. Untreue als ÖGB-Präsident verurteilt. Ex-Innenminister Strasser 2014 zu 1 Jahr Haft wg. Bestechlichkeit als EU-Abgeordneter.* [Post]. Bluesky. <https://bsky.app/profile/arminwolf.at/post/3ll6y2wnv5k2r>
- Wolf, A. [@arminwolf.at]. (2025c, März 25). *Sowohl Olah als auch Strasser (3 Jahre, davon 1 Jahr unbedingt) saßen ihre Strafen ab. Grasser wurde heute zu 4 Jahren Haft verurteilt, er könnte frühestens nach 2 Jahren vorzeitig entlassen werden. Er kann noch zum Europ. Gerichtshof für Menschenrecht gehen, hätte aber keine aufschiebende* <https://bsky.app/profile/arminwolf.at/post/3ll6yacao632i>

GABRIELE FALBÖCK

Dr.in, ist Dozentin an der University of Applied Sciences (St. Pölten) und Lektorin am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien. Sie arbeitet im Bereich Kinder/Jugend und Medien, zum Thema Exil/Migration und Exil- bzw. Ethnomedien, zu Diversity im Journalismus sowie zur zeitgenössischen Kommunikationsgeschichte. 2023–2024 arbeitete sie im Projekt „Influencer:innen in Österreich zwischen Selbst- und Fremdwahrnehmung“ an der USTP St. Pölten.

CHRISTINA KRAKOVSKY

Mag.a, forscht im Bereich Journalismus, mit Schwerpunkt auf Gender, Intersektionalität und zeitgenössischer Kommunikationsgeschichte. Seit 2019 ist sie am Institute for Comparative Media and Communication Studies (Österreichische Akademie der Wissenschaften & Universität Klagenfurt) in der Arbeitsgruppe „Media Accountability & Media Change“ tätig und seit 2023 Projektmitarbeiterin im EU-Horizon-2020-Forschungsprojekt DIACOMET („Fostering capacity building for civic resilience and participation: Dialogic communication ethics and accountability“). Von 2023 bis 2024 leitete sie das Projekt „Partizipativer Journalismus aus Wien: Geschlechtergerechtigkeit und Demokratie“ (MA7, Stadt Wien) und trug 2023 zur Entwicklung des Forschungsschwerpunkts „Gendered and intersectional perspectives on media change“ am CMC bei. Sie promoviert am Institut für Medien- und Kommunikationswissenschaft der Universität Klagenfurt zum Thema „Skandalisierte Kunst. Werte- und Normdebatten in österreichischen Massenmedien von 1968 bis 1988“.

<https://orcid.org/0009-0002-0914-1881>

Politische Skandale im Klassenzimmer?

Eine Analyse der Darstellung in österreichischen Schulbüchern für Politische Bildung

ANDREA BRAIT

Zentrum für Kulturen und Technologien des Sammelns, Universität für Weiterbildung Krems

Abstract

The analysis of Austrian school textbooks shows that, despite their prominent presence in media coverage, political scandals play only a minor role in civic education. While the media regularly report on new scandals, such events are not mentioned in the curricula. Textbooks based on these curricula generally limit themselves to sporadic references to prominent cases, in particular the Waldheim affair and the Ibiza affair. These references, however, often lack contextualization or critical analysis. The focus is placed on those implicated in the scandals, while the actors who generate them are often not even identified. In most cases, the emphasis is on the transmission of factual knowledge rather than on democratic learning. Systemic causes, media logic, and power structures remain largely unexplored, and assignments that could foster political competencies are absent. As a result, the potential of political scandals as a didactic starting point remains unexploited, although they could—if appropriately analyzed—serve to engage students in critical examination of political processes as well as with different forms of media.

Keywords: *Politische Bildung, Schulbuchanalyse, Österreich, Medienberichterstattung*

Politische Skandale prägen seit Jahrzehnten die österreichische Innenpolitik. Von der Waldheim-Affäre bis zum Ibiza-Video – mediale Enthüllungen über Korruption, Machtmissbrauch oder Intransparenz haben sich zu festen Bestandteilen des politischen Diskurses entwickelt. Bereits Mitte der 1990er-Jahre war von einer „Skandalrepublik“ die Rede (Sickinger, 1996, S. 698). Eine belastbare Statistik zur Häufigkeit politischer Skandale existiert nicht (und wäre zudem stark von der jeweiligen Definition abhängig). Als Indikator für problematische Entwicklungen kann jedoch der Korruptionswahrnehmungsindex herangezogen werden: Die Verschlechterung Österreichs im CPI 2024 von Transparency International (ORI, 2025) deutet darauf hin, dass die Wahrnehmung von Korruption im öffentlichen Bereich zugenommen hat. Auswirkungen von Skandalen auf das politische System wurden zwar immer wieder angenommen, konnten empirisch jedoch nicht belegt werden (Wolling, 2001). Auf der Basis von Umfragedaten ist aber jedenfalls festzustellen, dass immer weniger junge Menschen die Ansicht vertreten, dass das politische System in Österreich gut funktioniert (Zandonella & Bohrn, 2024, S. 5).¹

Unter einem Skandal wird in der Folge – ungeachtet dessen, dass manche historische Begebenheit in Schulbüchern wie in der Literatur als Affäre bezeichnet wird – „das Bekanntwerden eines unerwarteten, überraschenden Verhaltens von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, das bei einem Teil der Bürger Ärgernis oder Entrüstung erregt“ (Winkler, 1968) verstanden. Wesentliche Charaktereigenschaften

beruhen in der Regel neben der Personalisierung, Visualisierung und moralisierenden Simplifizierung zudem auch auf der Emotionalisierung eines Konflikts, denn Skandale existieren nicht von Grund auf, sondern müssen zuerst entdeckt und anschließend situations- und adressatenorientiert im oben genannten Sinne aufgedeckt und kreiert werden.

(Kehr & Schiefer, 2020, S. 225)

Politisch ist ein Skandal dann, „wenn vorwiegend Akteure des politischen Systems situationsabhängig aktiv und/oder passiv in ihn verwickelt sind und das normative politische Kategoriensystem tangiert wird“ (Kehr & Schiefer, 2020, S. 227).

Hierbei spielen zweifellos die Medien eine wesentliche Rolle, wobei dem Enthüllungsjournalismus eine besondere Funktion zukommt. Sein detektivischer Grundcharakter impliziert einen Unterhaltungswert, der als Politainment beschrieben werden kann (Dörner, 2001, S. 31). Die Mechanismen der aktuellen Medienlandschaft, v. a. im digitalen Raum, führen dazu, dass Personen innerhalb kürzester Zeit „zum Objekt von kollektiver Empörung“ (Bergmann & Pörksen, 2009, S. 15) werden können. Die Digitalisierung ändert nicht nur die Art und Weise der journalistischen Aufbereitung von Skandalen (Eder, 2024, S. 253), sondern auch die klassischen Rollen der „Skandal-Triade“ – „der Skandalisierte (der einer Verfehlung von öffentlichem Interesse öffentlich bezichtigt wird), der Skandalierer (einer, der diese Verfehlung öffentlich denunziert) sowie ein, oder besser: mehrere Dritte, denen über das, was zum Skandal geworden ist, berichtet wird und die daraufhin eine wie auch immer geartete Reaktion zeigen“ (Neckel, 1989, S. 58) – beginnen zu verschwimmen, zumal das Aufdecken, Verfolgen und öffentliche Anklagen nicht mehr ausschließlich durch den professionellen Journalismus in „klassischen“ Medien wie Tageszeitungen, Fernsehen und Radio erfolgen (Kehr & Schiefer, 2020, S. 228).

¹ Befragt wurden 16- bis 26-Jährige mit Wohnsitz in Österreich. Auf die Frage „Alles in allem betrachtet: Funktioniert das politische System in Österreich derzeit sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht gut?“ antworteten 2024 44% „sehr gut“ oder „ziemlich gut“ (47% „weniger gut“ oder „gar nicht gut“); 2018 antworteten 69% „sehr gut“ oder „ziemlich gut“ (31% „weniger gut“ oder „gar nicht gut“).

Die Relevanz des Themas für die (schulische) Politische Bildung ergibt sich daraus in mehrfacher Hinsicht: Es gilt, Jugendliche in die Lage zu versetzen, die mit Skandalen in Verbindung stehenden medialen Mechanismen zu erkennen und kritisch zu betrachten. Hierbei ist den sozialen Medien besondere Aufmerksamkeit zu schenken, zumal sich zwei Drittel (66%) der jungen Menschen in Österreich dort zumindest einmal pro Woche über politische Themen informieren. Tageszeitungen (Print oder online) sowie andere Internetseiten werden im Vergleich dazu von 57% und das Fernsehen von 50% genutzt (Zandonella & Bohrn, 2024, S. 10). Daher ist es entscheidend, junge Menschen dafür zu sensibilisieren, wie Meinungen geformt, Narrative konstruiert und politische Skandale inszeniert werden. Dabei gilt es freilich auch den gesamten Komplex von Fake News in den Blick zu nehmen, denn nicht jede vermeintlich skandalöse Behauptung beruht auf belegbaren Fakten (Schenk, 2021). Zudem bieten politische Skandale oft emotional aufgeladene Debatten, die sich anbieten, um grundlegende politische Konzepte wie Transparenz, Verantwortlichkeit und Rechtsstaatlichkeit zu thematisieren. Sie können zum Anlass genommen werden, um über moralische Maßstäbe in der Politik zu diskutieren. In diesem Sinne wird etwa in einem publizierten Unterrichtsbeispiel vorgeschlagen, dass Jugendliche zuerst erlernen, Fake News zu erkennen beziehungsweise zu dekonstruieren und darauf aufbauend „den Unterschied zwischen qualitativ hochwertigen Nachrichten und den auf Klickraten ausgelegten Skandalartikeln zu erkennen“ (Preisinger, 2018, S. 43).

Der nachfolgende Beitrag untersucht, welche Rolle politische Skandale in österreichischen Schulbüchern für den Unterricht in Politischer Bildung (die meist in Kombination mit Geschichte unterrichtet wird) spielen. Im Zentrum steht eine qualitative Analyse aktueller, vom Bildungsministerium approbierter Schulbücher für die Sekundarstufe I und die AHS-Oberstufe.² Untersucht wird insbesondere: Welche politischen Skandale der Zweiten Republik finden überhaupt Eingang in die Lehrwerke? Wie werden diese dargestellt – als Einzelfälle oder als Ausdruck systemischer Herausforderungen? Inwiefern werden ausgehend von politischen Manifestationen (beispielsweise Medienberichten zu diesen Skandalen) politische Kompetenzen gefördert? Welche didaktischen Potenziale bleiben ungenutzt?

Methodisches Vorgehen

Um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wurde für die Untersuchung jeweils die erste Auflage jener Lehrwerke für die Sekundarstufe I und die AHS-Oberstufe herangezogen, die für das Schuljahr 2025/26 nach dem

aktuell gültigen Lehrplan approbiert sind.³ Diese sind ohne Ausnahme über die Universitätsbibliothek Wien zugänglich, welche diesbezüglich die Aufgabe der aufgelassenen Schulbuchsammlung des Unterrichtsministeriums übernommen hat (Brait, 2022, S. 238 f.), während Nachdrucke bzw. weitere Auflagen nur vereinzelt in Bibliotheken zu finden sind. Die Identifizierung erfolgte über die Schulbuchlisten der 1972 geschaffenen und staatlich finanzierten Schulbuchaktion (Bundesministerium für Bildung, 2025b), über die die Lehrwerke von den Schulen bestellbar sind und danach (in der Regel)⁴ in den Besitz der Lernenden übergehen (Schön et al., 2017, S. 34). Gewählt wurden jeweils jene Lehrwerke, in denen die Geschichte ab 1945 behandelt wird. Für die AHS-Oberstufe erscheinen traditionell Doppelbände für die Klassen 5 und 6 (Schulstufen 9 und 10) sowie die Klassen 7 und 8 (Schulstufen 11 und 12),⁵ die – von einem Lehrwerk (Alles Geschichte 7) abgesehen, von dem zum Zeitpunkt der Analyse noch kein Band für die 8. Klasse vorlag – statt der Einzelbände gewählt wurden. In der Sekundarstufe I gibt es zu manchen Lehrwerken auch Arbeitshefte, die nicht berücksichtigt wurden. E-Book+ (also die digitalen Zusatzmaterialien, die zu manchen Lehrwerken erscheinen) wurden ebenfalls nicht berücksichtigt, zumal diese nur für Lehrkräfte, nicht für Forschende zugänglich sind. Somit umfasste die Analyse 22 Lehrwerke, wovon 14 in der Sekundarstufe I und acht in der AHS-Oberstufe zugelassen sind.

Die Untersuchung erfolgte als kategoriale Schulbuchanalyse (Schreiber, 2016). In Anlehnung an die aus der empirischen sozialwissenschaftlichen Forschung übernommene quantitative und qualitative Inhaltsanalyse (Kelle & Erzberger, 2007) wird das Material dabei anhand klar festgelegter Auswertungsregeln bearbeitet. Schulbücher werden damit als strukturierte Bildungsmedien analysierbar, deren Darstellungsweisen, Quellenmaterialien und Aufgabenformate mit einem Kategoriensystem systematisch erschlossen werden. Entsprechend den von Hinz und Meyer-Hamme (2016, S. 137) vorgeschlagenen Analysekriterien wurden einzelne Text-, Bild- und Aufgabenpassagen codiert, sodass inhaltliche Schwerpunkte sowie didaktische Zugänge transparent und intersubjektiv untersuchbar werden.

3 Einer Vereinbarung des Unterrichtsministeriums und des Fachverbandes der Buch- und Medienwirtschaft folgend werden Schulbücher immer für zehn Jahre staatlich approbiert. Das führte bislang bei Lehrplanreformen dazu, dass die Schulbuchlisten auch Werke umfassen, die nicht dem aktuell gültigen Lehrplan entsprechen (Brait & Ottner-Diesenberger, 2020, S. 59). Dies wurde bei der Einführung des Lehrplans von 2023 für die Sekundarstufe I geändert; dieser gilt im Schuljahr 2025/26 jedoch noch nicht für die 8. Schulstufe, da er aufsteigend in Kraft gesetzt wurde.

4 Zumal das Budget für die Schulbuchaktion nicht ausreicht, um für alle Fächer Lehrwerke zu bestellen, wird an manchen Schulen beschlossen, die Schulbücher am Ende des Schuljahres einzusammeln und in anderen Klassen weiterzuverwenden. Diese Praxis wird offiziell in den Durchführungsrichtlinien zur Schulbuchaktion (Bundeskanzleramt, 2025) geregelt. Bei Arbeitsbüchern, die von den Lernenden befüllt werden, ist dies nicht möglich.

5 Hinsichtlich der Nummern bei den Werken sei angemerkt, dass die Zählung der Klassenstufen der Sekundarstufe in Österreich neuerlich mit 1 beginnt. Die Werke mit der Nummer 4 sind also für die 4. Klasse der Sekundarstufe zugelassen (8. Schulstufe).

2 Die Lehrwerke für die verschiedenen Typen der Berufsbildenden mittleren und höheren Schulen werden aufgrund ihrer Vielfalt nicht erfasst.

Technisch durchgeführt wurde dieses regelgeleitete Codieren mit dem Programm MAXQDA (Version 24.10.0). In dieses wurden Scans der Lehrwerke als PDF-Dokumente importiert. Somit war es möglich, diesen im Dokumentbrowser segmentweise Codes zuzuweisen.

Per Codierung erfasst wurden pro Skandal der Kontext, in dem dieser erwähnt wurde, der Inputtext, die Quellen bzw. politischen Manifestationen und Geschichtsdarstellungen sowie die Arbeitsaufträge. Für die Untersuchung wurden weitgehend induktiv (Thomas, 2006) insgesamt 76 Codes definiert. Die häufiger in den Schulbüchern erwähnten Skandale der Zweiten Republik – die Waldheim-Affäre und die Ibiza-Affäre – wurden dabei als Hauptcodes definiert. Zusätzliche Hauptcodes waren „Sonstige Skandale“ sowie „Skandale und Medien“. Die Identifizierung der relevanten Stellen in den Büchern erfolgte per Textsuche mittels der Begriffe „Skandal“, „Affäre“, „Borodajkewycz“, „Buwog“, „Lucona“, „Noricum“, „Hypo“, „Waldheim“, „Ibiza“ sowie „Korruption“ (zu diesen Begriffen ergaben sich Treffer); ferner „Eurofighter“ und „Heldenplatz“ (zu diesen gab es zwar Treffer, doch führten diese – von zwei zu „Heldenplatz“ abgesehen, die ebenfalls über „Skandal“ zu finden waren – zu keiner Thematisierung eines politischen Skandals). Doppelcodierungen waren – sofern sich die Codes nicht inhaltlich ausschließen – möglich. Die geringste Codiereinheit war ein Satz. Insgesamt wurden 303 Codes zugewiesen. Für die Auswertung wurden insbesondere die Funktionen Code-Matrix-Browser und Interaktive Segmentmatrix herangezogen, die einen Vergleich der Lehrwerke auf qualitativer und quantitativer Ebene ermöglichten (Brait, 2024b). Zur Validierung des induktiv entwickelten Kategoriensystems wurden die Kategorien in iterativen Codierzyklen am Material erprobt und fortlaufend geschärft (konstantes Vergleichen), die jeweiligen Definitions- und Abgrenzungsregeln in einem Codebuch (über Codememos) dokumentiert und die Stabilität der Codierungen durch rekursives Re-Codieren ausgewählter Textstellen (mit zeitlichem Abstand) sowie Prüfung von Gegenbeispielen und alternativen Deutungen abgesichert.

Politische Bildung in Österreich

Politische Bildung wurde in Österreich lange Zeit als reine Institutionenkunde verstanden. Diese drehte sich primär um die Vermittlung von Strukturen, Funktionen und Organen des politischen Systems (Deichmann, 1999). Politische Bildung war reduziert auf Faktenwissen, ohne eine Urteilsbildung zu fördern oder den Lebensweltbezug der Lernenden zu berücksichtigen. In diesem Sinne war bereits in der ausgehenden Habsburgermonarchie für das Fach Geschichte in der 7. Schulstufe vorgesehen: „Der Staat. Gesetzgebung und Regierung. Rechte und Pflichten der Staatsbürger“ (Z. 2368). In den Vorgaben des Lehrplans von 1928 für die 8. Schulstufe für das Fach „Geschichte“ war in einer ähnlichen Form eine „Bürgerkunde“ verankert: „Einblick in die Einrichtungen unseres öffentlichen Lebens und in ihre Bedeutung für den einzelnen und für

die Gemeinschaft (an der Hand der österreichischen Verfassung)“ (BGBl. 137/1928; BGBl. Nr. 138/1928). Diese Formulierung wurde auch nach dem Zweiten Weltkrieg in die Lehrpläne der Sekundarstufe I übernommen (Zl. 28.520-IV/12) und im Lehrplan von 1955 unter der Bezeichnung „Staatsbürgerkunde“ für die 8. Schulstufe fortgeschrieben (Verordnungsblatt BMU 10a/1955).

Die Institutionenkunde wurde in den 1960er- und 1970er-Jahren von der Politikdidaktik zunehmend kritisiert, zumal hierbei Entscheidungsprozesse, Konflikte, aber auch die Rolle von Individuen ausgeblendet wurden (Massing, 1999, S. 111). In dieser Phase kamen auch in Österreich Stimmen auf, Politische Bildung im Sinne der Förderung politischer Partizipationsfähigkeiten in der Schule zu verankern. Mit der Lehrplanreform von 1964 und der Einführung der Fächerkombination „Geschichte und Sozialkunde“ war die „Staatsbürgerkunde“ entfallen, ohne dass ein adäquater Ersatz geschaffen worden wäre (BGBl. Nr. 163/1964).⁶ Es folgten jahrelange Debatten (Wolf, 1998; Dachs, 2008), doch waren die Bedenken gegen ein eigenes Schulfach zu groß. 1978 wurde schließlich mit der Formulierung eines Grundsatzerlasses (Bundesministerium für Unterricht und Kunst, 1978) ein Kompromiss beschlossen: Mit diesem wurde Politische Bildung in die Zuständigkeit aller Fächer, Schultypen und -stufen überantwortet. Erst mit dem Schuljahr 2001/02 wurde in den Oberstufen der Allgemeinbildenden höheren Schulen (AHS) aus „Geschichte und Sozialkunde“ der Gegenstand „Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung“ (Krammer, 2009). Bei der Ausformulierung des Lehrplans, der ein Jahr später in Kraft trat (BGBl. II Nr. 232/2002), wurden Erfahrungen der verschiedenen Schulversuche zur Politischen Bildung ebenso berücksichtigt wie neue Erkenntnisse und Fragestellungen der Politikwissenschaft und der Didaktik (Wirtitsch, 2003). Mit dem Schuljahr 2008/09 folgte die Erweiterung des Gegenstands in der Sekundarstufe I um die Politische Bildung (BGBl. II Nr. 290/2008). Unmittelbarer Anlass hierfür war die zuvor beschlossene Absenkung des Wahlalters auf das vollendete 16. Lebensjahr (Windischbauer & Kühberger, 2013, S. 178). Eine Erhöhung der Stundenzahl erfolgte jedoch nicht, für den Kombinationsgegenstand waren von der 6. bis zur 8. Schulstufe je zwei Wochenstunden vorgesehen, wobei die Politische Bildung nur in der 8. Schulstufe verankert wurde. Mit diesem Lehrplan wurde auch erstmals eine fachspezifische Kompetenzorientierung eingeführt. Für die Politische Bildung wurde hierfür ein eigenes Kompetenzmodell (Krammer, 2008) entwickelt, das sich teilweise an jenem für die historische Bildung (FUER-Geschichtsbewusstsein) orientierte (Sander, 2009, S. 302). Die vier Kompetenzbereiche – politische Urteilskompetenz, politische Handlungs-

⁶ Eingeführt wurde eine „Sozialkunde“, zu der es im Lehrplan hieß: „Die sozialkundlichen Bildungsstoffe sollen das zwischenmenschliche Verhalten, das verantwortungsvolle Handeln und das staatsbürgerliche Bewußtsein fördern. Auf die Erziehung zu demokratischer Gesinnung und Toleranz ist dabei besonderer Wert zu legen; sie hat die Mitwirkung an den gemeinsamen Aufgaben der Menschen in Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit zum Ziel.“ Schlagwörter zu politischen Themen fanden sich dieser zugeordnet in der 8. Schulstufe, beispielsweise „Auswirkungen politischer Propaganda“ oder „Aufgaben einer politischen Koalition“.

kompetenz, politikbezogene Methodenkompetenz und politische Sachkompetenz – zielen gemeinsam darauf ab, die Lernenden zu befähigen, mündig, kritisch-reflektiert und handlungsfähig in politischen Zusammenhängen zu agieren. Politische Urteilskompetenz meint die Fähigkeit, politische Entscheidungen, Probleme und Kontroversen sachlich begründet und werteorientiert zu beurteilen sowie fremde Urteile zu bewerten. Politische Handlungskompetenz baut darauf auf, indem sie die Bereitschaft und Fähigkeit fördert, sich aktiv politisch einzubringen, eigene Positionen zu vertreten, andere Perspektiven zu verstehen und gemeinsam an Lösungen mitzuarbeiten. Um dies zu ermöglichen, braucht es politikbezogene Methodenkompetenz, also den souveränen Umgang mit politischen Informationen und Medien sowie die Fähigkeit, sich in verschiedenen Formaten (schriftlich, mündlich, medial) politisch auszudrücken und die in unterschiedlichen politischen Manifestationen zum Ausdruck gebrachten politischen Meinungen zu entschlüsseln. Grundlage all dessen ist die politische Sachkompetenz, also ein Verständnis politischer Konzepte (Macht, Herrschaft, Demokratie usw.), wobei im Unterricht an Vorerfahrungen der Lernenden angeknüpft wird und diese altersgerecht vertieft werden sollen. Das Kompetenzmodell wurde auch in den Lehrplan für die Sekundarstufe I von 2016 (BGBl. II Nr. 113/2016), der im Schuljahr 2025/26 für die 8. Schulstufe (4. Klasse AHS bzw. Mittelschulen (MS)) gilt, sowie in den ebenfalls 2016 erlassenen Lehrplan der AHS-Oberstufe (BGBl. II Nr. 219/2016) übernommen.

Hinsichtlich der zu behandelnden Themen ist der Lehrplan der Sekundarstufe I deutlich ausführlicher formuliert, während jener der AHS-Oberstufe lediglich sehr allgemeine Themenfelder definiert wie „Rolle der (Neuen) Medien zwischen Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft“. Im Lehrplan der Sekundarstufe I von 2016, in dem Politische Bildung erstmals ab der 6. Schulstufe verankert wurde, sind hingegen pro Schuljahr (6.–8. Schulstufe) neun Module festgelegt, wovon jeweils zwei der Politischen Bildung zugeordnet wurden und ein bis zwei der historisch-politischen Bildung. Beispielsweise ist ein Modul der 8. Schulstufe dem Themenkomplex „Medien und politische Kommunikation“ gewidmet. Als „thematische Konkretisierungen“ sind vorgesehen: „Öffentlichkeit als zentralen Ort der politischen Kommunikation analysieren, die Vor- und Nachteile der Mediendemokratie erörtern, die mediale Umsetzung von politischen Ideen und Informationen sowie die Inszenierung von Politik analysieren; die Bedeutung der digitalen Medien in der politischen Kommunikation erläutern und bewerten; mediale, im Zusammenhang mit politischer Kommunikation stehende Produkte analysieren und selbst gestalten.“ Die Rolle von Medien im politischen Diskurs ist also sowohl in der Sekundarstufe I als auch in der AHS-Oberstufe im Unterricht zu behandeln. Politische Skandale können dabei eine Rolle spielen, sind aber nicht zwingend vorgesehen.

Wie eine Studie zeigte, sahen die Lehrkräfte die Höherbewertung der Politischen Bildung in der Sekundarstufe I durchaus positiv. Einige Befragte maßen der Politischen Bildung sogar eine größere Bedeutung als dem Ge-

schichtsunterricht bei oder begründeten den Stellenwert des Geschichtsunterrichts primär mit seiner Funktion für die Politische Bildung (Brait, 2023). Zur Realisierung dieser Lehrplanvorgaben in der Unterrichtspraxis liegt eine empirische Studie vor. Thomas Stornig (2021) kommt auf der Basis von qualitativen Interviews mit Lehrpersonen und Gruppendiskussionen mit den Lernenden zum Schluss, dass die Lehrkräfte mehrheitlich kein aktivistisches Bürgerideal anstreben, aber politisches Interesse fördern wollen. Kompetenzorientierung spielt in den AHS eher eine Rolle als in den Polytechnischen Schulen (PTS).

Somit lässt sich festhalten, dass politische Skandale nicht als eigenes Thema in den rechtlichen Vorgaben ausgewiesen sind, aber allenfalls im Kontext allgemeiner formulierter Themenbereiche behandelt werden können. In den Lehrplänen sind zwar Kompetenzen verankert, die für eine reflektierte Auseinandersetzung mit Skandalen zentral wären (z. B. Analyse medialer Inszenierung, argumentatives Urteilen), zugleich fehlt jedoch eine explizite curriculare Erwartung, Skandale als strukturprägendes Element politischer Kultur verbindlich zu behandeln. Die Lehrpläne setzen für Schulbücher somit nur schwache inhaltliche Anreize, Skandale über Einzelfallnennungen hinaus zu kontextualisieren oder die Skandal-Triade sowie Macht- und Kontrollmechanismen systematisch auszuleuchten. Dadurch wird eine traditionelle, institutionenkundlich geprägte Perspektive begünstigt, die eher bei der Beschreibung von Strukturen, Normen und Abläufen stehen bleibt, statt politische wie mediale Dynamiken konsequent zum Gegenstand zu machen. Allerdings deuten die Studien zu Lehrkräften darauf hin, dass diese eventuell bereit sind, aktuelle politische Themen wie Skandale aufzugreifen, um bei den Lernenden politisches Interesse zu fördern.

Politische Skandale in Schulbüchern

Schulbücher zur Politischen Bildung in Österreich

Schulbücher sind Unterrichtsmedien, die – in Form einer Zusammenstellung aus Inputtexten, Quellen bzw. politischen Manifestationen (Texte, Bilder, Plakate etc.) sowie Arbeitsaufträgen – Inhalte strukturiert aufbereiten und den Lehr- und Lernprozess unterstützen können. Sie erlauben der empirischen Forschung eine Annäherung an den Unterricht in einem Gegenstand, wenngleich festzuhalten ist, dass sie nicht das gesamte Unterrichtsgeschehen abbilden und durch die individuelle Unterrichtsgestaltung der Lehrkraft sowie auf der Basis aktueller Ereignisse bzw. Erkenntnisse ergänzt oder auch durch andere Unterrichtsmaterialien ersetzt werden können.

Im Rahmen des staatlichen Approbationsverfahrens, das Schulbücher in Österreich durchlaufen, soll deren Qualität sichergestellt werden. Überprüft werden insbesondere ihre Passung zum Lehrplan und ihre grundsätzliche didaktisch-pädagogische Eignung, beispielsweise hinsichtlich des sprachlichen Niveaus unter Berücksichtigung der jeweiligen Schulstufe. Allerdings sind die Approbations-

kommissionen wie die Inhalte von Schulbüchern politisch umstritten (Bundesministerium für Bildung, 2025a).

Zur Nutzung von Schulbüchern in der Politischen Bildung in Österreich liegen derzeit keine empirischen Untersuchungen vor. Verwiesen werden kann daher nur auf Aussagen, wonach das Schulbuch im Politikunterricht ein wesentliches Unterrichtsmedium sei (Detjen, 2001, S. 460), sowie auf Forschungsergebnisse, die sich eigentlich auf den Geschichtsunterricht konzentrieren, aufgrund des Unterrichts in der Fächerkombination aber wohl auch für die Politische Bildung nicht völlig irrelevant sind. Diese zeigen, dass Schulbücher eines der am häufigsten verwendeten Unterrichtsmedien darstellen (Bernhard, 2018, S. 50; Kipman & Kühberger, 2019, S. 61–63, 78; Brait, 2025, S. 235). Auch zur Ausgestaltung österreichischer Schulbücher für die Politische Bildung ist derzeit noch wenig bekannt (Baumann, 2023), während zu deutschen Lehrwerken vereinzelte Analysen vorliegen (beispielsweise zur EU: Oberle et al., 2021). Dieser Befund überrascht nicht nur im Vergleich zu den umfangreichen Forschungsarbeiten im Bereich der Geschichtsdidaktik, sondern auch aufgrund der hohen Bedeutung „als Träger fachlicher, politikdidaktischer und schulpolitischer Innovationen“ (Langner, 2010, S. 433), die Schulbüchern auch von der Politikdidaktik zugeschrieben wird.

Thematisierung von Skandalen in österreichischen Lehrwerken

Zunächst ist festzuhalten, dass in allen untersuchten Lehrwerken – von einer Ausnahme abgesehen (Bausteine 4, 2018) – Skandale der Zweiten Republik thematisiert werden. Mit Abstand am häufigsten und detailreichsten wird die Waldheim-Affäre behandelt, gefolgt von der Ibiza-Affäre. Alle anderen politischen Skandale der Zweiten Republik, die in der Literatur (Gehler & Sickinger, 1996) beschrieben werden und/oder unter der Kategorie „Politische Affäre (Österreich)“ in der Online-Enzyklopädie Wikipedia zu finden sind (Kategorie: Politische Affäre (Österreich), 2023),⁷ werden nur vereinzelt erwähnt. Für die Politische Bildung ist allerdings nicht nur entscheidend, ob Skandale vorkommen, sondern wie sie didaktisch aufbereitet werden: als bloße Ereignisnennungen oder als Lernanlässe, um politische Urteilskompetenz, Medienkritik und die Reflexion von Macht- und Kontrollverhältnissen systematisch zu fördern.

7 Die Recherche auf diesem Wege war für die Studie nötig, da in der Forschungsliteratur eine aktuelle Übersicht zu Skandalen der Zweiten Republik fehlt. Wikipedia wurde dabei nicht als wissenschaftliche Publikation, sondern als kollaborativ erstellte Online-Enzyklopädie genutzt, deren Inhalte fortlaufend von einer Vielzahl an Menschen auf Basis veröffentlichter Informationen zusammengetragen, über Versionshistorien nachvollziehbar dokumentiert und in Diskussionsseiten verhandelt werden. Auf dieser Grundlage konnte eine erste, breit angelegte Liste potenziell relevanter Fälle identifiziert und die Suche im Material vorstrukturiert werden.

Die Waldheim-Affäre

Die Bedeutung der Waldheim-Affäre in den Schulbüchern wird allein schon dadurch ersichtlich, dass sie in zehn Lehrwerken in Zeitleisten aufgenommen wurde, auf denen die wichtigsten Ereignisse eines Kapitels aufgelistet wurden. Behandelt wird das Thema in 13 Lehrwerken im Kontext des Themenbereichs Geschichts- bzw. Erinnerungskulturen, in neun Lehrwerken im Kontext der Darstellung der österreichischen Innenpolitik nach 1945, in vier Werken in einem Großkapitel zum Holocaust und in einem Werk erfolgt die Erwähnung im Kontext der Vereinten Nationen, wobei Waldheims Funktion als UN-Generalsekretär zum Ausgangspunkt der Darstellung genommen wird – in mehreren Lehrwerken wird die Waldheim-Affäre also nicht nur einmal aufgegriffen. Dass diese so häufig im Kontext von Österreichs Umgang mit der NS-Vergangenheit erwähnt wird, ergibt sich aus dem Lehrplan der Sekundarstufe I, in dem als thematische Konkretisierung „historische und politische Darstellungen zum Opfermythos de-konstruieren“ vorgesehen ist. Zumal dies bedingt, den sogenannten Opfermythos zu thematisieren und die Waldheim-Affäre wesentlich zu dessen Erosion beigetragen hat (Uhl, 2001), ist die Erwähnung dieser nicht überraschend; auf sie wird jedoch auch in allen acht Lehrwerken der AHS-Oberstufe eingegangen.

Der Inputtext in den verschiedenen Lehrwerken ist unterschiedlich lang. In elf Lehrwerken ist der Waldheim-Affäre ein Unterkapitel gewidmet, in drei Büchern sogar ein eigenes Kapitel.⁸ Doch auch in sehr ausführlichen Darstellungen wird nicht über die zentralen historischen Fakten hinausgegangen, die auch in der Wissenschaft kontroverse Bewertung der Affäre bzw. der Waldheim gemachten Vorwürfe (Gehler, 1996) wird nicht deutlich. Wer zur Gruppe der Skandalierer gehörte, wird ebenfalls nicht klargestellt, wenn es etwa im Kapitel „Die Waldheim-Affäre“ in *Weltgeschehen 4* (2024, S. 76) heißt: „Während des Wahlkampfes 1986 wurden ihm Kriegsverbrechen und das Verschweigen von Teilen seiner Biografie vorgeworfen.“ Im Lehrwerk *GO Geschichte 4* (2022, S. 76) werden aus der Gruppe der Skandalierer Alfred Hrdlicka als Künstler benannt, der das Holzpferd entworfen hat, sowie „Künstler wie Manfred Deix, Peter Turrini“, die sich an der Aufstellung am Stephansplatz „beteiligt“ hatten. Im Schulbuch *Denkmal 7/8* (2023, S. 205) wird in unpräziser Weise angegeben, dass Hrdlicka das Holzpferd „gebaut“ habe, jedoch wird zusätzlich erläutert, dass dieses „zum ständigen Begleiter der Gegnerinnen und Gegner Waldheims [wurde], um bei seinen öffentlichen Auftritten an seine Mitgliedschaft bei einer SA-Reiterstandarte zu erinnern.“ Die Rolle ausländischer wie inländischer Medien wird hier – wie auch in allen anderen Werken – nicht erwähnt. Ohne Sichtbarmachung von Deutungskonflikten und medialen Aushandlungsprozessen wird der Skandal in den Lehrwerken somit nicht als Lernanlass für politische Urteilsbildung und die Re-

8 Die Gliederung der Schulbücher erfolgt in Großkapitel (die in der Sekundarstufe I oft den Modulen des Lehrplans entsprechen), Kapitel (die oft zwei Seiten umfassen, das sogenannte Doppelseitenprinzip) und Unterkapitel (die ein Kapitel strukturieren).

flexion von Macht- und Kontrollverhältnissen genutzt, sondern vor allem als historisches Ereignis abgehandelt. Den medialen Diskurs kann man nur indirekt anhand der Auszüge aus Interviews erschließen, die in sechs Schulbüchern zu finden sind. Im Schulbuch *Geschichte für alle 4* (2019, S. 131), in dem das berühmte Waldheim-Zitat „Ich habe im Krieg nichts anderes getan als hunderttausende Österreicher, nämlich meine Pflicht als Soldat erfüllt.“ abgedruckt ist, ist auch ein Foto von jenem Interview mit dem Österreichischen Rundfunk (ORF) zu sehen, in dem Waldheim diese Aussage getätigt hat. Neben den Zitaten werden in zahlreichen Lehrwerken auch andere Quellen abgedruckt: Fotos in zwölf, Wahlplakate in fünf sowie je in einem Werk eine Karikatur sowie das Holzpferd, das später im *Haus der Geschichte Österreich* ausgestellt wurde. Zudem wird in fünf Werken auf den Film „Waldheims Walzer“ von Ruth Beckermann aus dem Jahr 2018 verwiesen. Die Arbeitsaufträge beziehen sich in den meisten Fällen (82%) auf historische Kompetenzen oder historisches Faktenwissen. So werden etwa die Lernenden in *Denkmal 7/8* (2023, S. 207) dazu aufgefordert, „in Kleingruppen Fragen an Zeitzeuginnen und Zeitzeugen,

die die Waldheim-Affäre miterlebt haben“ zu formulieren und diese in der Folge zu interviewen.

Politische Kompetenzen werden nur mit sechs Arbeitsaufträgen adressiert. Politische Urteilskompetenz wird beispielsweise gefördert, wenn in einer Schulklasse jener aus *Weltgeschehen 4* (2024, S. 76) durchgeführt wird: „Bereitet ein fiktives Streitgespräch zwischen einer Anhängerin oder einem Anhänger und einer Gegnerin/einem Gegner Waldheims vor und spielt es durch. War es moralische Schuld? Moralische Mitschuld? Dabei wird auch der Begriff der ‚moralischen Schuld‘ analysiert.“ Hierbei müssen die Lernenden Argumente formulieren (eigene politische Urteile bilden) und beim Streitgespräch auch solche der anderen verstehen (fremde politische Urteile nachvollziehen).

Politikbezogene Methodenkompetenz wird mit einem Arbeitsauftrag aus *Geschichte für alle 4* (2019, S. 131) gefördert, der auf die Analyse der Kommunikationsstrategien und -ziele einer politischen Manifestation, die auf der Schulbuchseite abgebildet ist, abzielt: „Analysiere, welche Botschaft mit diesem Plakat transportiert werden sollte! Welche Zielgruppe soll angesprochen werden?

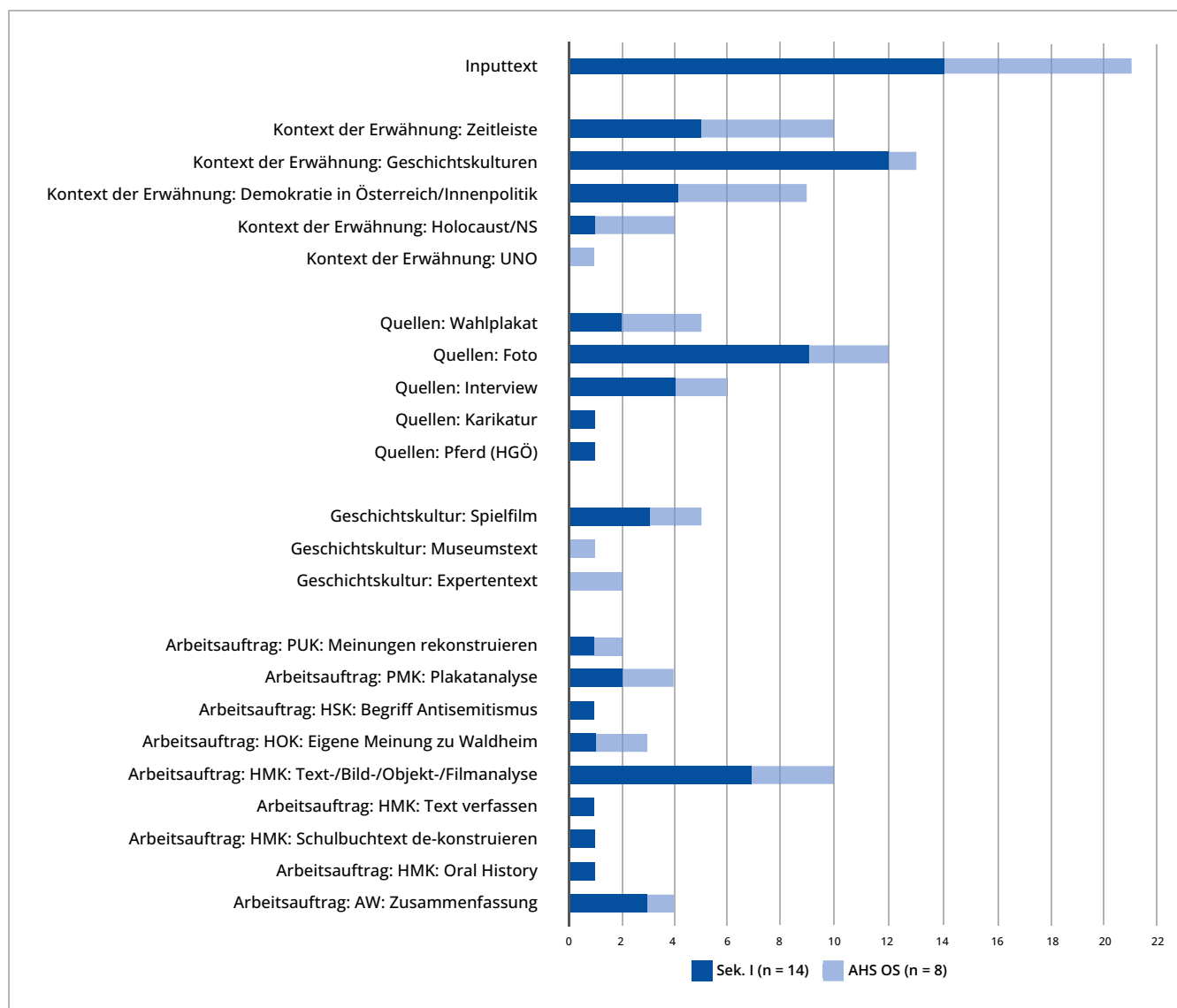


Diagramm 1: Darstellung der Waldheim-Affäre in Lehrwerken

Welche Absicht verfolgt das Plakat? Wie will das Plakat überzeugen?“ Dieser Arbeitsauftrag fällt in einen typischen Überschneidungsbereich zwischen der historischen und der politikbezogenen Methodenkompetenz (Hellmuth & Klepp, 2010, S. 136). Eine ausführlichere Plakatanalyse wird im Lehrwerk Denkmal 4 (2021, S. 102 f.) gefordert, wofür zwei Wahlplakate von der Kampagne Waldheims zur Verfügung stehen. Wie in vielen aktuellen Lehrwerken üblich, wird in einem gesonderten Bereich des Schulbuchs die Analyse bestimmter Quellengattungen Schritt für Schritt erklärt – in diesem Fall wird auf die Anleitung zur Analyse politischer Plakate (Denkmal 4, 2021, S. 170 f.) verwiesen. Solche Aufgaben zeigen, wie Skandale als Thema genutzt werden können, um Ziele der Politischen Bildung, wie sie im Lehrplan verankert sind, zu erreichen.

Die Ibiza-Affäre

Die Ibiza-Affäre gilt als der größte politische Skandal seit der Waldheim-Affäre (Karner, 2021, S. 253), was grundsätzlich ihren Platz 2 im Ranking der Behandlung von Skandalen in österreichischen Schulbüchern erklärt. Allerdings ist zu bedenken, dass nur ein Teil der untersuchten Lehrwerke diese überhaupt berücksichtigen konnte, denn die Lehrwerke *Bausteine 4* und *GO 7/8* erschienen bereits 2018. In Schulbüchern mit Erscheinungsdatum 2019 kann angenommen werden, dass es aufgrund der langen Produktionszeiten von Schulbüchern inkl. Approbationsverfahren – wenn überhaupt – nur im letzten Korrekturgang vor der Drucklegung möglich war, das Thema zu ergänzen. Dies ist nur im Lehrwerk *Geschichte für alle 4* (2019) erfolgt, in den anderen sechs Lehrwerken mit Erscheinungsjahr 2019 wird die Ibiza-Affäre nicht behandelt; dies gilt ebenso für das 2020 erschienene Schulbuch *Was? Wann? Warum? 4*. Hier zeigt sich eine der größten Herausforderungen bei der Behandlung politischer Themen in Schulbüchern, die die Autorin der vorliegenden Analyse auch in ihrer Funktion als Schulbuchautorin bestätigen kann: Fakten können kaum aktuell dargestellt werden; neue Parteien, Wahlen, Regierungen etc. sind selbst auf Bundesebene oft nur in Folgeauflagen berücksichtigbar. Für die Thematisierung von Skandalen ist die Aktualität eine ähnliche Herausforderung, denn erstens ist nicht immer abzuschätzen, welcher aktuelle Skandal langfristige Folgen haben wird, zweitens sind Prozesse zum Zeitpunkt der Abfassung des Schulbuches eventuell noch im Gange und drittens können rechtliche Bewertungen oder neue Enthüllungen den öffentlichen Blick auf den Skandal nachträglich verändern, sodass die im Schulbuch dargestellte Version veraltet oder unvollständig wirken kann. Ein Beispiel dafür im Kontext der Ibiza-Affäre ist die Beurteilung der Rolle von Heinz-Christian Strache, bei dem zunächst eine Verurteilung wegen Bestechlichkeit erfolgte, diese jedoch später aufgehoben wurde; in einem neuen Verfahren erfolgte ein Freispruch, während andere Ermittlungen (Stand: August 2025) weiterhin anhängig sind (Die Zeit, 2023). Diese dynamische

Entwicklung zeigt, dass Skandale weniger in Bezug auf tagesaktuelle Detailstände behandelt werden sollten, sondern stabile Analyseperspektiven (Macht- und Kontrollmechanismen) ins Zentrum gerückt werden sollten. Werden Skandale allerdings stark verkürzt dargestellt, erhalten die Lernenden kaum Grundlagen für eine fundierte Urteilsbildung.

Hinweise auf die Ibiza-Affäre finden sich in den untersuchten Lehrwerken in einem Fall im Kontext des Themas Wahlen, in acht Fällen im Rahmen der Darstellung der österreichischen Innenpolitik nach 1945 und dreimal in einem Kapitel, in dem Medien behandelt werden. In drei Schulbüchern wird die Ibiza-Affäre auf einer Zeile angeführt. Die Erklärungen fallen meist kurz aus, wie beispielsweise in *Weltgeschehen 7/8* (2021, S. 214), wo nur das Schlagwort genannt wird: „Nach nur ein- einhalb Jahren im Amt kündigte Bundeskanzler Kurz im Mai 2018 [sic!] die Koalition auf, weil sich die FPÖ als nur bedingt regierungsfähig erwiesen hatte (Ibiza-Video, mangelnde Abgrenzung von rechtsextremen Positionen).“ Eine ausführlichere Darstellung bietet etwa das Lehrwerk *Geschichte profi 4* (2024, S. 178), in dem das Thema im Kapitel „Medien und Politik: ‚Freund oder Feind?‘“ behandelt wird. Hier heißt es:

Dass Politikerinnen und Politiker den Medien eine große Bedeutung zugestehen, zeigte sich auch in der ‚Ibiza-Affäre‘. 2019 erklärten sich zwei österreichische Politiker in einem heimlich gefilmten Video unter anderem dazu bereit, Einfluss auf unabhängige Medien auszuüben. Dies führte nach Bekanntwerden des Videos zum Bruch der Regierungskoalition zwischen ÖVP und FPÖ.

Im Vergleich zur Waldheim-Affäre sind (auch unter Berücksichtigung, dass das Thema nicht in allen Werken behandelt werden konnte) vergleichsweise wenige Quellen abgedruckt: ein Medienbericht, in dem eine Rede von Sebastian Kurz wiedergegeben wird, einer mit Zitaten von Strache, ein Auszug aus einem Artikel von der Website der FPÖ sowie zwei Fotos, auf denen eine Demonstration am Ballhausplatz zu sehen ist, bei der der Rücktritt der Regierung gefordert wurde. Als einzige Geschichtsdarstellung findet sich das Plakat zur Sky-Serie „Die Ibiza-Affäre“. Damit werden zweifellos Chancen zur Förderung politischer Kompetenzen vergeben, denn gerade bei einem stark medial vermittelten Skandal wäre eine breitere Auswahl an Quellen bzw. politischen Manifestationen didaktisch besonders wertvoll, weil sich anhand dieser konkurrierende Narrative und Inszenierungen vergleichen ließen.

Aufgrund der geringen Anzahl an Quellen bzw. politischen Manifestationen ist es nicht überraschend, dass es nur zwei Arbeitsaufträge gibt, in denen das Ibiza-Video Thema ist. Politische Urteilskompetenz wird durch den Arbeitsauftrag „Nehmen Sie persönlich zu Straches Aussagen [...] Stellung: Warum sind sie demokratiepolitisch problematisch?“ (Denkmal 7/8, 2023, S. 299) gefördert. Der zweite Arbeitsauftrag bezieht sich nur indirekt auf diese Affäre, denn die Lernenden sollen zwei Textquel-

len vergleichen, die das vorzeitige Ende der ÖVP-FPÖ-Regierungskoalition 2019 thematisieren. Im auszugsweise abgedruckten Bericht der Oberösterreichischen Nachrichten wird nur die Nationalratssitzung vom 27. Mai 2019 angesprochen, in der die Selbstauflösung und die Neuwahl beschlossen wurden. Im Zitat von der Website der FPÖ gibt es einen kurzen Verweis auf die Ibiza-Affäre, die als „eine kurze Schwäche“ der FPÖ bezeichnet wurde. Den Lernenden wird zu den beiden Zitaten die Frage gestellt: „Welcher Text ist eurer Meinung nach ein informierender und welcher ein meinungsbildender? Unterstreicht, wodurch sich zeigt, dass es sich um eine informierende bzw. meinungsbildende Berichterstattung handelt.“ (Denkmal 4, 2021, S. 153). Damit wird zweifelsohne, wie im Lehrplan vorgesehen, eine Analyse von medial vermittelten Informationen angeleitet und somit Politikbezogene Methodenkompetenz gefördert – der Skandal spielt dabei aber nur am Rande eine Rolle.

chungsausschüssen bietet auch das Lehrwerk *Hotspots* 7/8 (2025, S. 244). Von den in den angeführten Ausschüssen behandelten Skandalen werden in diesem Lehrwerk der AKH-Skandal, die Lucona-Affäre und der Noricum-Skandal auch in einem Kapitel zur Amtszeit von Bundeskanzler Bruno Kreisky angeführt und jeweils in einem kurzen Absatz erklärt (Hotspots AHS 7/8, 2025, S. 219). Je eine weitere Erwähnung in einem Schulbuch gibt es zum AKH-Skandal, der in *Weltgeschehen* 7/8 (2021, S. 213) im Zusammenhang mit dem Verlust der absoluten Mehrheit für die SPÖ bei der Nationalratswahl 1983 genannt wird, sowie zum Noricum-Skandal, zu dem in *Denkmal* 7/8 (2023, S. 251) im Kapitel „Die multipolare Welt nach 1989“ eine lange Analyse eines Historikers abgedruckt ist, der laut einem Arbeitsauftrag von den Lernenden dekonstruiert werden soll.

Ausführlichere Erklärungen bieten die drei Lehrwerke, die sie erwähnen, zur Borodajkewycz-Affäre; in zwei Büchern

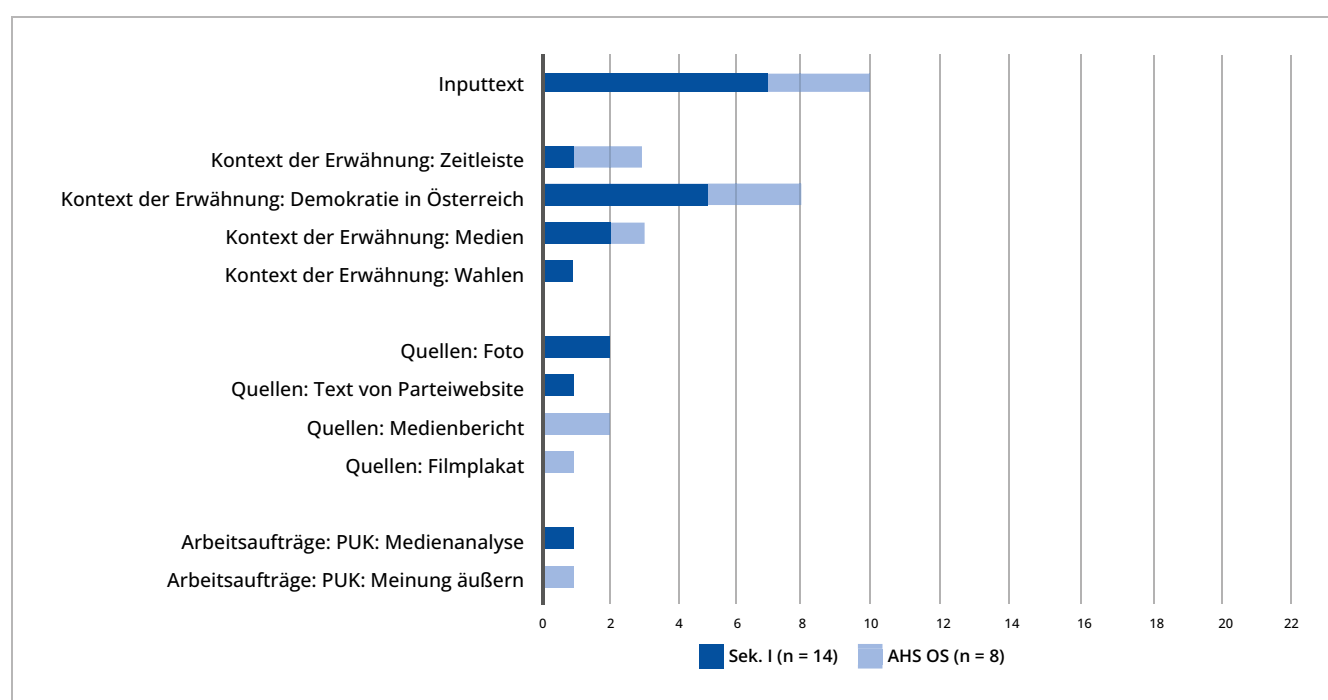


Diagramm 2: Darstellung der Ibiza-Affäre in Lehrwerken

Sonstige Hinweise auf Skandale

Weitere Skandale finden sich in den für das Schuljahr 2025/26 zugelassenen Lehrwerken nur vereinzelt: Drei Erwähnungen von Skandalen gibt es im Schulbuch *GO* 7/8 (2018, S. 241), in dem sich im Kapitel „Österreichische Politik am Beginn des 21. Jahrhunderts“ eine Tabelle findet, in der Themen aufgelistet werden, „die im Untersuchungsausschuss zur Klärung von Korruptionsvorwürfen behandelt wurden“. Genannt werden hier unter anderem die „Telekom-Affäre“ und die „BUWOG-Affäre“. Erklärungen hierzu finden sich nicht und es gibt auch keinen Arbeitsauftrag, der die Lernenden dazu anleiten würde, sich mit den genannten Skandalen oder Korruption generell zu befassen. Die beiden Skandale werden in keinem weiteren Lehrwerk erwähnt. Eine Tabelle zu Untersu-

findet sich auch ein Foto. Allerdings wird kein Arbeitsauftrag angeboten, sodass die Darstellung rein dem Zugewinn von Faktenwissen dient. Damit bleibt ein zentrales didaktisches Potenzial ungenutzt: Gerade weniger „kanonisierte“ Fälle könnten helfen, Skandale nicht als Ausnahme, sondern als immer wiederkehrendes politisches Phänomen zu begreifen.

Sucht man in den Lehrwerken nach dem Thema Korruption allgemein, dann fällt zunächst auf, dass diese häufig im Zusammenhang mit anderen Staaten sowie der EU behandelt wird, wie beispielsweise an vier Stellen in *Zeitbilder* 7/8 (2019). Im Kontext der Thematisierung von Medien allgemein findet sich das Thema Korruption in zwei Lehrwerken. Beispielsweise wird in *Genial Duo* 4 (2021, S. 174) ausgeführt:

Die Pressefreiheit und die Meinungsfreiheit sind wichtige Grundrechte. Sie werden aber in vielen Ländern verletzt. Kritische Journalistinnen und Journalisten werden oft verklagt, eingesperrt oder sogar ermordet. Mächtige Menschen in Politik und Wirtschaft wollen so verhindern, dass sie über Korruption und andere Verbrechen berichten.

Im Kontext der Ausführungen zur österreichischen Innenpolitik wird in fünf Lehrwerken Korruption erwähnt. So heißt es in *Denkmal 4* (2021, S. 54) etwa: „Zu den Erfolgen der ‚Wenderegierung‘ –

zeitgemäß 7/8 (2024, S. 227) veranlasst zudem zu einer Beurteilung der Medienlandschaft: „Betrachten Sie die Einflüsse auf Österreichs Medien anhand der Grafik [Eigentumsverhältnisse der österreichischen Printmedien] und finden Sie Querverbindungen zu Österreichs politischen Parteien. Beurteilen Sie deren Einfluss auf Österreichs Medienlandschaft – auch in Hinblick auf die Skandale der letzten Jahre.“

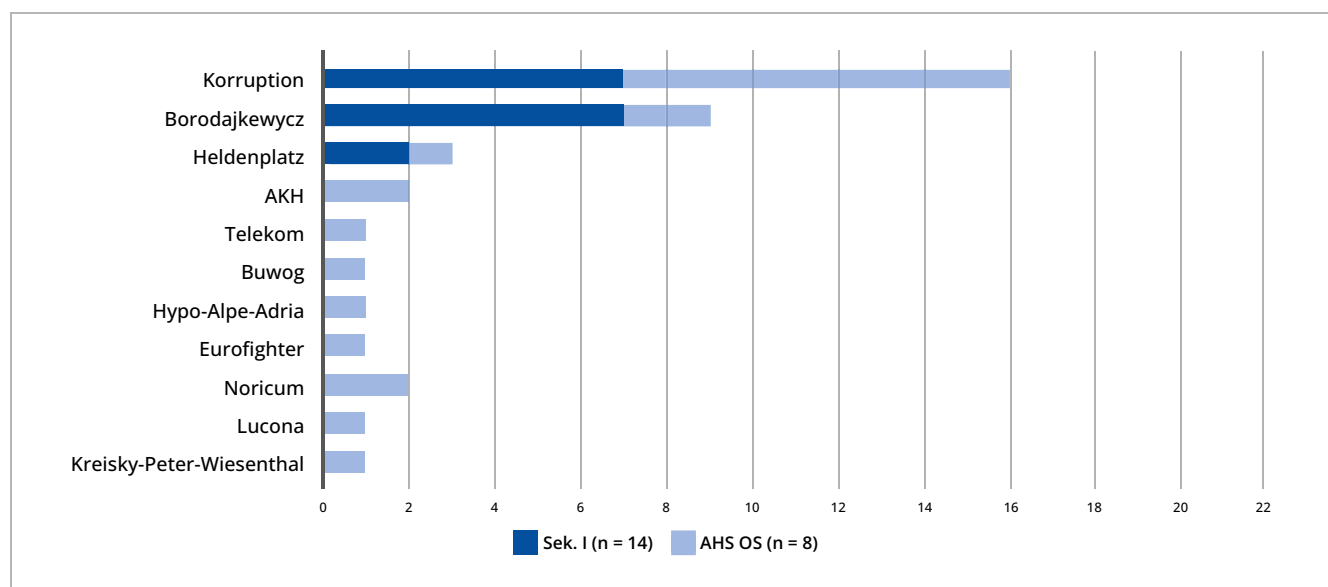


Diagramm 3: Darstellung weiterer Skandale in Lehrwerken

wie etwa die Einführung des Kindergeldes oder der E-Card – kamen Korruptionsskandale, die bis heute vor Gericht verhandelt werden.“ Dieses Schulbuch bietet zu Korruption auch eine Kurzdefinition an. In *Hotspots AHS 7/8* (2025, S. 251) findet sich auch ein Arbeitsauftrag zum Thema. Auf Basis der Forderungen des Antikorruptionsvolksbegehrens von 2022 sowie einer Umfrage zur Korruption in Österreich 2023 sollen die Lernenden herausarbeiten, „welche Probleme in Österreich die politische Kultur und das politische System kennzeichnen“.

Letztlich sei noch erwähnt, dass in elf Lehrwerken auf die Rolle von Medien im Zusammenhang mit politischen Skandalen eingegangen wird. Während in *querdenken 4* (2019, S. 126) ausgeführt wird, dass „Boulevardzeitungen, auch Regenbogenpresse genannt, [...] auf Sensationen und Skandale ausgerichtet“ sind, und *Hotspots AHS 7/8* (2025, S. 279) von einem „Skandaljournalismus“ spricht, der darauf abzielt, das Publikum „besser als objektive Informationssendungen“ zu unterhalten, wird in den anderen neun Werken die Kontrollfunktion von Medien allgemein betont. So wird beispielsweise in *Geschichte profi 4* (2024, S. 176) erklärt: „Auch Politikerinnen und Politiker können ihre eigenen Positionen in Medien darstellen, andererseits werden sie von den Medien kontrolliert, indem diese z. B. Missstände oder politische Skandale aufdecken.“ Ein Arbeitsauftrag in

Fazit

Die Präsenz von Skandalen in der medialen Berichterstattung zur österreichischen Innenpolitik ist – auch ohne eine systematische Auswertung vorgenommen zu haben – unbestreitbar. Es vergeht kaum eine Woche, ohne dass ein neuer die Schlagzeilen dominiert. Genannt sei ein Beispiel, das während der Abfassung des vorliegenden Textes für innenpolitische Aufregung sorgte: „Skandal um Polizeieinsatz/Das Trauma vom Peršmanhof“ titelte etwa der Falter (Klatzer, 2025) im Zusammenhang mit der polizeilichen Räumung eines antifaschistischen Sommercamps auf dem Gelände der NS-Gedenkstätte Peršmanhof in Kärnten. Sucht man in der Datenbank der Austria Presse Agentur (APA) mit den Begriffen „Österreich“ und „Skandal“, dann zeigt sich schnell, dass der Begriff für diverse Vorkommnisse herangezogen wird – die Nutzung in der Schlagzeile soll offenkundig die Aufmerksamkeit für ein Ereignis erhöhen.

Während politische Skandale in den Medien also stark präsent sind, spielen sie in der Politischen Bildung in Österreich nur eine untergeordnete Rolle – wie sich die Politische Bildung insgesamt bislang wenig mit dem Thema auseinandersetzt; der diesbezügliche Befund von Brügggen und Sander (2005, S. 173) ist nach wie vor nicht zu widerlegen. So finden sich beispielsweise keine publizierten Unterrichtsbeispiele, die sich explizit diesem Thema widmen, und in dem in Österreich sehr be-

kannten Politiklexikon für junge Leute (Gärtner, 2008), das über 600 Begriffe mit kurzen Erklärungen aufweist, gibt es weder einen Eintrag zu „Affäre“ noch zu „Skandal“ (wohl aber zu „Korruption“).

Somit überrascht das Ergebnis der Untersuchung wenig: Die Analyse österreichischer Schulbücher hat gezeigt, dass politische Skandale derzeit kaum systematisch behandelt werden. Diese werden hauptsächlich punktuell erwähnt. Thematisiert werden vor allem prominente Fälle wie die Waldheim-Affäre oder der Ibiza-Skandal, jedoch häufig ohne vertiefende Kontextualisierung oder kritische Auseinandersetzung mit systemischen Ursachen und medialer Dynamik. Komplexe Zusammenhänge zwischen Machtstrukturen, politischer Kultur und Medienlogik werden nicht aufgearbeitet. Im Zentrum stehen die Skandalisierten, die Skandalierer werden meist nicht einmal benannt. Statt Demokratielernen steht eine vereinfachte Ereignisberichterstattung im Vordergrund bzw. geht es in den meisten Fällen um bloße Wissensvermittlung. Der Forderung, dass sich eine „Didaktik des Skandals [...] nicht nur in der Bearbeitung von Skandalen aus der Beobachterperspektive [erschöpft], sondern [...] bei den Schülerinnen und Schülern v. a. durch Beurteilung der Urteile von Skandalrezipienten die eigene Stellungnahme systematisch provozieren und üben“ muss (Brüggen & Sander, 2005, S. 177), werden die österreichischen Lehrwerke somit nicht gerecht. Wesentlich hierfür sind wohl die Nachwirkungen der lange dominierenden Institutionenkunde, also die Orientierung an Strukturen, Organen und „Faktenwissen“. Diese tragen dazu bei, dass kontroverse Themen wie politische Skandale eher randständig und ereignisbezogen behandelt werden, statt sie als Anlass für vertiefte Urteilsbildung, Konfliktanalyse und Demokratielernen systematisch zu nutzen.

Damit werden Chancen für Politische Bildung vergeben, denn politische Skandale können, wie gezeigt wurde, – didaktisch entsprechend aufbereitet – ein hervorragender Ausgangspunkt sein, um zentrale politische Kompetenzen zu fördern: Einerseits können sie zur kri-

tischen Auseinandersetzung mit politischer Praxis anregen, andererseits bieten sie Anknüpfungspunkte für Reflexionen über demokratische Werte und politische Verantwortung. Zur Erreichung der in den Lehrplänen formulierten Lernziele unter anderem hinsichtlich politischer Manifestationen in den Medien wäre daher eine Ent-Skandalisierung durch Analyse wesentlich, sodass Jugendliche politische Prozesse reflektieren, eigene begründete politische Urteile formulieren sowie Handlungsoptionen entwickeln können.

Die vorliegende Studie konnte freilich nur einen ersten Einblick in die Thematik liefern. Fest steht zunächst grundsätzlich, dass Schulbuchanalysen keine direkten Rückschlüsse auf die Unterrichtspraxis erlauben, da Auswahl, Gewichtung und didaktische Rahmung der Inhalte wesentlich durch die Lehrkräfte geprägt werden. Die Untersuchung wurde auf 22 für das Schuljahr 2025/26 approbierte Lehrwerke beschränkt und konnte weder ältere Ausgaben noch digitale Zusatzangebote (E-Book+) und Arbeitshefte einbeziehen; zudem mussten von Lehrpersonen selbst zusammengestellte Unterrichtsmaterialien außerhalb der Schulbuchaktion unberücksichtigt bleiben. Wie erste Forschungen zu Dokumentationen des Unterrichtsgeschehens durch die Lernenden (Brait, 2024a) zeigen, wird dieses nicht nur durch Schulbücher geprägt; welche Materialien beim Unterricht zu aktuellen politischen Ereignissen wie Skandalen vorrangig zum Einsatz kommen, muss jedoch erst untersucht werden. Schließlich ist zu berücksichtigen, dass die Codierung trotz der dokumentierten Regeln und der iterativen Kategorienentwicklung interpretativ und an die Perspektive der forschenden Person gebunden ist; zudem besteht bei der Identifizierung über Suchbegriffe und beim Arbeiten mit Scan-PDFs immer ein gewisses Risiko, implizite oder anders bezeichnete Bezüge zum Thema zu übersehen. Insgesamt bietet die Studie daher eine systematische Momentaufnahme der Darstellungen in österreichischen Lehrwerken, nicht aber eine umfassende Aussage über tatsächliche Lernprozesse oder über Entwicklungen über längere Zeiträume hinweg.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Änderung der Verordnung über die Lehrpläne der allgemein bildenden höheren Schulen, BGBl. II Nr. 219/2016.
 Änderung der Verordnung über die Lehrpläne der Hauptschulen, der Verordnung über die Lehrpläne der Neuen Mittelschulen sowie der Verordnung über die Lehrpläne der allgemein bildenden höheren Schulen, BGBl. II Nr. 113/2016.
 Änderung der Verordnungen über die Lehrpläne der Volksschule, der Sonderschulen, der Hauptschulen und der allgemein bildenden höheren Schulen, BGBl. II Nr. 290/2008.
 Baumann, J. (2023). *Aufgabenkultur in der kompetenzorientierten Politischen Bildung: Eine kategoriale Schulbuchforschung*. Paris Lodron Universität Salzburg.
https://www.plus.ac.at/wp-content/uploads/2023/11/BaumannJ_Abstract.pdf
 Bergmann, J. & Pörksen, B. (2009). Einleitung: Die Macht öffentlicher Empörung. In J. Bergmann & B. Pörksen (Hrsg.), *Skandal! Die Macht öffentlicher Empörung* (S. 7–33). Herbert von Halem Verlag.
 Bernhard, R. (2018). Fragebogenentwicklung anhand qualitativer Daten in einem Mixed-Methods-Research-Design: Eine geschichtsdidaktische Perspektive zu historischem Denken und Schulbuchnutzung. In C. Bramann, C. Kühberger & R. Bernhard (Hrsg.), *Historisch Denken lernen mit Schulbüchern* (S. 37–62). Wochenschau.
 Brait, A. & Ottner-Diesenberger, C. (2020). E-Books und historisches Lernen: Entwicklungen, Möglichkeiten und Herausforderungen digitaler Schulbücher zwischen Theorie und Praxis. In K. Matijević (Hrsg.), *Funktion und Aufgabe digitaler Medien in Geschichtswissenschaft und Geschichtsunterricht* (S. 55–86). Computus Druck Satz & Verlag.

- Brait, A. (2022). Menschen im Krieg: Personifizierung in Darstellungen zum Ersten Weltkrieg in österreichischen Geschichtsschulbüchern zwischen 1945 und 2015. In A. Brait & T. Hirschmüller (Hrsg.), *Die Kriege des langen 19. Jahrhunderts in Geschichtsschulbüchern* (S. 227–250). iup.
- Brait, A. (2023). Teaching history in subject combinations: The example of Austria: History and social studies/civic education. In N. Fink, M. Furrer & P. Gautschi (Hrsg.), *Why history education?* (S. 340–354). Wochenschau.
- Brait, A. (2024a). „Vergangenheitskunde“ oder Holocaust-Education? Einblicke in die Themenauswahl im österreichischen Geschichtsunterricht der Sekundarstufe II zum Thema „Nationalsozialismus und Holocaust“ über Geschichtshefte bzw. -mappen. *zeitgeschichte*, 51(4), 493–514.
<https://doi.org/10.14220/9783737017428.493>
- Brait, A. (2024b). Colonialism and imperialism in Austrian history curricula and textbooks (1945–2023). *Historical Thinking Culture and Education*, 1(1), 11–30.
<https://doi.org/10.12685/htce.1287>
- Brait, A. (2025). Orientierungsbedürfnis und/oder (historisches) Interesse: Umriss eines Desiderats aus theoretischer und empirischer Perspektive. In M. Nitsche, L. Yildirim, S. Barsch & J. van Norden (Hrsg.), *Geschichtsdidaktisch forschen* (S. 222–242). Wochenschau.
- Brüggen, F. & Sander, W. (2005). Kleine Didaktik des politischen Skandals. In R. Reichenbach & H. Breit (Hrsg.), *Skandal und politische Bildung: Aspekte zu einer Theorie des politischen Gefühls* (S. 173–189). Logos.
- Bundeskanzleramt. (2025). *Schulbücher im Schuljahr 2025/26: Durchführungsrichtlinien zur Schulbuchaktion für das Schuljahr 2025/26* (GZ: 2025-0.095.718).
- Bundesministerium für Bildung. (2025a). *Anfragebeantwortung: 987/AB XXVIII. GP.*
https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVIII/AB/987/imfname_1691770.pdf
- Bundesministerium für Bildung. (2025b). *Die österreichische Schulbuchaktion.*
- Bundesministerium für Unterricht und Kunst. (1978). *Grundsatzerslass Politische Bildung in den Schulen: GZ 33.464/6–19a/197.*
<https://www.didactics.eu/fileadmin/pdf/1731.pdf>
- Dachs, H. (2008). Politische Bildung in Österreich – ein historischer Rückblick. In C. Klepp & D. Rippitsch (Hrsg.), *25 Jahre Universitätslehrgang Politische Bildung in Österreich* (S. 17–34). Facultas.
- Deichmann, C. (1999). Institutionenkunde. In W. W. Mickel (Hrsg.), *Handbuch zur politischen Bildung: Grundlagen, Methoden, Aktionsformen* (S. 231–236). Wochenschau.
- Detjen, J. (2001). Schulbuchdidaktik: Anmerkungen zu Produktion, Rezeption und Didaktik von Schulbüchern zum Politikunterricht. *Bildung & Erziehung*, 54(4), 459–482.
<https://doi.org/10.7788/bue.2001.54.4.459>
- Die Zeit (2023, 10. Januar). *Gericht spricht früheren FPÖ-Chef Strache in Korruptionsprozess frei.* Die Zeit.
<https://www.zeit.de/politik/ausland/2023-01/oesterreich-heinz-christian-strache-korruption-prozess-freispruch>
- Dörner, A. (2001). *Politainment: Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft.* Suhrkamp.
- Eder, M. (2024). Die Ibiza-Affäre auf Twitter: Journalistisches Framing eines politischen Skandals. In C. Nuernbergk, N. F. Schumacher, J. Haßler & J. Schützeneder (Hrsg.), *Politischer Journalismus: Konstellationen – Muster – Dynamiken* (S. 243–256). Nomos.
- Gärtner, R. (2008). *Politiklexikon für junge Leute.* Jungbrunnen.
- Gehler, M. & Sickinger, H. (Hrsg.). (1996). *Politische Affären und Skandale in Österreich: Von Mayerling bis Waldheim* (2., durchges. und erw. Aufl.). Kulturverlag.
- Gehler, M. (1996). „... eine grotesk überzogene Dämonisierung eines Mannes ...“: Die Waldheim-Affäre 1986–1992. In M. Gehler & H. Sickinger (Hrsg.), *Politische Affären und Skandale in Österreich: Von Mayerling bis Waldheim* (2., durchges. und erw. Aufl., S. 614–665). Kulturverlag.
- Hellmuth, T. & Klepp, C. (2010). *Politische Bildung: Geschichte – Modelle – Praxisbeispiele.* UTB.
- Hinz, F. & Meyer-Hamme, J. (2016). Geschichte lernen postkolonial? Schlussfolgerungen aus einer geschichtsdidaktischen Analyse postkolonial orientierter Unterrichtsmaterialien. *Zeitschrift für Geschichtsdidaktik*, 15(1), 131–148.
<https://doi.org/10.13109/zfgd.2016.15.1.131>
- Karner, C. (2021). „Ibizagate“: Capturing a political field in flux. *Austrian History Yearbook*, 52, 253–269.
<https://doi.org/10.1017/S0067237820000557>
- Kategorie: Politische Affäre (Österreich). (2023). In *Wikipedia*.
[https://de.wikipedia.org/wiki/Kategorie:Politische_Aff%C3%A4re_\(%C3%96sterreich\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Kategorie:Politische_Aff%C3%A4re_(%C3%96sterreich))
- Kehr, S. & Schiefer, F. (2020). Empörend, verstörend, verwerflich: Zur Genese und Anatomie des politischen Skandals in der repräsentativen Demokratie und seine Relevanz für die (schulische) politische Bildung. In I. Juchler (Hrsg.), *Politik und Sprache: Handlungsfelder politischer Bildung* (S. 223–237). Springer.
- Kelle, U. & Erzberger, C. (2007). Qualitative und quantitative Methoden: Kein Gegensatz. In U. Flick, E. v. Kardorff & I. Steinke (Hrsg.), *Qualitative Forschung: Ein Handbuch* (5. Aufl., S. 299–309). Rowohlt.
- Kipman, U. & Kühberger, C. (2019). *Einsatz und Nutzung des Geschichtsschulbuches: Eine Large-Scale-Untersuchung bei Schülern und Lehrern.* Springer.
- Klatzer, J. (2025, 5. August). *Skandal um Polizeieinsatz: Das Trauma vom Peršmanhof.* Falter.
<https://www.falter.at/zeitung/20250805/das-trauma-vom-persmanhof>

- Krammer, R. (2008). *Die durch politische Bildung zu erwerbenden Kompetenzen: Ein Kompetenz-Strukturmodell*. Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur.
- Krammer, R. (2009). Weder politisch noch gebildet? „Geschichte und Politische Bildung“ in der Oberstufe der AHS. In T. Hellmuth (Hrsg.), *Das „selbstreflexive Ich“: Beiträge zur Theorie und Praxis politischer Bildung* (S. 97–113). Studienverlag.
- Langner, F. (2010). Schulbuch. In A. Besand & W. Sander (Hrsg.), *Handbuch Medien in der politischen Bildung* (S. 432–443). Wochenschau Verlag.
- Massing, P. (1999). Institutionenkunde. In G. Weissenro (Hrsg.), *Lexikon der politischen Bildung* (S. 111–114). Wochenschau.
- Neckel, S. (1989). Das Stellschälchen der Macht: Zur Soziologie des politischen Skandals. In R. Ebbighausen & S. Neckel (Hrsg.), *Anatomie des politischen Skandals* (S. 55–80). Suhrkamp.
- Neuerlautbarung der Provisorischen Lehrpläne für die Mittelschulen, Verordnungsblatt für den Dienstbereich des Bundesministeriums für Unterricht 10a/1955.
- Oberle, M., Bischewski, M. & Tatje, C. (2021). *Schulbücher als Vermittler der Europäischen Integration? Eine produkt- und wirkungsorientierte Studie zum politischen Fachunterricht*. V&R unipress.
- ORF (2025, 11. Februar). Österreich auf historischem Tiefpunkt. ORF.
<https://orf.at/stories/3384464>
- Preisinger, A. (2018). Digitale Nachrichten zwischen Fakt und Fake. *Informationen zur Politischen Bildung*, Nr. 43, 41–46.
- Provisorische Lehrpläne für die Hauptschulen. Veröffentlicht aufgrund der Verordnung des Bundesministers für Unterricht vom 18. Oktober 1946, Zl. 28.520-IV/12.
- Sander, W. (2009). Kompetenzen in der Politischen Bildung – eine Zwischenbilanz. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 38(3), 293–307.
<https://doi.org/10.15203/ozp.645.vol38iss3>
- Schenk, S. (2021). Fake News als Herausforderung für die politische Bildung. In J. Wahl, I. Schell-Kiehl & T. Damberger (Hrsg.), *Pädagogik, Soziale Arbeit und Digitalität* (S. 164–178). Beltz Juventa.
- Schön, S., Kreissl, K., Dobusch, L. & Ebner, M. (2017). *Mögliche Wege zum Schulbuch als Open Educational Resources (OER): Eine Machbarkeitsstudie zu OER-Schulbüchern in Österreich*. Salzburg Research.
- Schreiber, W. (2016). Kategoriale Schulbuchforschung als Grundlage für empirische Untersuchungen zu kompetenzorientiertem Geschichtsunterricht. In J. P. Bauer, J. Meyer-Hamme & A. Körber (Hrsg.), *Geschichtslernen – Innovationen und Reflexionen* (S. 61–76). Centaurus Verlag & Media.
- Sicking, H. (1996). Von der „Insel der Seligen“ zur „Skandalrepublik“? Politische Skandale in der Zweiten Republik. In M. Gehler & H. Sicking (Hrsg.), *Politische Affären und Skandale in Österreich: Von Mayerling bis Waldheim* (2., durchges. und erw. Aufl., S. 698–743). Kulturverlag.
- Stornig, T. (2021). *Politische Bildung im Kontext von Wahlen mit 16: Zur Praxis schulischer Demokratiebildung*. Springer VS.
- Thomas, D. R. (2006). A general inductive approach for analyzing qualitative evaluation data. *American Journal of Evaluation*, 27(2), 237–246.
<https://doi.org/10.1177/1098214005283748>
- Uhl, H. (2001). Das „erste Opfer“: Der österreichische Opfermythos und seine Transformationen in der Zweiten Republik. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 30(1), 19–34.
<https://doi.org/10.15203/ozp.765.vol30iss1>
- Verordnung der Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, mit der die Verordnung über die Lehrpläne der allgemein bildenden höheren Schulen geändert wird, BGBl. II Nr. 232/2002.
- Verordnung des Bundesministeriums für Unterricht vom 22. Juni 1964, mit welcher Lehrpläne für die Unterstufe des Gymnasiums, des Realgymnasiums, des wirtschaftskundlichen Realgymnasiums für Mädchen und des Bundesgymnasiums für Slowenen sowie für die I. bis III. Klasse des musisch-pädagogischen Realgymnasiums erlassen werden, BGBl. Nr. 163/1964.
- Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung, mit der die Verordnung über die Lehrpläne [...] der Mittelschulen und die Verordnung über die Lehrpläne der allgemeinbildenden höheren Schulen geändert werden, BGBl. II 1/2023 idF BGBl. II Nr. 204/2024.
- Verordnung des Bundesministers für Unterricht vom 1. Juni 1928, betreffend die Festsetzung der Lehrpläne für die Hauptschulen, BGBl. 137/1928.
- Verordnung des Bundesministers für Unterricht vom 1. Juni 1928, betreffend die Festsetzung der Lehrpläne für die Mittelschulen, BGBl. Nr. 138/1928.
- Verordnung des Ministers für Kultus und Unterricht vom 15. Juli 1907, womit neue Normallehrpläne für die Bürgerschulen vorgeschrieben werden, Z. 2368.
- Windischbauer, E. & Kühberger, C. (2013). „Geschichte und Sozialkunde, Politische Bildung“: Kommentar zum Lehrplan der Hauptschule und AHS-Unterstufe. In M. Wirtitsch (Hrsg.), *Kompetenzorientierung: Eine Herausforderung für die Lehrerbildung* (S. 177–191). Wochenschau.

- Winkler, H.-J. (1968). Über die Bedeutung von Skandalen für die politische Bildung. Aus Politik und Zeitgeschichte, 27, 3–14.
<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/archiv/528000/ueber-die-bedeutung-von-skandalen-fuer-die-politische-bildung>
- Wirtitsch, M. (2003). Bildung und Politik: Bildungspolitik oder Politische Bildung? Ein Gesetzesvorschlag, sein Beschluss und die Folgen. *Österreich in Geschichte und Literatur*, 47(2b–3), 162–168.
- Wolf, A. (Hrsg.). (1998). *Der lange Anfang: 20 Jahre „Politische Bildung in den Schulen“*. Sonderzahl.
- Wolling, J. (2001). Skandalberichterstattung in den Medien und die Folgen für die Demokratie: Die Bedeutung von Wahrnehmung und Bewertung der Berichterstattung für die Einstellung zur Legitimität des politischen Systems. *Publizistik*, 46(1), 20–36.
<https://doi.org/10.1007/s11616-001-0002-9>
- Zandonella, M. & Bohrn, K. (2024). *Junge Menschen & Demokratie 2024*. Forsight Research Hofinger.

ANDREA BRAIT,

PD MMag. Dr., Studienleitung am Zentrum für Kulturen und Technologien des Sammelns der Universität für Weiterbildung Krems; zuvor: Assoziierte Professorin am Institut für Zeitgeschichte und am Institut für Fachdidaktik der Universität Innsbruck sowie Lektorin am Institut für Geschichte der Universität Wien; Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und Germanistik; Habilitation für Zeitgeschichte und Geschichtsdidaktik (Innsbruck 2021); Forschungsschwerpunkte: Unterricht im Kombinationsfach Geschichte und Politische Bildung in Österreich, Schulbücher, außerschulische Lernorte (Museen, Gedenkstätten etc.).

<https://orcid.org/0000-0002-7970-913X>

Rezensionen

EVA ILLOUZ (2026).

Emotional Technologies.

How Techno-Capitalism Exploits Our Subjectivity.

Cambridge: Polity. 108 Seiten.

Digital technologies are often associated with automation and objectivity, alongside a growing fear that machines are replacing human emotion. Rather than adopting this perspective, *Emotional Technologies: How Techno-Capitalism Exploits Our Subjectivity* argues that contemporary technologies have instead become highly emotionalized. Eva Illouz examines how digital platforms do not diminish emotional life but actively cultivate and exploit it, making emotions the raw material through which techno-capitalism generates economic value. Instead of extracting value solely from labor or material resources, contemporary capitalism targets more and more the subjectivity itself, producing technologies that both respond to and shape users' emotional lives. Similar to Sara Ahmed's understanding of emotions as circulating between bodies and institutions, Illouz shows how digital platforms organize these circulations, transforming affective exchanges into measurable and profitable forms of emotional data.

Eva Illouz, director of studies at the School for École des Hautes Études en Sciences Sociales (EHESS) in Paris, is known for her work on the relationship between capitalism, culture, and emotions. In books such as *Cold Intimacies* (2007), *Saving the Modern Soul* (2008) and *Happycracy* (2018), she examined how capitalism reshapes emotional life and individual subjectivity. Based on a public lecture delivered in February 2025, *Emotional Technologies*, published by Polity Press in 2026, extends these concerns into the digital age. Written as an essay, it traces how emotions have become the central infrastructure through which technology and the economy intersect, making it a valuable contribution to digital sociology, media studies, and critical theories of contemporary capitalism placing emotional experience at the center of technological development.

In the introduction, Illouz's main goal is to position the reader, directly addressed as „you“, as a part of the techno-capitalist world. In doing so, she introduces two seemingly distant but overlapping phenomena: prosumption and self-help culture. By examining the ways in which emotions are continuously consumed and produced by and through technology, Illouz argues that we are witnessing an unprecedented emotionalization of technology. Rather than emptying humanity of its emotionality, as technology is often assumed to do, digital technologies increasingly make emotions the raw material of economic production, simultaneously producing emotions while being shaped by them.

The first chapter, „Co-Production of Emotions and Technology“, introduces five ways how emotions and technology co-produce each other. First, digital communication increasingly mimics interpersonal emotional interaction through emojis, GIFs, stickers, and other standardized visual languages that integrate emotional expression into everyday messaging. More importantly, they are not necessarily just a visual translation of words but sometimes even a representation of ideas or emotional states for which there is no single specific word. Second, social networking platforms engineer emotional circulation by transforming attention into an economy driven by likes, reactions, virality, and constant feedback. Illouz traces the emergence of these techno-emotional features through platforms such as YouTube and Twitter, while also illustrating their effects through public figures such as Kim Kardashian and Paris Hilton. Third, digital services such as meditation applications, dating platforms, and AI chatbots directly market emotional regulation as purchasable commodities, which Illouz terms „techno-emodities“. Fourth, users' emotional expressions become valuable datasets mined for commercial and political purposes through algorithmic profiling and targeted advertising. Finally, virtual environments, from multiplayer games to AI companions, produce emotionally immersive experiences that blur the distinction between fictional and real engagement. Unlike traditional fiction, virtual emotions are sharpened by an augmented sense of reality, to the point where identification alone may no longer explain what happens. Throughout the chapter, Illouz demonstrates that contemporary technologies increasingly function by embedding themselves within emotional life rather than operating independently from it. The second chapter, „The Intersecting Logics of Capitalism“, situates these technological developments within a broader transformation of capitalism. Illouz argues that technology has become the site where multiple capitalist logics converge: commodification, advertising, marketing, branding, quantification, standardization, and continual innovation intersect within individual subjectivity. Social media profiles become simultaneously personal identities, advertising spaces, branded personas, and measurable datasets. Individuals are encouraged not only to consume commodities but to continuously produce themselves as marketable products whose emotional performances generate economic value. In this framework, the self becomes both producer and commodity, collapsing traditional distinctions between production and consumption into what Illouz describes as techno-capitalist subjectivity.

„The Economics of Techno-Emotions“ develops this argument further by examining how emotional engagement directly fuels digital economies by assessing its different segments. Illouz discusses emotional pictography, affective labor on social media, emotional self-improvement applications, personal branding, emotional data extraction, and multiplayer gaming economies to demonstrate how feelings increasingly function as productive assets. User interactions, often

experienced simply as communication or self-expression, generate measurable economic value for technology companies through data collection, targeted advertising, and platform engagement. Emotional labor, once largely confined to interpersonal service work, now permeates digital participation itself, with platforms transforming everyday emotional expression into profitable forms of data production. The fourth chapter, „Making Emotions into Science Fiction“, turns to popular culture, particularly *Black Mirror*, to illustrate the cultural consequences of techno-emotional capitalism. Illouz interprets episodes centered on reputation systems, avatar identities, and virtual realities as speculative yet increasingly recognizable extensions of contemporary digital life. Technologies enforce emotional positivity through visible systems of evaluation, transform everyday life into performative spectacle, and intensify emotional investment in fictional identities. Rather than treating science fiction merely as entertainment, Illouz uses these narratives to expose existing tendencies within platform capitalism, where emotional authenticity increasingly becomes performative and measurable through technological mediation.

In the conclusion, Illouz reflects on the broader consequences of emotional cyborgization. Drawing on Yasmin Ibrahim's concept of the machinic bind, she argues that digital technologies have become deeply embodied within human emotional experience. This integration produces three major effects: the erosion of direct experience, a condition of crowded loneliness in which emotional needs are increasingly satisfied through mediated interactions, and an exit from reality, where performed authenticity replaces shared notions of truth. Virtual emotional experiences are no longer experienced as secondary or fictional but increasingly constitute reality itself. Illouz concludes that the economic exploitation of emotions extends beyond consumer culture, reshaping social relations, democratic participation, and the very conditions under which reality is collectively negotiated. Her analysis ultimately calls for a renewed critical theory capable of understanding how contemporary capitalism governs subjects through emotions rather than despite them.

Emotional Technologies offers a contribution to contemporary debates on digital culture by placing emotions at the center of techno-capitalism. The essayistic format allows Illouz to move across a wide range of examples, from social media and AI to dating apps, to virtual worlds and the *Black Mirror* series, to illustrate how technology and emotions continuously co-produce one another. However, emotional experiences mediated by technology are often interpreted primarily through their incorporation into capitalist value production, leaving comparatively less space for considering forms of emotional agency, collective resistance, or alternative digital practices that exceed commodification. Although its brevity inevitably leaves some questions open, also including the diversity of digital experiences beyond Western platform economies, the book succeeds in presenting a coherent account of how technology could reshape our emotions and social relations. By

demonstrating that technology increasingly manufactures, measures, circulates, and monetizes emotions, Illouz reorients discussions of artificial intelligence and digital media away from questions of technological autonomy toward the emotional infrastructures sustaining contemporary capitalism.

MASHA ZOLOTOVA
Ars Electronica, Linz

ALEXANDER KLUGE (2025).

Sand und Zeit.

Bilderatlas.

Berlin: Suhrkamp. 168 Seiten.

„Wenn ich gegen das Realitätsprinzip, gegen das, was die Realität mir antut, Protest erhebe, bin ich realistisch. Ich bin also realistisch aus einem anti-realistischen Grund.“ – dieser Aphorismus von Alexander Kluge, der im März 2026 im Alter von 94 Jahren verstarb, markiert prägnant die epistemologische Spannung, die sein Werk durchzieht. Der Hinweis, dass seine Denkbewegungen, seine spezifische Weise, Wahrnehmung zu reorganisieren, fehlen werden, ist keine bloße Floskel. Eine vollständige Würdigung seines Schaffens würde den Rahmen sprengen; exemplarisch seien daher nur zentrale Bezugspunkte genannt: Als Unterzeichner des Oberhausener Manifests setzte Kluge 1962 ein programmatisches Signal für den Neuen Deutschen Film und prägte dessen Entwicklung maßgeblich mit. Seine Regiearbeit *Abschied von Gestern* (1966) gilt als stilbildend. In der Auseinandersetzung mit der Frankfurter Schule, insbesondere mit Theodor W. Adorno, konzipiert Kluge Medien nicht als neutrale Übertragungsinstanzen, sondern als strukturierende Dispositive von Macht und Erfahrung. Gemeinsam mit Oskar Negt entwickelt er das Konzept der Gegenöffentlichkeit, das bis heute einen zentralen Referenzpunkt medien- und sozialwissenschaftlicher Theoriebildung darstellt.

In seinem letzten Buch *Sand und Zeit* verweigert Kluge wie gewohnt die Rolle eines Erzählers im konventionellen Sinn; treffender erscheint die Charakterisierung als Aufzähler. Seine Schreibweise folgt einer Poetik der Montage als Arrangement heterogener Fragmente, als Aggregation von Stimmen, als Kartographie von Brüchen. Lineare Narration wird zugunsten einer gleichrangigen Anordnung aufgegeben, in der persönliche Erinnerungen, historische Versatzstücke, Interviews und fiktive Miniaturen parataktisch nebeneinanderstehen. Kluge selbst verweist auf Aby Warburgs Bilderatlas *Mnemosyne* (*Mnemosyne. Bilderreihe zur Untersuchung der Funktion vorgeprägter antiker Ausdruckswerte bei der Darstellung bewegten Lebens in der Kunst der europäischen Renaissance*) als methodisches Paradigma. Ergänzend ließe sich an Kluges *Kriegsfibel 2023* (2023) erinnern, bei der Bert Brecht als Referenzfigur fungiert. Der Bilderatlas eröffnet mit einem gegenwärtigen Kriegsschauplatz – Gaza – und exponiert die nahezu absurd erscheinende Destruktion dieses Raums. Das erste Bild zeigt Häuserruinen „zwischen zerstörtem Sand in Gaza-Stadt“ (S. 15). Es folgen arrangierte Szenen der Schlacht von Hattin (4. Juli 1187) durch Plastikfiguren, in der Kreuzritter und Sarazenen aufeinandertreffen. Die comichaft anmutende Montage wird durch KI-generierte Bilder erweitert, die das dokumentarische Material ins Science-Fiction-Hafte transponieren. In dieser Konstellation operiert Kluge wie ein Filmemacher: Er vertraut auf die Eigenlogik der Bilder und ergänzt sie durch oft lakonisch wirkende Legenden (oder Zwischentitel?): „Über 800 Jahre sind es seit der Schlacht von Hattin. Auf

die nächsten 1000 Jahre warten wir.“ (S. 19) Der zeithistorisch problematische Sprung bleibt ästhetisch funktional, provoziert jedoch eine zentrale Frage: Ist eine Reflexion über Gaza ohne explizite Positionierung legitim? Handelt es sich um Fotoinstallationen, deren Bedeutung primär metaphorisch zu lesen ist? Und lässt sich eine solche Darstellung von ihrem konkreten Anlass – den Verbrechen der Hamas vom 7. Oktober 2023 – ablösen? Die Rahmung als „Beschreibung einer Einzelheit“ (S. 11) fungiert dabei als programmatische Verengung und zugleich als methodische Setzung.

Kluge vermeidet explizite Stellungnahmen zu aktuellen Konflikten wie Gaza oder dem Krieg in der Ukraine. Stattdessen etabliert er thematische Konstellationen, die historische Relationen sichtbar machen und unterschiedliche Temporalitäten verschränken. Sein Schreiben bleibt bewusst hybrid: intermedial, dokumentarisch und zugleich theoretisch reflektiert. Die Texte operieren im Spannungsfeld von Erzählung, Essay, Reportage und Theorie, ohne sich einer dieser Formen vollständig zu unterwerfen: „Das von Artillerie zerwühlte Schlachtfeld ist leer / Selbst die besten Kameras können diesen Krieg nicht ‚direkt‘ filmen.“ (S. 62) Man möchte den von Kluge zitierten Friedensschlüssen und der darin aufscheinenden Generosität gerne Glauben schenken, doch das eingangs formulierte Realitätsdilemma setzt diesem Wunsch Grenzen. Was ist etwa an Velázquez' Gemälde *Die Übergabe von Breda* (1635) historisch, was metaphorische Wunschvorstellung?

Sand und Zeit folgt einer Montagelogik, die an filmische Schnittverfahren erinnert. Die fragmentarische Komposition suspendiert kausale Verknüpfungen zugunsten einer offenen Form, in der Sinn nicht vorgegeben, sondern im Akt der Rezeption erzeugt wird. Damit verschiebt sich die Verantwortung für Kohärenz partiell auf die Leser*innen – ein Verfahren, das gleichermaßen produktive Anschlussmöglichkeiten wie Ablehnung generieren kann. Konstitutiv ist ferner die Überblendung von Faktualität und Fiktionalität. Historische Ereignisse und reale Akteure werden mit erfundenen Elementen kombiniert, wodurch ein epistemischer Schwebezustand entsteht. Dieser destabilisiert eindeutige Wahrheitsansprüche und lenkt den Blick auf die Konstruktionsbedingungen von Geschichte und Erinnerung. Auch auf der Ebene der Sprache realisiert sich dieses Verfahren. Kluges Stil ist reduziert, präzise und lakonisch; rhetorische Ornamentik tritt zurück zugunsten einer scheinbar protokollarischen Diktion, die jedoch durch Kontextverschiebungen unterlaufen wird: „Wenn man sich um drei Buchstaben verschreibt, wird aus dem Titel von Martin Heideggers Hauptwerk, *Sein und Zeit*, der Titel *Sand und Zeit*.“ (S. 167) Die theoretische Fundierung seines Schreibens bleibt dabei stets präsent. Fragen nach Geschichtsschreibung, Öffentlichkeit und Erfahrungsproduktion werden kontinuierlich reflektiert. Das Konzept der Gegenöffentlichkeit fungiert als Leitkategorie, die alternative Modi des Erzählens und Erinnerns eröffnet und dominante Narrative irritiert: „Wenn hier im Bilderatlas Bilder und Mythen aus der Antike herangezogen werden,

geht es trotzdem immer um gegenwärtige Erfahrung. Die Erzählform unserer heutigen Öffentlichkeit sind in einer gründlichen Nacherzählung des 21. Jahrhunderts nicht geübt. So bleibt der Bilderatlas eine Baustelle oder Werkstatt.“ (S. 164) Erzählen erscheint vor diesem Hintergrund notwendigerweise selektiv: Es impliziert Auswahl, Rahmung und Perspektivierung. Auch dokumentarische Verfahren sind nicht frei von impliziten Setzungen. Der Bezug auf Gaza macht sichtbar, wie sich gegenwärtige Konflikte in *longue-durée*-Strukturen einschreiben; Figuren wie Hannibal verweisen auf die Persistenz historischer Imaginationen. Bezüge zu Leonardo da Vinci (*Schlacht von Anghiari*) und Diego Velázquez (*Die Übergabe von Breda*) demonstrieren darüber hinaus, wie Kunst unterschiedliche Zeitdimensionen überlagert und Vergangenheit in der Gegenwart aktualisiert.

Kluges Strategie besteht darin, normative Festlegungen möglichst zu suspendieren. Die offene Form lässt Widersprüche bestehen, ohne sie synthetisch aufzulösen, und exponiert so die Gemachtheit jeder Darstellung. Diese Verweigerung hat jedoch ihren Preis: Gerade bei konflikthafte Themen kann sie als Ausweichen oder Relativierung gelesen werden. Das Bedürfnis nach Orientierung kollidiert hier mit einem ästhetisch-theoretischen Programm, das Orientierung systematisch unterläuft. Ob diese Spannung produktiv ist, bleibt eine offene Frage – klug(e) ist sie in jedem Fall. Mit *Sand und Zeit* liegt – von möglichen Nachlasspublikationen abgesehen – das letzte Buch Alexander Kluges vor. Sein Fortwirken als intellektuelle Referenz ist kaum in Zweifel zu ziehen. Oder, mit seinen eigenen Worten formuliert: „Es ist ein Irrtum, dass die Toten tot sind.“

GÜNTER KRENN
Wien

medien & zeit

Kommunikation in Vergangenheit und Gegenwart

2/2026

Verein: Arbeitskreis für historische Kommunikationsforschung
(AHK)
Währinger Straße 29, 1090 Wien
redaktion@medienundzeit.at
<https://medienundzeit.at>
<https://journals.univie.ac.at/index.php/mz/index>